

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Otto Karsten, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Kludau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlenstraße 8. — Fernsprechnummer 2264 bis 2267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 mm breite Nonpareilzeile 25 Pf., auswärts 30 Pf., darunter 10 Pf. für den ersten Tag, die 8spaltige 27 mm breite Zeile 15 Pf., auswärts 20 Pf., darunter 10 Pf. für den ersten Tag, die 6spaltige 27 mm breite Zeile 10 Pf., auswärts 15 Pf., darunter 10 Pf. für den ersten Tag, die 4spaltige 27 mm breite Zeile 7 Pf., auswärts 10 Pf., darunter 10 Pf. für den ersten Tag, die 2spaltige 27 mm breite Zeile 4 Pf., auswärts 6 Pf., darunter 10 Pf. für den ersten Tag. — Text 33 1/2 % Aufschlag. Für Platzvorrückung keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkontonummer 123 Magdeburg.

№. 75 Magdeburg, Mittwoch den 30. März 1927 38. Jahrgang

Winkelzüge Mussolinis

Berlin, 29. März. Die faschistische Regierung äußert sich nunmehr zu den Schwierigkeiten in bezug auf die Lösung des jugoslawisch-italienischen Konflikts wie folgt:

Die römische Regierung habe keinerlei Einwände erhoben, sie müsse allerdings zwei Bedingungen stellen. Die erste sei, daß man ernsthaft vorgehe, was durch die bisherige Verzögerung allerdings in Frage gestellt sei. Die zweite Bedingung ist, daß die Unternehmung sich nicht etwa nur auf das Gelände an der südslawisch-albanischen Grenze beschränken müsse. Sie müsse vielmehr alles aufklären, was in der italienischen Birkularnote beanstandet worden sei.

Diese Bedingungen machen in Wirklichkeit die geplante Unternehmung unmöglich. Insbesondere der letzte Punkt läuft darauf hinaus, daß Jugoslawien den Faschisten ein reifliches Einbild in seine Militärorganisation gewährt. Der faschistischen Erklärung, daß sie keinerlei Einwände gegen eine Unternehmung, wie sie von Frankreich und England vorgeschlagen wurde, zu machen habe, ist also praktische Bedeutung nicht beizumessen.

Es handelt sich auch hier wieder lediglich um eine faschistische Ausrede.

Munitionsfabrik gesprengt

Der römische Berichterstatter des in Paris erscheinenden „Corriere degli Italiani“ teilte mit, daß sich in Neapel eine Explosion ereignet habe, die als eine Protestaktion gegen die Regierungen des Faschismus hingestellt wird. Zu den letzten Tagen war die Munitions- und Waffenfabrik von S. Anna in S. Angelo bei Neapel durch eine gewaltige Explosion zerstört. Zwei große Hallen, die für die Herstellung von Kriegsgeschütz aller Art bestimmt waren, wurden völlig vernichtet. Auch an den benachbarten Gebäuden wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen Sabotageakt von antifaschistischen Arbeitern handle. Die Fabrik

Englands falsche Chinapolitik

London, den 29. März. Eine Analyse der wirtlichen Vorgänge der letzten Tage in China zeigt, daß — abgesehen von der Sensationslust gewisser Spezialkorrespondenten — die Greuelmeldungen ausgesprochenen Tendenzen Charakter tragen. Es galt, den militärischen Aufmarsch zu rechtfertigen, und so war nichts verständlicher, als daß man die Situation entsprechend schilderte. Es war ein britisches innerspolitisches Manöver, das von den Schanghaiern amüßlich, halbamtlich und subventionierten Nachrichtenstellen mit Hilfe von „Schanghaiern Grenelen“ vorgenommen wurde, und es ist beschämend, daß auf dieses Manöver gerade jene Kreise hereingefallen sind, die sich sonst auf ihre weltpolitische Schulung so viel einbilden.

Der kritische und für die Beurteilung der ganzen Frage entscheidende Tag ist der vorvergangene Dienstag, der Tag der Einnahme Schanghai's. Es muß nunmehr, nachdem sich der Hauch der Falschmeldungen verflüchtigt hat, nachdrücklich festgestellt werden, daß an diesem Tage weder die Kantonarmee, noch irgendeiner jener belichteten „Mobs“ — unter denen sich jeder etwas anders vorstellen kann — die internationale Siedlung angegriffen hat. Was geschah, bestand darin, daß plündernde Angehörige der Nordarmee den Versuch machten, durch die internationale Siedlung zu entkommen, wobei es zu einem Zusammenstoß zwischen den hinter der Verteidigungslinie verbarrikadierten ausländischen Truppen und den versprengten Schantungssoldaten kam. Der „Daily Herald“ hat recht, wenn er, um jeglicher Legendenbildung vorzubeugen, feststellt: „Es ist klar, daß es gerade die Nähe der Siedlung und die dort angestellten Soldaten waren, von denen man ihnen weisgemacht hatte, daß sie in gewisser Hinsicht ihre Verbündeten seien — was die Angehörigen der Nordarmee zu ihrem Wahnsinn“ und damit das Blutvergießen überhaupt erst veranlaßt hat. Erst das Vorhandensein der ausländischen Truppen führte zum Blutvergießen — und nunmehr muß dies infolge der Anwesenheit der ausländischen Truppen erfolgte Blutvergießen dazu herhalten, um den Beweis für die Notwendigkeit der Truppenabteilung zu bilden.

Man kann Warenlager vor Zerstörung schützen. Aber man kann im China von 1927 nicht mehr Aufträge und Warenbestellungen nach dem Muster 1840 erzwingen. China hat heute, im Gegensatz zu damals, eine öffentliche Meinung. Wie das Beispiel Hongkong beweist, hat China

mußte die Arbeit einstellen. Die Faschisten haben infolge dieser Katastrophe schwere Repressalien verübt. Mehr als 1000 Verhaftungen wurden vorgenommen. Viele Gewalttaten von Faschisten werden gemeldet.

Die Kriegsdemonstrationen der Faschisten gegen Südslawien in zahlreichen Städten Italiens haben die Arbeiter unter dem Schutze der Nacht und ungeachtet einer Verdoppelung der Straßenpolizei mit vielen großen Inschriften an den Häusern „Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die Freiheit!“ beantwortet.

In Triest, Ancona, Bari, am Adriatischen Meer und in dem Italien zugewandenen dalmatinischen Hafen Zara sind große Truppenansammlungen erfolgt, was die Bevölkerung ungemein aufgeregt hat, da sie von diesen Kriegsvorbereitungen, ungeachtet ihrer Geheimhaltung und nächtlichen Durchführung, Kenntnis erhalten hat.

Jugoslawische Note

Belgrad, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Der jugoslawische Außenminister hat die Größtmöglichkeit durch eine Note über die albanische Mobilisation sowie über die Notwendigkeit eventueller jugoslawischer Sicherheitsmaßnahmen verstanden. Der englische Oberst Sterling ist an der Grenze eingetroffen, um im Auftrag der englischen Regierung eine Inspektion der jugoslawisch-albanischen Grenze vorzunehmen.

Internationale zur Albanienfrage

Im Hinblick auf die bedrohliche Zuspitzung der Konflikte in Südosteuropa wird am Sonntag, den 3. April in Paris eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wird durch ihr Bureau vertreten sein; die Sitzung ist aber für alle Mitglieder der Exekutive zugänglich.

Am Sonntag, den 3. April, abends, oder Montag, den 4. April, wird sich eine Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale anschließen.

heute genug Selbstbewußtsein, um auf politische Bedrückung mit wirtschaftlichem Bohrt zu antworten.

Wieder einmal haben sich nicht die nationalen Führer, sondern die Vertreter der Arbeiterklasse als die wirklichen Sachwalter nationaler Interessen erwiesen. Denn ihre, als landesverräterisch und utopisch bezeichnete Politik der Nichteinmischung, der Zurückziehung der Truppen und des freiwilligen Verzichts auf unhaltbar gewordene Sonderrechte bedeutet nicht nur den Frieden, sondern auch „Wirtschaft“, während die bewaffnete Faust der Konservativen zwar Wirtschaftsgebäude schütten mag, aber die psychologischen Grundlagen zukünftiger Wirtschaftsbeziehungen unterhöht.

Die sogenannten Landesverräter und Utopisten haben sich auch hier wieder einmal als die kühleren Realisten, die besseren Rechner und die wirklichen Patrioten erwiesen.

Sieg der Schanghai-Kapitalisten

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus äußerte sich am Montag nachmittags Außenminister Chamberlain über die Lage in China. Er betonte zunächst, das Abkommen von Hankau sei von England einstweilen nicht gekündigt worden, vielmehr habe die Kantonregierung weiterhin Zeit und Gelegenheit, die Ordnung im Innern des Landes herzustellen und eine verhandlungsfähige Gesamtregierung zu bilden.

Erst wenn eine solche Zentralregierung vorhanden sei, könnten Verhandlungen über das weitere Schicksal der internationalen Niederlassungen in Schanghai geführt werden. Eine weitere Preisgabe englischen Eigentums und englischer Rechte kommen vorläufig nicht in Frage. Diese Erklärung sicherte Chamberlain den starken Beifall der bürgerlichen Mitglieder des Hauses.

Der Sitzung des Unterhauses war am Vormittag eine außerordentliche 24stündige Kabinettsitzung vorausgegangen, in der die Lage in China auf Grund eines am Sonntag nacht in London eingetroffenen Berichts des Kommandeurs der britischen Marinestreitkräfte im fernen Osten besprochen wurden.

Die Unterhausklärung Chamberlains ist als ein Sieg der Schanghai-Kapitalisten zu betrachten, die seinerzeit alles getan haben, um das Abkommen von Hankau zu hintertreiben.

Mittellandkanal und Bürgerblut

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Es wird alles nichts nützen. Die Proteste werden in der Luft des Sitzungssaales wirkungslos verhallen. Die komparative Mehrheit des Besitzbürgerblocks will es und darum wird es geschehen: der Bau des Mittellandkanals wird unterbrochen!

Die ersten Nachrichten über diese skandalöse Absicht tauchten auf unmittellbar nach der Bildung des Reichstags. Die deutschnationalen Monarchisten hatten das bringende Bedürfnis, ihre Anhänger ob der Unterschrift unter die republikanischen Richtlinien des Zentrums zu beschwichtigen: „Seid ruhig, Kinder, unsere Teilnahme an der Regierung der Republik bringt euch doch was ein, den Bau des verfluchten Mittellandkanals legen wir still! Und was dann noch kommt! Da lohnt es sich schon, ein paar papierne Bedingungen zu unterschreiben; im Ernstfall kommt es auf so'n Fetzen Papier doch nicht an.“

Es kam damals das übliche Dementi. Wie es immer kommt, wenn unangenehme Meldungen durchsickern und die Gegner in Bewegung setzen können. Im geheimen aber wurde weiter beraten, wie man das „Ding drehen“ könne. Das war nicht so schwer. Die Deutschnationalen hatten ja das zuständige Reichsverkehrsministerium in erobert. In die Stelle des früheren Sachmanns Prohne hatten sie

den gelben Arbeiterführer Koch gesetzt. Mit diesem Koch würden sie den Drei schon kochen können.

Sie haben ihn gekocht! Die Bürgerblockmehrheit des Ausschusses hat von den angeforderten 40 Millionen die Hälfte zuzüglich praktisch dem Betrieben des Kanals zurückgelegt. Und die Bürgerblockmehrheit des Reichstagsplenarums hat diesen Beschluß wiederholt.

Den äußeren Anlaß für diese wilden Beschlüsse bot der prekäre Zustand des Reichshaushalts. Es war für das nächste Etatsjahr vom April an ein Defizit von rund 700 Millionen zu erwarten, das ausbalanciert werden mußte. Wie? Nach der stets bewährten Methode der Besitzenden! Der Besitz durfte nicht höher belastet, anstatt dessen mußten alle Ausgaben eingeschränkt werden, die mittelbar oder unmittelbar den Besitzlosen zugute kommen können. Der Mittellandkanal gehörte zu den ersten Opfern. Weg mit der Hälfte! 20 Millionen sind auch noch genug. Zwar sind im vorigen Jahr aus budgetären Gründen schon 17 Millionen zurückgestellt worden, so daß jetzt bei Lichte besehen

nur ganze 3 Millionen für den Kanal bewilligt werden. Macht nichts. Wir haben im Grunde nicht einen roten Pfennig für den Blödsinn übrig.

Wir deutschnationalen nämlich. Wir deutschnationalen Großagrarier heißt das. Die Getreideproduzenten wollen keine Vermehrung und Verbesserung der Verkehrswege, auf denen ausländische Massengüter zu billigen Tarifen ins Land kommen und mit den einheimischen erfolgreich konkurrieren können. Deshalb keine Kanäle bauen. Wenigstens keine Kanäle, die den Westen und die Mitte Deutschlands leichter und enger an das Meer bringen, auf dem das amerikanische und argentinische Getreide heranschwimmt. Wenn Kanäle gebaut werden sollen, dann nur solche im Osten, die das ostelbische Getreide billig in die Mitte und den Westen Deutschlands tragen. Der Mittellandkanal gehört zu der ersten Kategorie, darum Schluß mit ihm!

Die Großagrarier des Ostens erließen diesen Befehl schon lange vor dem Kriege. Sie verfolgten ihn auch gegen ihren angestammten Kaiser, König und Herrn, Wilhelm 2. von Gottes Gnaden. Wilhelm erklärte damals in einer Dortmund-Rede: Gebaut wird er doch! Die preussischen Junker des Dreiklassenparlamentes antworteten:

Gebaut wird er nicht!

Und die Junker siegten nach jahrelangem Kampfe. Wilhelm erwies sich als von Junkers Gnaden und er unterwarf sich damals genau so still und feig, wie er später nach Holland verdrückt ist.

Während des Krieges war die verderbliche Verkehrs- und Wirtschaftspolitik der Großagrarier mit Händen zu greifen. Die innere Widerstandskraft des Volkes litt enorm unter der engstirnigen Verkehrsregulierung der herrschenden Junkerkaste. Es reifte der Entschluß, alsbald nach geschlossenem Frieden das Verfallene zu erneuern und das deutsche Kanalnetz systematisch auszubauen. Dazu gehörte

in erster Linie der Mittellandkanal. Trotz all der ungeheuren Aufgaben, die nach dem verlorenen Kriege im Innern auf jedem Gebiet zu bewältigen waren, wurde unter dem Einfluß und auf Drängen der Sozialdemokratie der Plan angebahnt mit dem Erfolg, daß nach monatelangen Verhandlungen Ende 1920 eine

Lösung hergestellt wurde zwischen den beteiligten Ländern, die ein Drittel der Kosten zu tragen hatten, und dem Reich, das zwei Drittel übernahm und zugleich die Wasserstraßen unter seine Hoheit stellte. Am 28. März 1921 verpflichtete sich die Reichsregierung, den Mittellandkanal mit dem Südflügel

halbigt auszuführen.

Das ganze Unternehmen sollte gleichmäßig in allen seinen Teilen in Angriff genommen werden. Meinige Bedingung war, daß die Finanzlage den Bau gestatte.

Mit der Finanzlage wurde es je länger je kritischer, die Inflation setzte immer mächtiger ein. Vergessen wir nicht, daß auch sie, die die größte Vermögensenteignung aller Zeiten darstellt, unsern Sachbesitzern zuzuschreiben ist. Sie wollten nichts hergeben von ihrem Besitz, darum verfiel die Mark. Dieselben Leute, die den Mittellandkanal verhindert hatten und verhindern, wurden in der Inflation ihre Hypothekenlos, die nicht gering waren, und sie wehren sich jetzt gegen eine anständige Aufwertung. Ein guter Patriot denkt an sich selbst zuerst und an die andern überhaupt nicht. Wieder

auf Drängen der Sozialdemokratie

holte man im letzten Herbst die Staatsverträge aus dem Schubfach und wies Mittel an, um mit dem Bau die ungeheure Erwerbslosigkeit einzuschränken. Der Bau begann und sollte mit dem beginnenden Frühjahr in all seinen Teilen mächtig gefördert werden. Statt dessen wird jetzt der Südflügel ganz gestrichen und der übrige Bau so gut wie stillgelegt. Denn die Streichung der 20 Millionen bedeutet nach dem eignen Zugeständnis des deutsch-nationalen Reichsverkehrsministers, daß die Verbindungsverhandlungen, die vor dem Abschluß stehen, abgebrochen werden müssen. Es wird hier und da noch ein bißchen gebuddelt werden, aber von einem eigentlichen Kanalbau kann nicht mehr die Rede sein.

Nicht genug damit, ist auch die Wejerkanalisierung gestrichen, die nötig ist, damit später einmal der Mittellandkanal mit Wasser versorgt werden kann. Man sieht, die Deutschnationalen greifen heute schon in die Ferne des nächsten Jahrzehnts. Sie rechnen damit, daß sie in der Republik ihren Willen genau so sicher durchsetzen können, wie ehemals als Kommandeure ihres schwächlichen Wilhelm.

Sie würden ihre Herrscherrolle nicht spielen können, wenn ihnen nicht die Deutsche

Volkspartei die Steigbügel hielt.

Die um Scholz haben die Keule und Gergt, die Schiele und Koch in die Regierung gebracht, sie bleiben ihre getreuen Schildknappen. Die Volksparteiler tragen genau wie die Deutschnationalen die Schuld am Scheitern des Mittellandkanals. Sie rechnen aus zuverlässigen Gründen darauf, daß sie in der Frage der industriellen Arbeitszeit von den Großagariern unterstützt werden. Die nächsten Tage werden erweisen, daß diese Rechnung faul ist. Die Großen

jagen sich gegenseitig die Hasen in die Küche,

und die Kleinen merken nicht, daß ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Dabei haben diese Kleinen alle Macht, wenn sie nur bei den Wahlen zu benutzen verstanden.

Es hagelt jetzt Proteste. Die Magdeburger Stadterwaltung — Magistrat wie Stadtoberordnete — haben eine dringende Eingabe an den Reichstag beabsichtigt und abgehandelt. Sehr loblich, aber nützen wird's nichts. Die Proteste der vier Länder Preußen, An-

halt, Braunschweig und Sachsen gegen die Zerreißung der mit ihnen geschlossenen Verträge haben auch nichts genützt. Die kompakte Mehrheit des Besitzbürgerblocks springt über solche „Zwischfäden“ glatt hinweg und stimmt alle Proteste schweigend, aber brutal nieder.

Der Bau des Mittellandkanals würde eine andre Wendung genommen haben,

wenn Sozialdemokraten in der Regierung

wären. Dann gäbe es keinen deutsch-nationalen Verkehrsminister, dann gäbe es kein Machtgebot der Großagariere. Aber Strejemanns Volkspartei hat das ja verhindert. Und verhindert haben es die Kommunisten, die die Weimarer Koalition nicht unterstützen, dafür landauf, landab zwar um die Erwerbslosen viel Geschrei machen, aber nie einen Finger rühren, wenn den Erwerbslosen Arbeit verschafft werden kann, wie sie denn auch im Magdeburger Parlament gegen die Kanalresolution der Sozialdemokraten gestimmt haben.

Der stillgelegte Bau des Mittellandkanals wird

als Anschauungsunterricht

für den Satz dienen, daß es nicht gleichgültig ist, ob in einer Regierung Sozialdemokraten sitzen oder nicht. Damit ist zwar im Augenblick nichts gewonnen, aber für die Zukunft der Weg geebnet, auf dem wir den Bürgerblock erledigen können. Er wird an seinen Taten — der Mittellandkanal ist ja nur eine von vielen, die schon im Zuge sind und noch kommen werden — erkannt, gewogen und dann dabongesagt werden. Wieviel Scherben wird's aber bis dahin noch geben! —

Gegen den Baustoffwucher

Das Reichsarbeitsministerium sieht sich zu einem Alarmruf veranlaßt, da plötzliche Störungen auf dem Geldmarkt und eine rapide Steigerung der Baustoffpreise das Wohnungsbauprogramm für 1927 über den Haufen zu werfen drohen.

Ende des vergangenen Jahres schien die Aufbringung der Kapitalien für den Wohnungsbau in weitestem Umfange gesichert. Jetzt aber treten plötzliche ernste Störungen, vor allem auf dem Pfandbriefmarkt, auf und besonders die Aufbringung der ersten Hypotheken geht nur sehr zögernd vor sich. Kraft tritt die Preissteigerung bei Zement, Ziegeln und Holz in Erscheinung. Ueber die Zementpreise wird zurzeit eine Erhebung veranstaltet. An der Holzpreissteigerung beteiligt sich wie gewöhnlich auch diesmal der Forstfiskus der Länder.

Der Baustoffindex stand, verglichen mit 1914 (1914 = 100), Ende 1925 auf 165 Prozent, Herbst 1926 164 Prozent, Ende Januar 160 und stieg im Februar und März auf 166 Prozent. Es ist bei der steigenden Tendenz damit zu rechnen, daß er im April den Höchstindex von 1925, nämlich 176 Prozent, erreichen wird. Von der Rohstoffeherkunft sind keine Schwierigkeiten für den Baumarkt zu erwarten; die Bauarbeiterlöhne laufen bis 7. September.

Das Reichsarbeitsministerium drängt angesichts dieser Sachlage auf eine möglichst rasche und durchgreifende Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr. Eine solche Verteilung sei beispielsweise in der Vorkriegszeit in den großen Gemeinden wiederholt mit Erfolg vorgenommen worden. Sie müsse also auch jetzt in größerem Maßstabe möglich sein. Länder und Provinzialbehörden müßten auf die Notwendigkeit dieser Verteilung

hingewiesen werden. Eine stetige Entwicklung auf dem Bauprogramm werde auch von der Industrie gewünscht.

Ob der Alarmruf des Reichsarbeitsministeriums nicht zu spät kommt? Die Gewerkschaften, die auch ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt haben, verlangen seit langem schon im Interesse der Arbeitszeitverlängerung und der Verminderung der Erwerbslosenzahl mögliche Verteilung der Aufträge. An ihrer Unterstützung wird es nicht fehlen, wenn es den maßgebenden Stellen und der Industrie mit dem Verzicht einer großzügigen Verteilung der Bauaufträge ernst ist. Mahnen und Warnen allein nützt nichts. —

Notregelung des Reichshaushalts

Da es nicht möglich ist, den Reichshaushaltplan für 1927 rechtzeitig zum verfassungsmäßigen Termin — dem 31. März — zu verabschieden, ist von sämtlichen Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der Kommunisten, ein Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1927 eingebracht worden.

Danach wird die Regierung ermächtigt, für das Rechnungsjahr 1927 die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten.

Für die Art der Verwendung der Mittel und die Höhe der Ausgaben sind, soweit der Entwurf des Reichshaushaltplans für 1927 vom Reichstag bereits in zweiter Lesung beraten ist, die Beschlüsse des Reichstags, im übrigen die Beschlüsse des Reichshaushaltsausschusses maßgebend.

Dieses Gesetz soll am 1. April d. J. in Kraft treten und spätestens am 15. April d. J. aufgehoben werden. —

Die Lage in China

Das französische Außenministerium dementiert formell die alarmierenden Nachrichten über die Lage in Schanghai. Es sei unrichtig, daß in der französischen Konzession ein Brand ausgebrochen sei; ebenso seien keine Söldtruppen in die französische Konzession eingedrungen. Auch die Nachricht, daß der englische Flottenkommandant das Oberkommando über die französischen Truppen verlangt habe, wird von französischer zuständiger Stelle bestritten. Insgesamt verfüge die französische Konzession zur Verteidigung einer Front von nicht ganz 10 Kilometer über 2000 Mann, und Ueberwachungen seien nicht zu erwarten.

Von chinesischer Seite wird aufs schärfste gegen die Beteiligung von Nankings durch die britisch-amerikanische Marine protestiert. Man erklärt von chinesischer Seite, daß die Ausländer vor dem Einmarsch der Kantonnarmee auf die Möglichkeit von Kämpfen zwischen Kantonsoldaten, von denen sich 50 000 in der Stadt befunden haben, und denen der Nordarmee aufmerksam gemacht worden seien. Wenn die Ausländer trotzdem in der Stadt verblieben seien, so hätten sie selbst das Risiko übernommen. Die ausländischen Streitkräfte hätten jedoch keinerlei Rechte, einen Teil der Stadt zu zerstören, nur um ihre Leute zu schützen.

Es wird nunmehr bekannt, daß die von den britisch-amerikanischen Marineoffizieren geplante weitere Beschießung Nankings zufolge des Protestes des japanischen Marinekommandeurs unterblieben ist, der sich schon geweigert hatte, an dem ersten Bombardement teilzunehmen.

Die Mächte setzen ihre Truppen sendungen nach Schanghai fort. Die Vereinigten Staaten haben neuerlich 1500 Marinejoldaten entsandt, wodurch die Gesamtzahl der Amerikaner auf 3000 gestiegen ist. Japan sendet acht Kreuzer und England eine Division. —

Kammermusik

Beethovens zum Gedächtnis.

In Zeiten wie jetzt herrscht vielfach die Meinung, daß Beethovens geistige Bedeutung sich nur in der großen Form, also in den neun Sinfonien und allenfalls noch im „Fidelio“ voll habe ausgedrückt. Der Kenner der Beethovenischen Kunst weiß aber, daß ungeachtet viel von des Meisters Leben und Erleben in den damals herrschenden Kämpfen: den Klavierkonzerten und der Kammermusik, Ausdruck gefunden hat. In seinen letzten Lebensjahren hat Beethoven, abgesehen von der neunten Sinfonie, fast nur Streichquartette geschrieben. Die spärlichen Forderungen und die vielen Seiten vor seinem Tode sind in diesen Werken lebendig, und eine Beethoven-Symphonie, die nicht die bis auf den heutigen Tag unerreichte ausdrucksvolle Kammermusik des Meisters herabwürdigt, wäre unvollkommen. Da wir in Magdeburg als wichtigste Leistungsfähige Kammermusikvereinigung nur den Tonkünstlerverein haben, mußte er die Beethovenfeier übernehmen. Und da als erstklassig tüchtigste Organisation nur die Volkshöhne in Frage kommt, wählte sich die Sinfonie des Kammermusikdirektors Beethoven unter ihrem Protektorat.

In diesen Tagen, da Beethoven „stumm“ ist, war die Anteilnahme des Publikums ganz unerschütterlich. Die oft in jenen Beethoven gespielt worden vom Robbin-Quartett, und nur die paar unerschütterlichen Musikfreunde haben zugehört! — aber diesmal war eine Art kollektiver Stimmung im Spiel, und der Gedanke, daß der Künstler immer erst 100 Jahre vor sein Aus, daß erst eine bis in alle Winkel Deutschlands dringende, oft herliche und geistvolle Preisgabe seiner Kunstleistungen und seinen Gedanken notwendig sein muß, um das Volk der Dichter und Denker auf jene Höhen emporzuführen zu können! O über diese kollektive Begeisterung, die noch heute nicht mit ebenen Füßen zu betrachten ist.

Und noch eine über die Beethovenzeit unserer Geschichte: Sinfonie und Kammermusik! Ihr heftiges, Raß und Ziel für den großen Entzweiten für den großen Entzweiten bringt sie in den Gedächtnis der (an sich ja verstandenen) Kunstverständigen und in die Gesinnung, das Publikum zu überführen. Diese Kunst ist die der Kunst, die nicht nur, weil sie ihnen zu anjüngst soll, überlassen ist, sondern auch diese unerschütterlichen Gemüter mit sich zu bringen, denn kann man nicht immer damit rechnen, je auf der Dauer gewonnen zu haben. — Das Gedächtnis hat auch der Kammermusik, der drei Stunden lang in Schöneberg jenseits des Spandauer Sees. Eine Verkörperung des Programms auf zwei Abende war geschickter und gewandter als gewöhnlich. Auch in der Kammermusik — und besonders in der Streichquartette — wird das Geheiß der Kammermusik, daß noch einmal der offenkundige Beethovenismus die Kammermusik nicht genug sein wird. Und damit hat man dann jenseits des Gedächtnis der Kunst, was man mit den menschlichen Ohren hören kann.

Der Gedanke, was geistig Lokalisation. Wenn und die Folgezeit nicht mehr gibt, werden wir alles zurück. — Doch man zum Programm des Kammermusik. Aus der Reihe der Sinfonien und der Kammermusik in A-Moll (op. 132) wegen seiner Schönheit. Die folgende Folge der Sinfonien ist hier gelistet:

der langsame Satz steht an dritter Stelle, das Scherzo ist durch ein Allegro ma non tanto (schnell, aber nicht zu sehr) ersetzt und ungewöhnlich beherrschend und ernst gehalten, die musikalische Linie steht ganz im Dienste des Ausdrucks, so daß unerhörte Figuren und Ueberrassungen überraschen. Das Werk ist schon im Jahre 1823 begonnen, 1825, kurz vor seiner Vollendung, wurde der Meister von schwerer Krankheit befallen, so daß es erst am 9. September 1825 unter Schuppensicht ausgeführt werden konnte. Es ist eine Art biographisches Dokument, dieses A-Moll-Quartett, denn über das Adagio hat Beethoven geschrieben: „Heiliger Dankgesang eines Gutesenen an die Gottheit...“ und nach 32 Takten: „Neue Kraft jährend.“ Dieser Satz wird wohl unmittelbar seiner Empfindung nach der Wiederherstellung entsprungen sein. Nach naiver Vorstellung hat sich ja Beethoven bei jeder Note irgend etwas Bestimmtes gedacht, jeder Takt soll einen Abschnitt seines Lebens denken, und jedes Wort wird als Niederwerg eines großen Erlebnisses gewertet. Gewiss: bei der unmittelbaren und innerlichen Gesinnungsbeziehung wird der Meister viel aus seiner zeitweiligen Gefühlslage heraus gesprochen haben, aber durch allzu beständige Anlieger hat sich allmählich die irrtümliche Festigkeit gebildet. Beethoven habe eigentlich nur ein Tagebuch in Noten geschrieben. Das er oft — ganz unabhängig von seiner augenblicklichen Stimmung — nur Musik gemacht hat, ohne Gedanken und Stundenbezüge, das beweisen neben vielen andern Fällen die Tatsache, daß er das Scherzo der 9. Sinfonie und den jubelnden Schlußsatz während einer schweren Gemütskur im Jahre 1802 geschrieben hat.

Das Robbin-Quartett spielte dieses riesige Quartett mit Eifer und Eingabe. Die letzte Vereinfachung wurde er noch schuldig bleiben. Man sollte sich vorstellen, wie die ausführenden Mitglieder wohl müssen und persönlichsten Ausdrucks auffassungsmäßig zueinander verhalten. Die Robbin hatte sich am weitesten hingegenüßert, aber die Primage allein kann es nicht machen. So blieben an der Wiebengabe einige Wünsche offen. Hier und da übertrug sich die Gefühlsmäßigkeit gar aufs Scherzige. — Sehr flott und schlagend spielen dann Robbin, Schemin-Petit und Knappe-Laußmann das B-Dur-Trio (op. 97) für Klavier, Violine und Cello. In diesem Stücke herrscht musikalische Freude vor, und die Spieler heben es daran nicht fehlen. Der Klavierpart wurde dynamisch sehr stark behandelt, nur hier und da verhalten sich die Figuren wie ein wenig.

Im Schluß erklingt das vielstimmige Septett in Es-Dur (op. 20), eine frühe Arbeit des jungen Beethoven. Es ist ein sogenanntes Divertimento, ein Werk, das jauchzende Sätzen an Sätzen reißt, ohne die strengere Struktur der Sonate zu wahren. Das muntere Meereslied ist wohl allen Klavierspielern aus Schulen und Musikvereinen bekannt. Tema con Variationen behandelt bezaubernd irgendein Wiener Volkslied, eine Melodie aus einem zeitgenössischen Tanzspiel, so etwas, was wir heute Gassenhauer nennen. (Wenn in unsern Tagen Hindemith einen Jotz mit für eine Klavierübung Beethoven und seine Zeitgenossen haben sich nie gewehrt, die allgemeyn bekannten Reizen aufzunehmen und solcherart dem Volk aufs Maul zu jähmen. Trotzdem sind ja heute Klavier. — In Robbin (Violine), Knappe (Viola) und Schemin-Petit (Cello) spielen sich die Kammermusik und die Klaviermusik des nächsten Orchesters Horlbeck mit weicher, feiner empfindender Klarheit, Weibling mit feiner geklammert

Tagott, Luß mit dem faubern, Hinken Horn und Gobenhard mit des Vases Grundgewalt. — Das muntere Stück sprach wohl an bei dem unerhört großen Publikum.

Es gab nach dreistündiger Sitzung sehr viel Beifall und wohl auch ehrliche Begeisterung. E. e.

Beethoven-Abend

Ein Kunstgenuß ganz eigener Art wurde uns durch diesen Klavierabend von Hans Weig geboten. Der Abend stand im Zeichen des 100jährigen Todestags von Beethoven.

Vier Sinfonien, darunter die C-Moll op. 111. Ein heiliger Schauer fließt durch den Raum, wenn das Adagio dieser Sonate in seiner Erdentrübtheit, in seinem feierlichen Ernst ertönt. Weig weicht in seiner Beethoven-Auffassung von der Formgebundenheit der landläufigen Tradition erheblich ab. Er geht einen eignen und selbständigen Weg. Hier wird es immer auf die individuelle Feststellung des Hörers ankommen, wie weit er diesem Wege folgen kann oder will. So viel muß aber gesagt werden: Die Eigenmächtigkeit der Auffassung, darf nicht so weit gehen, daß durch Ueberpannung der Tempri oder durch willkürliche Dehnung einzelner Tonsolgen die ganze Struktur gefährdet wird. (Sonate F-Moll op. 57). Im übrigen aber ist Weigs Spiel tief verinnerlicht; es bezieht sich auf eine ganz ausgezeichnete Technik. Seine jubile Auffassung, seine ungekünstelte Art zu interpretieren, werden ihm immer Anhänger schaffen.

Am Anfang des Programms stand die Sonate Es-Dur op. 31. Diese Sonate, die mehr vielleicht als manche andre den Zwiespalt Beethovenischer Lebens Einstellung in sich trägt, nämlich auf der einen Seite stärkste Lebensbejahung und Daseinsfreude und auf der andern resignierten Fatalismus, formte der Pianist mit großer Zongebung, ohne zu sehr an der Oberfläche zu bleiben. Hier kam die männlich-herbe Auffassung Weigs zum Durchbruch und vermittelte einen eindringlichen Vortrag. Sonate C-Moll op. 111. meisterhaft vorgetragen, in ruhender Einsamkeit die Arieta, weitans der stärkste Eindruck des Abends. Am Schluß stand die Sonate F-Moll op. 57 (Appassionata). In der Ausführung etwas zerrissen, unruhig, trotzdem aber eine sehr gute Leistung.

Der ganze Abend aber war ein künstlerischer Erfolg, mit dem Weig zufrieden sein darf, weil es das Publikum auch war, wie der reiche, herzliche Beifall bewies. — R.

Ein Schülerkonzert veranstaltete Girtes Musikschule mit einem Programm, das der Anstalt im Vergleich zu andern Musikschulen eine vortheilhafte Stellung einräumte. Man hörte Werke von Komponisten, deren Namen einen guten Klang in der Musikwelt haben, wie Wilm Schmalz, Jensen, Kjerulf, Chopin, Sibelius, Grieg, Sauer, Liszt, Strauß, Rachmaninoff, Schumann, auch Mendelssohn und Mozart. Wenn auch die Aufmachung durch die jugendlichen Spieler den Begriff des Schülerkonzerts meist nicht verlor, so zeigte sich jedoch überall das Bestreben, einem guten Vorbild nachzugehen, das durch die Anstalt gegeben war. Die Vorträge erweckten sich auf Klavier- und Violincompositionen, auch waren einige Gesangsnummern in das Programm aufgenommen. —

Antwort an den Stahlhelm

Von den „nationalen“ Verbänden wird ein junger Mann namens Korodi ausgeschaltet, der in Deutschland umherzieht und berufsmäßig vom „Landeserrat des Reichsbanners“ erzählt. Am nächsten Sonntag spricht er in einer Stahlhelm-Verammlung. Die Stahlhelmleitung besaß die Kühnheit, dem Reichsbanner folgenden Brief zu schreiben:

Wir geben uns die Ehre, Sie zu der am Sonntag den 3. April 1927 stattfindenden öffentlichen Versammlung des Stahlhelms, Kreis Magdeburg, ganz ergebenst einzuladen. Die Versammlung findet vormittags 10 1/2 Uhr im großen Saale des „Hofjägers“ statt. Herr Walter Korodi aus Berlin behandelt das Thema: „Der Landeserrat des Reichsbanners!“

Eine Diskussion wird nicht zugelassen, sondern wir geben Ihnen nur Gelegenheit sich zu den Ausführungen zu äußern.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unserer Einladung Folge leisten würden und bitten dies bis zum 25. März gefälligst mitzuteilen.

In Erwartung Ihrer ergebenden Antwort zeichnen mit Frontheil

Winkelmann, Führer des Stahlhelms Magdeburg.
Herr Winkelmann hat auf diesen Brief folgende Antwort erhalten:

An die Kreisleitung des Stahlhelms z. B. des Herrn Polizeioberstwachmeister a. D. Winkelmann, Magdeburg, Breiter Weg 202.

Auf Ihre Einladung zu der Korodi-Versammlung, die auffallenderweise zum gleichen Tage einberufen ist, an dem die Magdeburger Kommunisten eine große Veranstaltung planen, antworten wir Ihnen nicht ergeben, sondern gebührend:

Wir haben nicht das Bedürfnis, das verlogene Gewäsch eines jungen Menschen, der zur Zeit des Krieges noch die Schulbank

brückte, anzuhören und noch weniger ihm zu antworten. Eignes Wissen und ein selbständiges Urteil besitzt Korodi nicht. Daß die Magdeburger Stahlhelmleitung den aufgewärmten völkisch-deutschnationalen Kohl, den Korodi wiederkaut, als geeignete Kost für ihre Mitglieder ansteht, ist ein Zeichen, wie tief Ihre Organisation unter der Leitung von Ehrhardt und Duesterberg gesunken ist. Ehemalige Frontsoldaten, die sich noch Selbstgefühl und Selbstachtung bewahrt haben, würden sich einen Korodi energisch verbitten. Es dürfte auch schwerfallen, einen anständigen, wirklichen Frontsoldaten zu finden, der es auf sich nimmt, den Kameraden im Reichsbanner, mit denen er einst in Dred und Blut gelegen hat, Landeserrat vorzuwerfen. Wir wissen aber, daß es Ihnen nur darauf ankommt, unsere Reichsbannerkameraden zu provozieren, um im trüben fischen zu können. Ihr Landesverratsgeschrei ist lediglich ein Mittel, die große Schuld gewisser nationaler Kreise in dieser Beziehung zu verdecken. Für diese Geharbeit ist ein Korodi gerade gut.

Ihre Mühe, auch in Magdeburg Zusammenstöße mit dem Reichsbanner nach dem Berliner Vorbild zu provozieren, wird vergeblich sein. Ihre Magdeburger Kameraden und mit ihnen die auf Anstand haltende Bevölkerung werden Ihre Versammlung nicht besuchen. Die Inszenierung von Schlägereien überlassen wir Ihnen und den Kommunisten. Mögen sich Stahlhelmer und Kommunisten untereinander prügeln und in den Parlamenten gegen die deutsche Republik und das deutsche Volk arbeiten; das Reichsbanner wird unbeirrt seinen Weg marschieren und keiner unserer Magdeburger Kameraden wird sich um Sie und Ihren Korodi kümmern.

Frei Heil!

Der Gauführer: Walter Döber. Der Ortsführer: Franz Lange.

den Kommunisten im Bereich der Möglichkeit vorzieht, eine zweite von Renabel-Grumbach, welche die völlige Unabhängigkeit der Sozialistischen Partei aufrechterhält, eine dritte von Faure und eine vierte von Wade, die die Unabhängigkeit der Arbeit nach rechts den Nationalen gegenüber und nach links den Kommunisten gegenüber als besonders betont ansehen möchte.

Nach längerer Debatte wurde eine Resolutions-Kommission ernannt mit dem Auftrag, möglichst bald eine Einigung zwischen den verschiedenen Resolutionsanträgen herbeizuführen und diese dem Nationalkongress der Föderation vorzulegen.

Diese Kommission hat am Montag nach längerer Diskussion sich nicht auf einen einheitlichen Text einigen können.

Die vier Resolutionen werden deshalb den zweiten Kongress der Seine-Föderation, der am 2. April zusammentreten wird, beschickigen, und die Plenarversammlung wird darüber abzustimmen haben.

Notizen

Revision im Wams-Prozess. Die Verteidiger der im Wilmis-Prozess zum Tode verurteilten Angeklagten Umbrofer, Klapproth, Schulz und Fuhrmann haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Wegen der Banneile. Die Stadt Berlin hatte für Sonntag den 27. März ein Konzert des Berliner Sängerbundes auf dem Platze der Republik vor der Freitreppe des Reichstagsgebäudes unter Mitwirkung von drei Reichswehr-Musikkorps geplant. In letzter Stunde mußte die Veranstaltung abgesetzt werden, da der Reichsinnenminister von Reudell sich aus prinzipiellen Gründen nicht zur Freigabe der Banneile entschließen konnte.

Für Weiterbau des Mittellandkanals. Die demokratische Reichstagsfraktion hat angesichts der weit vorgeschrittenen Arbeiten an dem Mittellandkanal und um die schnelle Herstellung, die allein eine Wirtschaftlichkeit des Kanals ergibt, zu ermöglichen, den Antrag eingebracht, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, also in den Haushaltsplan die vollen 40 300 000 Mark wieder einzustellen.

Amerikanische Studenten in Berlin. In Berlin sind am Sonntag zu Studienzwecken 500 amerikanische Studenten eingetroffen. Sie besichtigten noch am gleichen Tage das Reichstagsgebäude.

Sindenburg-Amnestie? Eine Berliner Montags-Zeitung will erfahren haben, daß anlässlich des 80. Geburtstags des Reichspräsidenten eine Reichsamnestie geplant ist. Angeblich sollen darüber bereits Besprechungen im Reichsjustizministerium stattfinden. Der Geburtstag ist am 2. Oktober.

Gegen das Urthyl-Schaubildsystem. Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und Generalsekretär der englischen Arbeiterpartei, Arthur Henderson, hat am Mittwoch an den ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen folgendes Telegramm gerichtet: „Nachdem ich erfahren habe, daß ein Abgeordneter in Ungarn verhaftet wird, weil er an einer Sitzung der Exekutiv der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris teilgenommen hat, bei der ich den Vorsitz führte, betrachte ich es als meine Pflicht, Sie in Kenntnis davon zu setzen, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt von Empörung darüber erfüllt ist, daß Sie fortfahren, die für die unmittelbare Kriegsgefahr bestimmten Ausnahmegeetze gegen politische Gegner auf Grund politischer Anklagen in der Friedenszeit anzuwenden.“

Militärkontrolle in Ungarn. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, hat die Völkerversammlung der Aufhebung der Militärkontrolle über Ungarn zugestimmt. Angeblich haben die Regierungen der Kleinen Entente diesem Beschluß unter der Voraussetzung ihre Zustimmung erteilt, daß Ungarn seinen Abwehrverpflichtungen Folge leistet.

Depeschen

Schiedspruch im Lodzer Textilarbeiterstreik

r. Lodz, 29. März. Der Regierungsschiedspruch, der am Montag im Lodzer Textilarbeiterstreik gefällt wurde und für die Arbeiterlöhne eine Erhöhung von 5 bis 12 Prozent vorsieht, erregt große Unzufriedenheit. Der Grund ist insbesondere darin zu suchen, daß Angestellte und Werkmeister, die mitstreikten, von der Erhöhung ausgeschlossen wurden.

Ein neuer Juntersflug

El. Delfau, 29. März. Heute früh 5 Uhr flog der Junterspilot Rouse auf einem Junterswasserflugzeug auf, um den Weltrekord für Wasserflugzeuge mit 500 Kilogramm Nutzlast zu brechen. Der Rekord beträgt 1000 Kilometer. Rouse befindet sich jetzt bereits 8 Stunden in der Luft und hat die Strecke von 350 Kilometer zurückgelegt. Er dürfte bei normalem Flugverlauf den Weltrekord um 2.30 Uhr gebrochen haben. Der Flieger gedenkt seinen Flug bis in die Abendstunden fortzusetzen.

Falscher Verdacht

Wb. Koblenz, 29. März. Der Student Garnischleger, der als vermeintlicher Urheber des Anschlags auf einen Personenzug bei Boppard festgenommen worden war, ist aus der Haft entlassen worden, weil die Gründe für seine Verhaftung sich als nicht haltbar erwiesen.

Streitende polnische Metzger

Wb. Warschau, 29. März. In der Vorstadt Praga entspann sich gestern aus Konkurrenzneid zwischen zwei Gruppen Metzger ein Kampf, der mit Messern und Revolvern ausgetragen wurde. Dabei wurde ein unbeteiligter Arbeiter erschossen. Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Geldstranknacker

Wb. Berlin, 29. März. Geldstranknacker drangen vergangene Woche durch ein offenes Fenster im ersten Stock in das Bureau einer Butterfabrik im Zentrum der Stadt, blieben das Fenster ab, so daß der Wächter, der den Hof kontrollierte, keinen Lichtschein wahrnehmen konnte, und schweißten einen Geldstrank auf, aus dem sie 60 000 Mark erbeuteten.

Ein feiner Bürgermeister

In der frömmsten und schwärzesten Stadt Bayerns, Regensburg, ist soeben ein politischer Skandal enthüllt worden, durch den der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Gipp, einer der maßgebenden Führer der Bayerischen Volkspartei, wiederholt Kandidat für den Posten des bayerischen Ministerpräsidenten und des bayerischen Kultusministers, Vorsitzender des bayerischen Städtetages usw., aufs schwerste bloßgestellt wird. Auf Veranlassung dieses Bürgermeisters wurde das „Regensburger Echo“ beschlagnahmt. In der am Sonntag neu erschienenen Nummer rächt sich nun das „Echo“ an dem Oberbürgermeister durch die Wiedergabe von Enthüllungen, die Dr. Gipp aufs schwerste belasten.

Der selbe Oberbürgermeister Dr. Gipp hat nämlich in den Jahren 1924 und 1925 das „Regensburger Echo“, das damals von einem andern Redakteur geleitet wurde, unter einem Pseudonym als Sprachrohr gegen seine eigenen Parteifreunde von der Bayerischen Volkspartei benutzt. Auf diese Weise führte er damals einen scharfen und persönlichen Kampf gegen den zweiten Bürgermeister, seinen Parteifreund Baumer, der auf diese Weise auch schließlich seines Postens enthoben wurde.

Aber auch zur Vertretung seiner rein persönlichen Interessen als Stadtoberhaupt und Bürger ergriff Dr. Gipp während der gleichzeitig in Versammlungen öffentlich über diesen Anonymus herfiel.

Das Wichtige an diesen anonymen Artikeln des Oberbürgermeisters Gipp ist, daß er darin mitunter seine eigene Politik bekämpfte und dabei auch wider „die clerikal-monarchistische Einstellung des Oberbürgermeisters“ wetterte.

Den Beweis für diese skandalöse Handlungsweise des Oberbürgermeisters erbringt das Blatt durch Familienabdrucke der noch im Archiv des „Echo“ befindlichen Artikel des Oberbürgermeisters. Da durch diese Enthüllungen die eigenartige unter dem Schutze Dr. Gipp's emporgewachsene Größe der Bayerischen Volkspartei moralisch gerichtet erscheint, ist wohl damit zu rechnen, daß Dr. Gipp von seiner Partei fallengelassen werden muß und Posten und Karriere einbüßt.

Der Gießener Femeprozeß

Die Montagssitzung, über der sich die Schatten des Urteils gegen Schulz und Genossen lagen, endete mit einem vollen Erfolg des Staatsanwalts Weidemann. Er war bereits am Sonntagabend aus seiner Passivität zur Offensive übergegangen, wobei zu bemerken ist, daß dieser so außerordentlich gutherzige Mensch ein ausgezeichnete Jurist sein kann.

Auch der Verhandlungsführer, Landgerichtsdirektor Doktor Kramer wurde energischer gegen die Verteidigung. Bis dahin glaubte die Verteidigung, einen der Kronzeugen, Schmidt-Halbschuh, madig machen zu können. Die Aussagen der beiden letzten Berliner Zeugen, der Kriminalkommissare Stenzel und Stumm, machte diese Hoffnung zunichten. Beide Beamte versicherten ebenso wie ihre am Sonntagabend vernommenen Kollegen die volle Glaubwürdigkeit von Schmidt-Halbschuh, dessen Befundungen sich stets als wahr erwiesen hätten. Schmidt-Halbschuh wurde unter lautestiller Stille verurteilt.

Nunmehr ändert plötzlich die Verteidigung ihre Taktik. Sie ließ noch einmal einen Freund des Stahlhelmschreibers Heinz wieder einen Kapitänleutnant, namens Dietrich, vernehmen. Er erklärte auf die Frage der Verteidigung, ein Verrat des Oberleutnants Wagner zur Zeit des an ihm begangenen Mordbetrugs habe nie in Frage kommen können. Damit will die Verteidigung entgegen ihrer bisherigen Haltung beweisen, daß Wagner nie als Verräter von den Angeklagten betrachtet und somit gegen ihn auch keine Feme hätte angewendet werden können.

Wagner selbst wird noch einmal gefragt, ob seine vor Gericht im Gegensatz zu früheren protokollierten Vernehmungen sehr abgeschwächten Vernehmungen richtig seien. Er bejaht, wünscht aber keine Befragung der Angeklagten. Darauf erfolgte seine Verurteilung.

Zwei ärztliche „Sachverständigen-Gutachten“ über die Angeklagten sind für diese ein Plädoyer, wie es besser kein Verteidiger hätte abgeben können. Derartige „Sachverständigen-Gutachten“ hat man vor Gericht nicht oft im Schlußbeamtung der Staatsanwaltschaft die Verlesung eines Rundschreibens von Heinz an die Ortsgruppen des Wikingbundes, aus dem die fanatische

politische Gesinnung des Angeklagten Heinz bewiesen werden soll. Die Verteidigung widerspricht der Verlesung, beantragt eventuell Ausschluß der Öffentlichkeit, da der Inhalt des Rundschreibens für die Öffentlichkeit nicht geeignet sei.

Hierzu entgegnet der Staatsanwalt, er wäre der Meinung, daß die Kenntnis dieser Dinge für die Öffentlichkeit gerade sehr geeignet sei. Darauf gibt der Angeklagte Heinz die Erklärung ab, es handle sich in dem Rundschreiben um eine Instruktion an die Ortsgruppen des Wikingbundes, das im Interesse der Landesverteidigung vom Reichswehr-Gruppenkommando VI in Stuttgart ausdrücklich vorher gebilligt worden sei. Der Antrag der Verteidigung auf Nichtverlesung in der öffentlichen Sitzung wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit begründet. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit verliest der Vorsitzende die Einleitung des Rundschreibens, in der es heißt: „Der Wikingbund ist revolutionär. Unbeschadet der Festschlüsse von 1923 muß alles getan werden, um den Willen zur Macht aufrechtzuerhalten. Die Zeit arbeitet für uns!“

Der Vorsitzende richtet darauf an den Staatsanwalt die Frage, ob er nun noch auf die Verlesung des ganzen Rundschreibens besteht. Der Staatsanwalt erwidert: „Ja!“ Darauf lehnt das Gericht nach kurzer Beratung die Verlesung des Rundschreibens als unerheblich ab.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Plädoyers werden am Mittwoch erfolgen, so daß frühestens an diesem Tage in später Stunde das Urteil zu erwarten ist.

Der Zwischenfall zum Schluß der Beweisaufnahme bezüglich des Rundschreibens von Heinz, das unter Genehmigung eines Reichswehrkommandos versandt worden ist, beweist, daß hinter diesem Prozeß noch ein Geheimnis schwebt. Bisher ist man wie eine Kasse um den heißen Brei herumgegangen und der Schleier wird wohl auch in diesem Gießener Prozeß nicht gelüftet werden. Trotzdem schwirren Gerüchte umher, die nicht von irgendwelchen beliebigen Personen kommen, die darauf hindeuten, daß eines Tages die wahren Anstifter zu diesem Mord bekannt werden und sie in beamteten Stellen gesichtet werden müssen, die sich bisher sehr geschickt der Öffentlichkeit entzogen haben.

Kredit der Ufa und Mologa

Eine amtliche Mitteilung über die am Montag abgehaltene Kabinettsitzung besagt lediglich, daß die Reichsregierung sich mit dem Stande der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt.

Außerdem hat sich die Reichsregierung aber auch — und das wird trotz vorliegenden öffentlichen Interesses nicht mitgeteilt — mit den Subventionsanträgen der „Mologa“ und der „Ufa“ befaßt. Ein endgültiger Beschluß wurde zwar nicht gefaßt, aber es besteht nach der allgemeinen Auffassung innerhalb der Reichsregierung kein Zweifel darüber, daß sowohl ein Kredit für die „Ufa“ als für die „Mologa“ nicht in Frage kommt.

Fataler Druckfehler

Nach dem „Frankfurter Generalanzeiger“ hat Strejemann bei der 60-Jahr-Feier der Deutschen Volkspartei in Hannover erklärt:

Die grundlegenden Ideen der Nationalliberalen Partei sind die gleichen, von denen heute noch die Deutsche Volkspartei bezeugt wird.

Merkwürdig, daß Strejemann sich für ein solches Bekenntnis gerade ein Jubiläum ausgesucht haben soll. Es wird sicher viele Leute geben, die behaupten, dieser Ausspruch sei echt, aber uns will doch scheinen, es handelt sich nur um eine technische Fälschung. Warum auch sollte Strejemann freiwillig aus der Schule plaudern?

Sagung der französischen Sozialisten

Am Sonntag tagte in Paris der Kongress der sozialistischen Saime-Föderation. Er hat in seiner Sitzung bei der Diskussion über den vom Parteisekretär vorgelegten moralischen Bericht den lebhaften Protest des Delegierten Graciani gegenüber den von dem sozialistischen Delegierten Paul Boncour ausgearbeiteten Entwurf zur Heeresreform angehört. Graciani betonte, daß dieser Entwurf sowohl in Arbeiterkreisen wie überhaupt in der sozialistischen Partei auf sehr scharfen Widerstand gestoßen sei. Daran anschließend kritisierte Pyrompi eingehend die Tätigkeit des Völkerbundes, die oftmals derjenigen der Internationale gegenüberstehe.

Nach lebhafter Diskussion, in der viele Delegierte der Ansicht waren, daß die Heeresreform von Paul Boncour in mancher Hinsicht die Ansichten von Faure's widerspiegeln, wurde der Bericht angenommen. Dann wurde noch der Antrag angenommen, daß der Beitrag der Abgeordneten von 3000 auf 6000 Frank erhöht werden soll.

In der Nachmittagsitzung stand zur Diskussion die Hauptfrage: Die Stellungnahme der Partei gegenüber den Nationalen einerseits und den Kommunisten andererseits. Es lagen vier Resolutionen vor: eine extremistische, die ein Zusammengehen mit

Wenn Sie keine Erfolge haben —
sei es bei Frauen, sei es bei Männern,
sei es in Ihrem Geschäft oder in Ihrer Stellung — dann überlegen Sie mal, ob das nicht seinen besonderen Grund hat. Vielleicht ist es ein Grund, den niemand Ihnen zu sagen mag.
Eine kräftige Mundspülung mit
"ODOL"
verbürgt frisch-duftenden Atem

Reichswehredebatte

Am Montag standen im Reichstag die Reichswehr und ihr Minister im Streite der Meinungen.

Eingeleitet wurde der Tag mit einem sachkundigen Vortrag des Berichterstatters, des sozialdemokratischen Abgeordneten **Stüdtgen**. Dann folgte unmittelbar die sozialdemokratische Oppositionsrede durch den Abgeordneten **Schöpfli**. Dieser badische Volksvertreter, der seit Jahrzehnten im Vordergrund der sozialdemokratischen Seerespolitik steht, ist alles andere als ein haßerfüllter Gegner einer militärischen Truppe. Um so stärker wirkte seine Begründung des

Mißtrauensvotums gegen Geßler

und des sozialdemokratischen Antrags, das **Gesetz** des Ministers zu streichen. Unbehagen weckte es bei den Regierungsparteien, als der sozialdemokratische Redner ihnen vorhielt, wie sie geradezu schmachtvolle Sparbarkeit in sozialen und Kulturaufgaben walten lassen, während sie beim Reichswehrhaushalt kaum Abstriche wagen. Er erinnerte an die Abstriche bei den Summen für Kinderspeiisungen. Er wies darauf hin, daß man den buchstäblich hungernden Jungwehrlern 2 1/2 Millionen aus dem Reichshaushalt wieder abgezogen habe und ließ dann auf Grund dieser antisozialen Tatsachen erst recht die Mißenssummen für Reichswehr und Marine wirken. Mit starkem Nachdruck forderte der sozialdemokratische Redner die Trennung der Wehr von allen rechtsradikalen Verbänden und die Republikanisierung der Truppe.

Der deutschnationale Abgeordnete v. d. **Schulenburg**, ein alter General aus dem Weltkrieg, fand selbstverständlich die Reichswehr über alles Lob erhaben.

Eine Rede des Ausgleichs versuchte der Zentrumsabgeordnete **Erstling**.

Dann kam das erwartete Ereignis des Tages, die Rede des Reichswehrministers **Geßler**. Man wußte längst, daß er ein kluger und geschickter Mann ist. Er jonglierte mit allen Regeln, die ihm aus den verschiedenen Parteien zugeworfen wurden, und mühte sich ab, eine einheitliche Linie der Auffassung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten hinüber festzustellen. Daß dies nur ein taktisches Manöver

war, ließ er im weiteren Verlauf seiner Rede selbst erkennen. Darf man ihm glauben, so hat das sozialdemokratische Mißtrauensvotum ihn ganz aus dem innern Gleichgewicht gebracht.

Der Kernsatz seiner Rede war die Behauptung, daß wir mit dem jetzigen Seeresystem auf die Dauer nicht auskommen könnten. Wir müßten fordern, daß die andern auch so weit abrüsteten wie wir selbst, oder wir müßten die Freiheit haben, ihnen mit denselben Waffen gegenüberzutreten. Hier merkte man schon, daß Geßler sich im Rahmen eines Bürgerblock-Kabinetts freier ausdrücken erlaubt, als dies unter einem Koalitionsmöglich war. Er hätte ruhig das theoretische Zukunftsgemälde, daß wir den andern mit denselben Waffen entgegentreten möchten, beiseite lassen können und seine ganze Forderung auf das eine konzentrieren sollen: Erfüllt das, was große und nicht die schlechtesten Teile in allen Kulturvölkern wollen, und rüstet bis zu einer Truppe ab, die genügt, um die innere Ruhe des Landes aufrechtzuerhalten. So wenig die rüstenden Völker rings um uns auch Grund haben, diese Geßlerschen Bemerkungen zu befehlen, so sicher ist doch, daß sie drüber im Rüstungssinne gegen Deutschland ausgenutzt werden dürften.

Sitzungsbericht

Die Montagssitzung des Reichstags wurde um 1 Uhr vom Vizepräsidenten **Riecher** eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichswehretats.

Abg. Stüdtgen (Soz.)

gibt den Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Der Etat des Reichswehrministeriums, der in einem Teile der Presse scharfe Kritik erfahren hat, ist im Ausschusse diesmal gründlicher als in früheren Jahren beraten worden. Die Reichswehr allein erfordert in diesem Staatsjahr einen Zuschuß aus allgemeinen Reichsmitteln in Höhe von 475 Millionen Mark, das ist gegenüber dem vorigen Jahre ein Mehr von 7 Millionen Mark. Die Marine fordert 223 Millionen Mark, dabei steht bereits fest, daß deren Ausgaben in den kommenden Jahren noch weiter steigen werden. Die in der Öffentlichkeit geübte Kritik ist deshalb nicht ganz zutreffend, weil die einzelnen Kapitel der früheren Etats mit dem jetzigen nicht zu vergleichen sind. Die Zweckbestimmung der einzelnen Titel ist heute eine andre. Immerhin war der Eindruck bei der übergroßen Mehrheit des Ausschusses, daß die Ausgaben sehr hoch sind. Es gab dort zunächst eine Auseinandersetzung über die Frage des Staatssekretärs. Der Minister erklärte, er brauche keinen Staatssekretär, seine Vertreter seien der Chef der Seeresleitung und der Chef der Marineleitung, die politische Verantwortung könne ihm niemand abnehmen. Die Mehrheit des Ausschusses erklärte sich mit dieser Ansicht des Ministers einverstanden.

Zu langen Auseinandersetzungen führte die Frage, wie sich die Reichswehr zur Republik stelle. Sowohl die Seeresleitung wie auch die Mehrheit des Ausschusses erklärten, daß die Republik sich auf die Reichswehr verlassen könne und das Mißtrauen gegen die Reichswehr künstlich geschürt werde. Von den Vertretern der andern Parteien wurde das bestritten und darauf hingewiesen, daß die Reichswehr beim Rapp-Kußch besetzt habe. Nicht versagt habe sie in Sachsen und Thüringen, dort aber ging es nicht gegen Feinde der Republik, sondern gegen feindlich gestimmte Arbeiter.

Das System der Monopolfirmen bildet auch weiterhin eine bräunende Last für das Reich. So wurden im Etat 500 000 Mark für ein besonderes Anschlußgeld in Suhl gefordert. Dieses Geld soll vorläufig nicht gebaut werden. Es wurden im Ausschusse Maßnahmen empfohlen, die eine Änderung dieses Zustandes herbeiführen sollen.

Der Berichterstatter weist dann darauf hin, daß die Art, wie dem Deutschen Reich die Streitkräfte aufgestellt worden sind, offenbar direkt darauf abgestellt waren, diese Wehrmacht möglichst gebrauchsunfähig zu machen. Sieben Infanteriedivisionen stehen drei Kavalleriedivisionen gegenüber, von denen mindestens zwei entbehrt werden können. Die Entente gestattet jedoch nicht, daß an deren Stelle in gleicher Stärke Infanteriedivisionen aufgestellt werden. Ein Berufsheer ist an sich immer feiner. Der Soldat erhielt früher 23 Pfennig pro Tag bei freier Unterkunft und Per-

pflegung. Der Reichswehrlad stellt sich dagegen jährlich auf über 4000 Mark. Es besteht in immer steigendem Maße die Tendenz, die Mannschaften möglichst rasch vorrücken zu lassen und so kommt es, daß in der Eingangsgruppe I 38 229 Mannschaften sich befinden, in Gruppe II dagegen 38 000, also 2000 Mann mehr. Die Zahl der Unteroffiziere beläuft sich in Gruppe III auf 14 751.

Im vorigen Jahre hat der Reichstag zugestimmt, daß probeweise für den bisher von Mannschaften versehenen Arbeitsdienst bezahlte Arbeitskräfte eingestellt werden. Die Seeresverwaltung hat das so ausgelegt, daß der Reichstag die Freimachung militärischen Personals von diesem Dienst grundsätzlich genehmigt hatte. Man hat deshalb bereits in diesem Staatsjahr erhebliche Einstellungen von Arbeitskräften vorgenommen, bis 1931 soll dann diese Maßnahme völlig durchgeführt sein. Wie hoch sich die dadurch entstehenden Mehrkosten belaufen, ist noch nicht entfernt abzusehen. Sicher ist, daß unter diesen Umständen die Ausgaben für Heer und Marine in den nächsten Jahren weiter steigen werden.

Im Ausschusse wurde kritisiert, daß bei einigen Regimentern die Wehrgeld der Offiziere dem Adel angehören. Das trifft zu, und zwar sind die adligen Offiziere am stärksten bei der Kavallerie vertreten. Beim 4. Reiterregiment in Potsdam befinden sich unter 31 Offizieren nur acht bürgerliche, beim 6. Reiterregiment 21 Adlige und 12 Bürgerliche, beim 7. Reiterregiment 19 Adlige und 10 Bürgerliche. Bei der Infanterie ist das Verhältnis etwas günstiger. In der Artillerie ist der Adel wenig, bei den Pionieren fast gar nicht vertreten. Bei den Nachrichten-, Kraftfahr- und Schtruppen befinden sich nur sehr vereinzelt adlige Offiziere. Lebhaft kritisiert wurden auch die sehr hohen Lehngelder, die sich z. B. pro Pionierbataillon auf 900 000 Mark belaufen. Auch die Kosten für die Beschaffung von Munition und die Unterhaltung von Munitionsbeständen wurde lebhaft erörtert. Aus Anlaß der Aussprache über die Lieferung von Granaten aus Rußland im Auswärtigen Ausschusse wurde zum Ausdruck gebracht, daß solche Geschäfte künftig nicht wieder gemacht werden sollen.

Abg. Schöpfli (Soz.)

Die Ausgaben des Reichswehretats stehen in diesem Jahre noch viel mehr als in den früheren Jahren im schreiendsten Mißverhältnis zu der Finanzlage des Reiches. Die gewagtesten Operationen werden gemacht, um den Etat einigermaßen zu balancieren. Von den Regierungsparteien werden dort Mißgriffe vorgenommen, wo es sich um die wichtigsten Kulturarbeiten handelt, die ohnehin schon seit Jahren zu kurz kommen, aber diese Parteien zeigen nicht denselben Eifer, Abstriche bei der Wehrgeld zu machen. Wo blieb bei diesem Etat die starke und beherrschende Ermahnung des Finanzministers zur Sparbarkeit? Sie streichen eine halbe Million nach der andern, wenn es sich um soziale Zwecke handelt, sie streichen die Mittel zur Behebung der Jungwehrlern. Sie streichen sogar 5 Millionen für Kinderspeiisungen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hier bringen sie es fertig, wo es sich um fast 700 Millionen handelt, ganze 7 Millionen abzuschneiden. 5 Millionen also Streichung für arme Kinder, beim Reichswehretat wird bei jeder Mark 1 Pfennig gestrichen. Wir haben nachgewiesen, daß 60 bis 70 Millionen gestrichen werden können, ohne daß die Interessen der Reichswehr irgendwie geschädigt oder sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben beschränkt wird. Denn der

Etat ist ganz erheblich überfordert.

Wir können die Streichung mit 60 bis 70 Millionen selbst dann noch vornehmen, wenn die Reichswehr die drei Waffen hätte, die ihr genommen worden sind, nämlich die Land-, die Luftfahrt und die schwere Artillerie. Daß die Militärs mit Zähnen und Klauen an ihren Forderungen festhalten, darüber brauchen wir uns nicht zu wundern. Die Herren vom Militär haben in allen Ländern ein einnehmendes Wesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch das ist überall gleich, daß die Militärs sich keine Sorge darum machen, woher die Gelder beschafft werden sollen. Aber das Parlament hat die Verpflichtung, die Augen offen zu halten und darauf zu achten, daß die Ausgaben mit der finanziellen Leistungsfähigkeit und mit der Finanzlage des Staates in Einklang stehen. Ich nehme seit 24 Jahren an den Etatberatungen teil, aber so kraß war das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für das Heer und denen für soziale und kulturelle Zwecke noch niemals wie in diesem Jahre. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir nehmen keinen Anstand zu sagen, daß der Verlauf der Verhandlungen über die Abrüstung wenig erfreulich ist. Es ist eine dauernd zur Beunruhigung beitragende Tatsache, daß den zwei Staaten, die in Zentraleuropa gelegen sind, Deutschland und Österreich, Rüstungsbeschränkungen auferlegt worden sind, die einen außerordentlich schmerzhaften Charakter tragen, daß aber die andre Seite nicht entsprechend an die Abrüstung herangeht. Wir verlangen nicht etwa Freiheit der Aufrüstung für Deutschland, sondern unsere Rüstungsbeschränkungen sollen auch für die andern gelten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn das so weitergeht wie bisher, so kann bald ein neuer Tolentanz in Europa beginnen.

Wir hätten erwarten müssen, daß die Beschwerden, die gegen die bisherige Stellung der Wehrmacht zum neuen Staate vorgebracht worden sind, in schnellerem Tempo als bisher beseitigt würden. Nach außen hin bildet die Reichswehr keine Gefahr, aber sie kann zu einer Gefahr nach innen werden. Die Tatsache, daß der stärkste Imperialisierung der gesetzgebenden Versammlung der deutschen Republik, daß wir in der Reichswehr ein Offizierkorps haben, das in seiner übergroßen Mehrheit heute noch monarchistisch

eingestellt ist. Die Truppe ist das, was die Regierung will. General Hebe hat im Ausschusse gesagt, es kommt auf die Führer an, die andern hätten zu gehorchen. Seit Cececi und Reinhardt haben wir aber alle Hoffnungen auf die Entwicklungsfähigkeit der Offiziere begraben, im Gegenteil, mehr als früher ist Anlaß zum stärksten Mißtrauen gegeben. Die Reichswehr ist nicht die Trägerin des alten Systems, sondern sie hat die Pflicht, sich in den Dienst des neuen Staates zu stellen.

Der Reichswehrminister hat sich für die Beibehaltung des jetzigen Verwehrens ausgesprochen, das in der Hand des Kompanieführers liegt.

Wir verlangen eine Änderung dieses Systems und verweisen auf die Marine, wo die Werbung nicht von den Kapitänen, sondern im ganzen von zwei Stationen vorgenommen wird. Man darf sich über den Geist, der im Offizierkorps der Reichswehr herrscht, um so weniger wundern, als man immer mehr dazu übergeht, den Offizierkorps aus sogenannten Traditionsfamilien zu nehmen, bei denen eine feindliche Einstellung zum gegenwärtigen Staate herrscht. Wir kämpfen nicht gegen, sondern um die Reichswehr. Wir halten eine gewisse Wehrmacht für notwendig, um die Exekutive auszuüben und im Notfall die Grenze zu schützen. Die Sozialdemokratie hat immer daran mitgearbeitet, um die Reichswehr zu einem Instrument der Republik zu machen, das nur dem Staat, aber keiner Partei und keiner politischen Richtung dienlich ist. Wir haben gegen den Reichswehrminister einen Mißtrauensantrag eingebracht, weil wir in ihm nicht den Mann sehen, der mit Nachdruck, Konsequenz und Energie den Mängeln in der Reichswehr entgegenwirkt. Wir müßten zu diesem scharfen Mittel des parlamentarischen Protestes schreiten aus der Sorge heraus, daß jedes Organ des Staates auch dem Staate frei und ehrlich dienen muß. Wir erwarten im Inter-

esse der innern und der äußern Entwicklung, daß der Reichswehrminister im nächsten Jahre endlich wahr macht, was er versprochen hat, daß er mit diesen Mißständen aufräumt, die in keiner Weise geeignet sind, die weitere Entwicklung des Reiches zu fördern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. d. Schulenburg (Dt.-nail.) erklärt, daß im Wehretat nur das angefordert worden sei, was für die Landesverteidigung dringend geboten war. Ganz Frankreich stelle sich in den Dienst der Landesverteidigung und billige die Errichtung von Befestigungswerken von Düren bis nach Mühlhausen. Nur von Deutschlands Sicherheit dürfe niemals die Rede sein. Wir seien das in Ketten gelegte Volk 2. Klasse. Weil dem so sei, hätten wir alle Verantwortung, wenigstens unser 100 000-Mann-Heer auf die höchste Stufe der Leistungskraft zu bringen. Alle Vorwürfe gegen die Reichswehr und ihr Offizierkorps fallen in ein Nichts zusammen gegenüber der Tatsache, daß die Reichswehr in kritischen Zeiten der feste Stützpunkt der Ordnung und Autorität gewesen ist. Wie stellt man sich eine Republikanisierung der Reichswehr vor? Sollen alle die Offiziere und Beamten befristet werden, die im Kaiserreich gedient haben? Die Pflege der glorreichen Erinnerungen ist das zweite Ich jedes deutschen Soldaten. Die Hoheitszeichen des neuen Staates und seine Farben sollen von der Wehrmacht geachtet werden. Man vergeffe aber nicht, daß die schwarz-weiß-roten Farben mit dem Eisernen Kreuz und der Eiche die Kriegsjahre der deutschen Republik sind.

Abg. Erstling (Ztr.) führt aus, daß die Reichswehr ein Instrument der Politik sei. Das offene Bekenntnis des Generals von Hebe, daß die Offiziere der Reichswehr der deutschen Republik dienen wollen, habe im Lande gute Aufnahme gefunden. Die Behauptung gewisser Kreise, daß eine Zustimmung zum Wehretat mit einem Bekenntnis zu kriegerischer Politik Gleichbedeutung sei, muß entschieden zurückgewiesen werden. Nichts schädigt die ruhige und friedliche Entwicklung des Reiches mehr, als die immer wiederkehrenden Behauptungen, Deutschland rüste zum Kriege. Deutschland hat abgerüstet und ist gar nicht in der Lage, Angriffskriege zu führen. Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis die Abrüstung einheitlich durchgeführt ist. Die hohen Kosten seien eine Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrags über das Aufstellen der Wehrmacht. An den Besatzungskosten könnte gespart werden, wenn man uns nicht zwingen würde, die Soldaten 12 Jahre dienen zu lassen.

Zur Frage der Rekrutierung betonte der Redner, daß die in den letzten Jahren übliche Art künftig nicht mehr beibehalten werden könne.

Darauf wird die Beratung unterbrochen, um die Bestimmungen zum Haushalt für die besetzten Gebiete nachzuholen. — Der Haushalt wird in der Form angenommen, die ihm die Ausschüsse beigesteuert haben. — Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, 70 Millionen für durch den Ruhrkampf geschädigte Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibenden und so weiter zu bewilligen. — In zweiter und dritter Lesung angenommen wird auch das Besatzungsleistungsgesetz. — Die Beratung des Wehretats wird darauf fortgesetzt.

Reichswehrminister Geßler:

Leider hat sich die Hoffnung, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges eine Abrüstung durchgeführt werden würde, nicht erfüllt. In allen Parlamenten Europas wird in der gleichen Weise darüber geklagt wie hier. Die englischen Militärlasten sind seit 1913 um ungefähr 700 Millionen Mark gestiegen. Der „Economist“ berechnet, daß England und Frankreich je 3 1/2 Prozent ihres National Einkommens für ihre Sicherheit als Versicherungsausgaben, Italien am meisten, nämlich 4 Prozent, Deutschland dagegen nur 1 1/2 Prozent. (Hört, hört! rechts.) England gibt für jeden seiner Berufs Soldaten 4800 Mark in Jahr aus, Deutschland nur 4000 Mark. Unser Etat ist in keiner Weise überlastet. Ein großer Teil der Ausgaben ist absolut zwangsläufig. Ein Milizherr würde übrigens nicht billiger sein, weil es zur Ausbildung viel mehr geschultes Personal braucht. Deshalb ist unser System noch das relativ günstigste. Allerdings können wir mit diesem System nicht auf die Dauer leben. Wir können uns nämlich bei einem Angriff auf unser Volk nicht beliebig verstärken. Wir müssen fordern, daß das, was uns aufgezungen ist, als Muster für eine allgemeine Abrüstung gilt. Wir können aus unserem Heere nur einen bescheidenen Grenzschutz machen. Also entweder allgemeine Abrüstung, oder wir müssen in die Lage versetzt werden, unsern Nachbarn gleichgerüstet gegenüberzutreten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Man kann Deutschland nicht auf dem Stand eines Indianerstammes zurückhalten. (Erneuter Beifall.) Wir können nicht auf die Gleichberechtigung im Kreise der Völker verzichten. (Ärmliche Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Auch Sie (zu den Kommunisten) haben nicht darauf verzichtet, in Rußland fordern Sie es ja auch. (Sehr gut! und Geisterzeit.)

Das Mißtrauen der Sozialdemokraten schmerzt mich tief. (Lachen b. d. Soz.) Aber ich halte ihre Urteil für ungerecht. (Abg. Müller (Franken, Soz.): Der Verlauf der Femeprozesse war doch wesentlich!) Auf diese Angelegenheit will ich jetzt nicht eingehen. (Woh! h. d. Komm.) Sie (zu den Kommunisten) sind ja selbst Vertreter der Feme. Widerspruch b. d. Komm.) Nach der Denkschrift der Hamburger Polizei über den Aufruf von 1923 hat Remmele damals den von ihm vereidigten Leuten zugerufen: „Wer verpfeift, verfällt der Feme!“ (Hört, hört! bei der Mehrheit. Lachen b. d. Komm.) In Weimar hat man nun einmal das Heer auf den alten Offizieren aufgebaut. Damit hätte ich zu rechnen, als ich Minister wurde, und in der Zeit, wo mir mit der Entente um den Chef der Seeresleitung kämpften, konnte ich nicht Meinungsverschiedenheit mit diesem aufnehmen lassen. Ich habe aber niemals Zweifel an meiner Stellung zu den Wehrverbänden gelassen. Niemand kann jedoch mehr tun, als in seinen Kräften liegt.

Auf meine Amtszeit blüde ich mit Befriedigung zurück. Die Reichswehr ist heute eine in sich gefestigte kleine Truppe. Ich bin dankbar für jede Kritik. Wir wehren uns aber gegen die maßlosen Übertreibungen und die verbitternden Verallgemeinerungen. Denn letzten Endes sind Volk und Reichswehr aufeinander angewiesen. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Brininghaus (Dt. Sp.) behauptet, daß durch die Ausführungen der Vinspreß und ihre Kritik am Reichswehretat im Auslande der Eindruck erweckt worden sei, als ob nun in Deutschland wieder zum Kriege gerüstet werde.

Abg. Creutzburg (Komm.) bezeichnet einige Ausführungen des Reichswehrministers als Unwahrheit. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zum Etat der Reichswehr bestätige die Auffassung, daß es sich dabei um ein Instrument zur Führung imperialistischer Kriege handle.

Abg. von Nischhofen (Dem.)

stellt fest, daß die Erwartungen, die bei der Gründung der Reichswehr gehegt worden sind, daß sie in enger Verbindung mit dem Volke stehen werde, nicht in Erfüllung gegangen seien. In der Reichswehr sei nicht alles so geordnet, wie es dem Interesse des deutschen Volkes entspreche. Die Anregung der Sozialdemokratie, dem Reichswehrminister einen Staatssekretär zur Seite zu geben, ist durchaus begründet. Es muß doch damit gerechnet werden, daß der Minister einmal an der Ausübung seines Amtes behindert ist, und in diesem Falle muß ein verantwortlicher politischer

Vertreter zur Stelle sein. Der Chef der Obersten Heeresleitung darf nicht in die politische Arena steigen. Die allergrößte Bedeutung hat die Frage des Ersatzes der Reichswehr in der Zukunft, die vom Standpunkte der Erfordernisse der Wehrmacht gelöst werden müsse. Die von General Hege geforderte Brücke zwischen Wehr und Volk ist bisher nicht geschlagen worden. Aus republikanischen Kreisen kommt keine Anmeldung mehr für das Offizierskorps, weil man sich dort sagt, es hat ja doch keinen Zweck. Auch das System der Anwerbung von Mannschaften durch die Kompaniechefs sei unhaltbar, es führt dahin, daß nur Mitglieder der Wehrverbände in die Reichswehr Einlaß finden.

Der Redner erklärt schließlich, daß die demokratische Fraktion gegen das Mißtrauensvotum stimmen werde, da sie schon bei der Vorstellung der neuen Regierung ihre Stellung durch ein Mißtrauensvotum zu erkennen gegeben habe und keine Veranlassung vorliege, das bei jeder Gelegenheit zu wiederholen.

Reichswehrminister Gessler bemerkt, daß er sich wegen seiner Ausführungen über einen Artikel des Abg. Erlenz in der „Siffo“ mit diesem persönlich auseinandersetzen werde.

Am 8 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag mittag 1 Uhr.

Aus der Wirtschaft

Der Segen der Konsumvereine

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine (1936 von insgesamt 1090 Genossenschaften), veröffentlicht jetzt die Bilanz für das Jahr 1926. Wenn irgendwo, so lassen sich in diesen Ziffern der gewaltige Aufstieg der deutschen Konsumvereine, ihre wachsende Wirksamkeit und ihr Segen für den Haushalt der Massen deutlich erkennen. Wir haben die Hauptziffern der letztjährigen Entwicklung hier zusammengestellt und mit dem Vorjahr verglichen.

| | 1925 | 1926 |
|---|----------------|----------------|
| Zahl der Verteilungsstellen | 8 500 | 8 780 |
| Umsatz | 616 000 000 M. | 747 000 000 M. |
| Durchschnittsumsatz pro Mitglied | 182 | 234 |
| Erlös aus selbstprod. Gütern | 161 000 000 | 186 000 000 |
| In der Produktion beschäftigte Personen | 6 273 | 6 555 |
| Produktionswert pro Person | 25 607 | 28 390 |
| In der Verteilung beschäftigte Personen | 31 045 | 32 954 |
| Durchschnittserlös pro Person | 19 849 | 22 660 |
| Geschäftsguthaben | 20 000 000 | 29 400 000 |
| Reserven | 29 300 000 | 33 900 000 |
| Spareziallagen | 67 900 000 | 109 100 000 |
| Wachstum des Grundvermögens | 89 100 000 | 103 500 000 |
| Wachstum d. Einricht. u. Masch. | 8 800 000 | 14 600 000 |
| Wachstum des Warenbestandes | 87 400 000 | 97 900 000 |
| Warenschulden | 40 500 000 | 33 500 000 |
| Bauschulden | 10 200 000 | 4 800 000 |
| Reinertrag, Rabattguthaben und Heberweisung | 24 300 000 | 32 000 000 |
| Rückvergütung an Mitglieder | 3 500 000 | 5 200 000 |

In der Mitgliedschaft wurde die große Reinigung von Gelegenheitsgewinnlern aus der Statistik abgeschlossen: Die Mitgliederzahl ging von 3 352 000 auf 3 196 000 zurück. Dabei wurden aber über 1 65 000 neue Mitglieder aufgenommen, von denen sehr ist, daß sie keine Gelegenheitsgewinnler sein werden.

Stark ist die Steigerung der Leistungen und der Wirtschaftlichkeit. Während der Gesamtumsatz der Verteilungsstellen um mehr als 20 Prozent gestiegen ist, liegt der Durchschnittsumsatz pro Mitglied um fast 30 Prozent. Die gesamte Umsatzsteigerung war so groß, daß der Verkaufserlös aus selbstproduzierten Gütern der Umsatzsteigerung nicht folgen konnte und obwohl dieser gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gestiegen ist, blieb sein Anteil am Gesamtumsatz im letzten Jahre gegenüber 1926 jedoch noch um 12 Prozent zurück.

Daß die Wirtschaftlichkeit in der Warenverteilung wieder sehr beträchtlich erhöht wurde, beweist die Tatsache des Durchschnittserlöses auf jede in der Güterverteilung beschäftigte Person gegenüber dem Vorjahr um fast 20 Prozent; der hohe Durchschnittsumsatz der Vorkriegszeit, wo die Kaufkraft noch eine so sehr viel größere war (allerdings bei niedrigeren Preisen), ist überholt.

In der Eigenproduktion ist der Produktionswert, der auf jede der 6555 beschäftigten Personen entfällt, von 25 607 auf 28 390 Mark, also um über 10 Prozent gestiegen. Auch hier ist die Ziffernsteigerung wieder überholt.

Die Geschäftsguthaben sind von 20 auf 29,5 Prozent des gesamten Umsatzes vermehrt. Die Spareziallagen sind

sogar von 11,02 auf 14,61 Prozent des Gesamtumsatzes gestiegen. Auf der andern Seite konnten die Waren- und Bankschulden sehr erheblich gesenkt werden. Während die Warenschulden mit 40,5 Millionen im Jahre 1925 noch 6,57 Prozent des Umsatzes ausmachten, betragen sie Ende 1926 nur mehr 33,5 Millionen, oder 4,49 Prozent, der Anteil der Bankschulden sank noch stärker, von 1,65 Prozent auf 0,65 Prozent des Umsatzes. Wie sehr der Nutzen für die Gesamtmitgliedschaft wuchs, zeigt die Steigerung des Gesamttrags: von 24,3 Millionen erhöhten sich Reinerträge, Rabattguthaben und Heberweisungen auf 32 Millionen, d. h. von 3,93 auf 4,29 Prozent des Umsatzes. Aus diesem Gesamttrag der Konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit entfallen 21,2 Millionen allein auf Rabattguthaben, die gegenüber dem Jahre 1925 um rund 50 Prozent erhöht sind. Den Mitgliedern wurde als Rückvergütung die Summe von 5,2 Millionen Mark überwiesen, oder 0,70 Prozent des Gesamtumsatzes gegenüber 3,5 Millionen, oder 0,56 Prozent im vorigen Jahre.

Das ist im ganzen ein glänzendes Bild. Es ist um so glanzvoller, als noch vor 3 Jahren Gegenwart und Zukunft der Konsumgenossenschaften höchst ungewiß waren. Aber es ist noch unendlich viel Arbeit zu leisten innerhalb und außerhalb der Organisation, bis die deutsche Arbeiterchaft in ihren Konsumvereinen und Produktionsbetrieben die Gesamtversorgung des Haushalts der Massen bewältigen kann. Aber das ist das Ziel, und es muß erreicht werden.

Osterbücher für Jugend und Erwachsene :: :: Buchhandlung Volksstimme

Jahresabschluss der Reichsbank

Der Nettogewinn der Reichsbank im Jahre 1926 beziffert sich auf 112,9 Millionen gegenüber 181 Millionen im Vorjahre. Der Gewinnrückgang ist zum großen Teil auf die Ermäßigungen des Diskontsatzes und auf die Verminderung des Wechselanlaufgeschäfts zurückzuführen. Auch in den Gebühren ist gegenüber dem Vorjahr ein Minderertrag zu verzeichnen.

Die Ausgaben beliefen sich auf 90,1 Millionen Reichsmark. Hierbon fallen 83,3 Millionen auf Verwaltungskosten auf Rückstellungen 6,8 Millionen Reichsmark.

Der Reingewinn beträgt somit 22,8 Millionen Reichsmark und wird, wie folgt, verwendet: Zum gesetzlichen Reservefonds 4,6 Millionen Reichsmark, 10 Prozent Dividende, für die Anteilseigner gleich 12,3 Millionen Reichsmark, an das Reich 4,2 Millionen Reichsmark, die dem Rentenmarktilgungsfonds zuzuführen, 1,7 Millionen Reichsmark werden dem Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlungen zugeführt.

Ein Bergbau-Reformabschluss

Ein Reformabschluss kann der Harpener Bergbau vorlegen. Die Gesellschaft ist, selbst bei mit 11,6 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr verminderten Abschreibungen in der Lage, einen gegen 1925 um das Siebenfache gesteigerten Reingewinn (1926 = 8,281 Millionen, 1925 = 1,17 Millionen Mark) auszuweisen. Die Dividende beträgt 8 Prozent, während die Harpener A.-G. im Vorjahre dividendenlos blieb.

Nach dem Abschluß der Essener Steinkohlenbergwerke A.-G., die 8 Prozent gegenüber 6 Prozent im Jahre 1925 verteilt, kann gesagt werden, daß der eigentliche Kohlenbergbau wie auch die gemischten Werke in Rheinland und Westfalen im Jahre 1926 außerordentlich günstig abgezeichnet haben. Der gute Schnitt beruht weniger auf der Engländermarktlage, sondern auf der überraschenden Senkung der Herstellungskosten infolge der durchgeführten Mechanisierung, besonders der Kohlenabbauvorrichtungen und -borträgen. So konnte z. B. die Harpener die arbeitstägliche Förderung um 2,6 Prozent über den Vorkriegsstand steigern. Angehörig dieser Tatsache zu behaupten, die rheinisch-westfälischen Kongerne seien nicht zu einer angemessenen Lohn-erhöhung imstande, heißt, die Dinge auf den Kopf stellen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in der Porzellanindustrie

Der für die feinderratische Industrie von dem Schlichter des Reichsarbeitsministeriums gefällte Schiedsspruch stellt den Wirtschaftsfrieden in dieser Industrie nicht her. Die Unternehmer hatten vor der Fällung des Schiedsspruchs die Absicht erkennen lassen, bis zu dessen Annahme einen Streikfrieden mit der organisierten Arbeiterchaft herbeizuführen und von der angelegentlich Ansperrung abzusehen.

Die Ansperrung trat nun am 28. März in Mittel- und Norddeutschland, Thüringen, Bayern und Schlesien mit Ausnahme einiger Betriebe doch in Kraft. Rund 40 000 Beschäftigte wurden davon in Mitteleuropa gezeugen. Bis zum 2. April wird sich die Zahl auf 60 000 erhöhen.

Diese Maßnahme ist nicht zu rechtfertigen. Der Schiedsspruch bleibt z. B. in der Urlaubsfrage noch hinter dem früheren Stande zurück und läßt dem Unternehmer die Möglichkeit, wöchentlich 8 Überstunden mit nur 10 Prozent Aufschlag verrichten zu lassen. Auch in der Lohnfrage ist der Arbeiterchaft bei weitem nicht genügend Rechnung getragen, weil die vorgesehene Lohn-erhöhung nicht einmal die durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Mieten nachgewiesene Verteuerung ausgleicht.

Da die Unternehmer den von ihnen zuerst angeregten Streikfrieden nach der Fällung des Schiedsspruchs selbst brechen, richten sich ihre jetzigen Kampfmaßnahmen nicht als Abwehr gegen die Streik, sondern lediglich gegen das Reichsarbeitsministerium bezugsweise gegen den gefällten Schiedsspruch. Die Arbeiterchaft führt den ihr aufgezwungenen Kampf mit großer Zuversicht und bester Stimmung.

Leistungssteigerung beim Bahnpersonal

Die Arbeitsleistung des Reichsbahnpersonals ist seit Jahren ständig im Steigen begriffen. Wie stark diese Steigerung ist, ergibt sich aus einem Vergleich des Personalstandes und der Wagengestellung in den Jahren 1913 und 1926.

Im Jahre 1913 betrug der Personalstand bei den Staatsbahnen im Reichsgebiet 692 715 Köpfe. Die Wagengestellung betrug im November 1913 im täglichen Durchschnitt 142 000 Wagen. Im November 1926 betrug der Personalstand 715 953 Köpfe einschließlich der Zeitarbeiter in der Bahnunterhaltung. Die Wagengestellung betrug im November 1926 zwischen 150 046 und 169 676 Wagen in den einzelnen Wochen im täglichen Durchschnitt. Die Steigerung der Wagengestellung gegenüber dem Restjahr 1913 betrug etwa 20 Prozent. Die Steigerung des Personalstandes einschließlich der Zeitarbeiter beträgt dagegen nur 3,55 Prozent.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Zeitarbeiter, deren Zahl von Monat zu Monat stark wechselt, nur zu einem geringen Teile zum allgemeinen Personalstand geschlagen werden können, da diese Arbeitergruppe nur zur vorübergehenden Verstärkung der Bahnunterhaltungsarbeiten eingestellt ist, um den durch die Kriegsjahre eingetretenen Rückstand an Bahnunterhaltungsarbeiten, gegenwärtig etwa 9000 Kilometer Gleislänge, zu bewältigen. Dieses Personal ist also nicht an den Leistungssteigerungen im Betriebs- und Verkehrsdienst beteiligt. Die Steigerung der Leistungen im Betriebs- und Verkehrsdienst ist schätzungsweise mit einem gegenüber 1913 um mindestens 10 Prozent verringerten Personalstand erzielt. Die Steigerung der Leistungen des ständigen Personals ist deshalb um so höher zu bewerten.

Nach der neuen Statistik über die Wagengestellung stehen auch die Leistungen in der Woche vom 6. bis 12. März d. J. um 2500 Wagen über der Restorleistung vom Jahre 1913. Da der Kopfstand des im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigten Personals seit Ende 1926 erneut vermindert worden ist, ist anzunehmen, daß die Leistungen die gleichen geblieben sind wie im November 1926. Das Reichsbahnpersonal hat also ein kräftiges Entgegenkommen in der Arbeitszeit- und Lohnfrage reichlich verdient.

Schiedsspruch für die Zigarrenindustrie. Für die Zigarrenindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, durch den die kurzzeit gültigen Löhne ab 1. April um 10 Prozent erhöht werden. Damit gilt die Mietpreiserhöhung von April und Oktober als abgegolten. Die wöchentliche Arbeitszeit soll grundsätzlich 48 Stunden betragen. Für die ersten drei Überstunden wird kein Zuschlag, für die weiteren drei ein solcher von 10 Prozent und für alle weiteren Überstunden ein solcher von 25 Prozent bezahlt. Erklärungsfrist bis zum 4. April.

Umfang der Fünftage-woche. Das Arbeitsstatistische Amt in den Vereinigten Staaten hat im Anschluß an den Versuch Henry Ford's, die Fünftage-woche einzuführen, Feststellungen über den jetzigen Umfang der Fünftage-woche angestellt, die sich auf 66 Orte und 764 596 Arbeiter erstrecken. Dabei wurde festgestellt, daß von allen einbezogenen Arbeitern 35 689 oder 4,7 Prozent das ganze Jahr hindurch die Fünftage-woche hatten. Am häufigsten ist sie in der Bekleidungsindustrie, wo sie für fast ein Drittel der Arbeiter gilt.

Wolizimov für Flamme in Gubord

Das zweite Leben

Eine Erzählung von Ernst Zahn.

(2. Fortsetzung.)

(Schluß des ersten.)

Es gab einen bösen Ausbruch. Ich warf ihn alle Gedanken ins Gesicht, die mir das Herz jahrelang bitter und krank gemacht hatten. Im Ende erklärte ich, das ganz verlassen zu wollen, und verlangte mein Urteil. Er gab mir keine Antwort. Ich machte mich hinter die Gewandbühne, allein er hatte mich nicht verlassen, und sein Wort, daß ich ein Feindling und Revolvierer sei, wurde mehr als meine Vorwürfe. Ich bekam die Mittel nicht. So blieb ich weiter sein Feind. Und weiter dauerte das Leben zwischen ihm und der Schwester.

Da ist es in mir erwacht, Herr Pfarrer. Es war mir ein Traum einmal, ein großer Gedanke: Herrgott, den Heilig, den Dämonen und Ungeheuern, erschlagen konnte ich den, so wenig wider ist er mir!

Das häßliche glühte, erlosch und kam wieder ins Glimmen. Der alte Herr und Groß hüben hinein, und es wurde ein Feindling. Die tagelange Geduld, die ich von dem namenlosen Mann erlitt, half weiter schmerzen, und der Abscheu vor dem Leben, das der Herr der Schwester zum Schaden war, hatte das Feuer erst recht. Es wuchs — wuchs — wuchs. Jetzt war das Feuer erschlagen nicht mehr ein einzelner Gedanke, jetzt war es das eine, jort- wählende, beständige, drängende Verlangen. Nicht daß ich es im Laufe, einzig ich war, sondern wie ich es tun konnte. Wogen- lang habe ich es mit mir herumgetragen. Vorbedacht wannen sie es beim Gerichte; denn ich habe ihnen Wort für Wort und Wahrheit für Wahrheit geschwiegen, wie alles war. Ganz tags über, da ich den einen Gang über Land nach Hause kam, sah ich die Schwester aus des Heilig's Fenster kommen. Es waren die langen Sommerstage, die erst in den Herbstmonaten erloschen. Die Uhr hatte schon neun geschlagen. Das Dunkel fiel ein und lag schwer über den Häusern, Feldern und Bergen, aber der Tag hatte noch jene Wärme zurückgelassen. Sie stand unter am Himmel und in Kapuzen und in manchen Feinheitsarbeiten wie Ant- so ist. Er wußte mir auch in die Augen geschaut sein, denn die Sonne brannte mich, als ob ich Feuer im Schmelz hätte. Von der Stunde an wachte ich, daß ich es tun würde.

Einmal habe ich mich nicht mehr um den Namen Heilig und ganz ruhig über erachte ich ihn, ihn von hinten überrollend, und schloß ihn auf das Glas der Uhr, die nunmehr des Glases verdrängt. Da sah ich die Uhr dem Tag übergeben finden, aber sie konnte ihn nicht.

Die Schwester sagte jenseits aus, daß sie mich für den Heilig-ten hätte.

Magnus im Ernst sprachte weiter. Nachher zeigte er mir den fremden Händen die weiße Lanke an die Stelle, wo das Herz

war, und schaute sich hilflos in der Zelle um. Dann fuhr er weiter: „Die Schwester heizt, daß zwischen ihr und dem Vor- mund irgend etwas Angehöriges gewesen sei. Sie rühmte seine Güte und Freigebigkeit und daß er nur manchmal toll- pörsigig zärtlich gewesen sei. Sie gab aber zu, daß er gegen mich nicht sich gezeigt hätte wie gegen sie und wie es seine Pflicht gewesen wäre. Darin also sagte sie die Wahrheit. Hat sie sie auch bezüglich des andern gesagt? Ich weiß es nicht. Vielleicht war ich blind. Oder verblendet. Vielleicht habe ich mich geirrt. Ich habe nun viele lange Jahre nachgedacht und gefunden, daß ich mich — vielleicht geirrt habe und daß Menschen vielleicht so sein können oder müssen. Vielleicht hatte der Vormund — an die Schwester eine späte Hoffnung geknüpft. Vielleicht sah er in mir ein Hindernis und beabsichtigte dieselbe unbestimmte und uner- klärliche Anweisung, wie sie in mir gegen ihn kamte, auch in ihm gegen mich und leitete ihn gegen meinen Willen. Vielleicht bedachte die Schwester meines Schicksals gar nicht. Vielleicht war sie dem Erschlagen gut. Tausendmal habe ich mich selbst aus- gefragt über mich selbst und mir geantwortet, daß ich nicht mehr lebe, was ich getan habe, nicht der jähren Strafe wegen, sondern weil ich den Toten nicht mehr helfe. Etwas wie Mitleid ist in mir, Herr Pfarrer, mit dem Erschlagen, der Schwester, mir selber und meinen Angehörigen. Wir sind ohnmächtig vor den Erbarmen unserer inneren Triebe, wir meinen zu treiben und werden getrieben. Unabhängig habe ich nachgedacht. Einmal war ich jung und heiß. Jetzt bin ich kühl und still. Die Bücher, die Sie mir liehen, haben mir geholfen, aus dem Bauerntölpchen ein Mann von einiger Bildung zu werden. Ich blieb kein von Selbstverleumdungen abgestumpfter Mensch. Ich treue mich auf die andere Menschen, es verlangt mich, wieder unter sie zu treten. Tausendmal freilich stelle ich mir vor, daß sie nichts werden von mir werden wollen.“

Wieder unterwarf ihn jetzt der Pfarrer: „Darauf müßt Ihr Euch schon gefaßt machen, im Ernst; es wird nicht alles so glatt gehen, wenn Ihr hinaus kommt.“

Der Strömung schaute ihm an. Seine Augen wurden groß, halb vor Staunen, halb vor leiser Angst. „Ja, ja.“ sprach er so ins Leere hinaus.

Dann sah er grübelnd fort: „Die Schwester freut sich, jenseits zu sein. Wir sind doch schließlich alle, wir zwei, in der Welt, jenseits zu sein. Das ist ja auch wahr. Ich habe sie gefragt, ob ich bei der Waise kann, doch darauf hat sie mir nicht geantwortet, darauf nicht.“

„Das wird sich schon finden“, sagte der Pfarrer. „Magnus im Ernst brummete etwas in sich hinein, wie es Menschen tun, die lange und viel allein gewesen sind.“

Der andere versuchte es nicht. „Aber nach einer Weile wendete sich der Pfarrer zu dem Geist- lichen zurück. „Sie haben mir versprochen, Herr Pfarrer,“ sagte

er, „daß Sie mir zu einer Stelle verhelfen wollen, zu einer Arbeit, die mir im Leben weiterhilft. Darüber bin ich schon froh. Wir haben ja auch etwas, die Schwester und ich. Gerade hungern müssen wir nicht. Es ist mir lieb, weil — ich die Leute dann nicht mehr beneiden muß, als nötig ist.“

„Wir werden sehen“, erwiderte der Geistliche. „Wir werden sehen. Seid ohne Sorge!“

Dann gab er im Ernst die Hand. Die seine war schmal und lang, wie Gelehrtenhände sind, aber die des im Ernst lag noch zarter darin.

Pfarrer Ott entsetzte sich. Er war bewegt, wie immer, wenn er diese Zelle verließ. Keiner von den vielen, die in diesem Hause die Zeit der Buße ertrugen, erlebte sie so tief wie Magnus im Ernst.

Zweites Kapitel.

Der Frühling war da, als Magnus im Ernst die Welt wieder sah. Anders hatte er sie sich in der Anstalt gedacht, anders erschien sie ihm. Wenn er im Hofe des Gefängnisses mit den übrigen Unglücksgefallenen sich hatte ergehen dürfen, immer im Streife, immer denselben Weg der hohen Hofmauer entlang, hatte auch der blaue Himmel über ihnen geleuchtet. Die Sonne war auf das Pflaster gefallen, und Bogelfingen hatte über die Mauer herübergeflattert, allein es war doch nur wie ein Trugbild der Welt gewesen, der Welt, in die man nicht hineindurfte, die da kein Ganzes war. Nun sah er das volle, lüdenlose Bild, weite grüne Matten, dunklere Wälder, blauen Bach und leuchtenden Himmel. In allen Dingen sang und zwitscherte es. Leben war hier und Weite und freie, köstliche, flimmernde Luft.

Magnus im Ernst ging in einem dunkeln Anzug. Obwohl angemessen, sah dieser fast wie das Büßergewand weit an den äußeren Gliedern, und die Armegeien und Hände wie das Gesicht erschienen noch bleicher als in der Zelle. Auf dem dünnen, braunen Haar sah ein weicher, schwarzer Filzhut. Gepäd hatte der Pfarrer keine bei sich. Seine Gehfertigkeiten wollte er sich später holen, wenn er wußte, wie — alles werden sollte. Nur einen Keinen, runden Korb trug er in der Hand, den ihm der Pfarrer geliehen hatte. Er ließ sich damit auf einen weißen Randstein an der Straße nieder, die querfeldein von der Anstalt ins Land hinausführte. Dann öffnete er den Deckel ein wenig und sah hinein.

Ein Girren scholl ihm entgegen. „Was machst du, Hans, guter Hans?“ fragte er. „Dabei kam ihm etwas vor dem Atem, als quelle ein Schluchzen in ihm auf. Lange, enloste Zeit in enger Zelle wurde wieder lebendig. Die Zelle hatte ein kleines Fenster. Ein Splittchen Tag hatte herangezogen. Wie war das Heute verschieden von gestern!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Gerichtssälen

Soziale Not

Ein Bild von der sozialen Not, die in weiten Arbeiterkreisen herrscht und nicht selten zu Verbrechen und Unglück führt, stellt sich vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg ab. Auf der Anklagebank sitzt der Geschäftsführer Gustav Fischer aus Schandleben. Früher ist den Gerichten kein Unbekannter. Erst vor einem halben Jahre wurde er zu einer Zuchthausstrafe von 1 1/2 Jahren verurteilt, weil er sich an seiner minderjährigen Tochter sittenlos vergangen hatte. Aber auch diese Bestrafung fällt auf das Milieu zurück, in dem der Angeklagte zu leben gezwungen ist.

Vor der letzten Tat geschah, hatte der Beschuldigte seine Ehefrau durch den Tod verloren. Mit sechs schulpflichtigen Kindern stand der Mann allein auf der Welt. Niemand half ihm. Er war in jeder Beziehung nur auf sich selbst angewiesen und mußte nach harter Tagesarbeit auch noch alle häuslichen Arbeiten erledigen, nur damit die Wirtschaft in Ordnung verbliebe. Den Kindern fehlte aber die Mutter. Den ganzen Tag über waren sie sich allein überlassen, iaten was sie Lust hatten und richteten — so ist das ja in den meisten Fällen — aus Unverstand mehr Schaden an, als der Vater gutmachen konnte. Darüber gab es oft harte Worte. Auch der Hofstod wurde öfter als nötig benutzt. Wenn die Mutter dagewesen wäre, hätte das Familienleben sicher einen ganz andern Verlauf genommen. Singu kamen ungeheuer schlechte Wohnungsverhältnisse. Die siebenköpfige Familie hauste in einer Wohnung, die für zwei Menschen als zu klein bezeichnet werden muß. Die traurige Wirtschaftslage des Mannes brachte es auch mit sich, daß nicht für jedes Familienmitglied ein Bett vorhanden war. In drei Betten teilten sich sieben Personen.

Die Folge davon war, daß sich der Vater vergaß, sich an seiner noch schulpflichtigen Tochter sittenlos verging und dafür zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Wir wollen die Tat dieses Mannes keineswegs beschönigen. Die Hauptschuld trägt aber auch daran die ungeheure Wohnungsnot, die jedes vernünftige Familienleben erstört. Kurz nach der Verurteilung wurde der Angeklagte vorläufig aus der Haft entlassen, da ihm die Möglichkeit gegeben werden sollte, seine häuslichen Verhältnisse zu ordnen.

In dem Manne war aber eine harte Bitterkeit eingekerkert. Er war mit sich selbst unzufrieden, war an seinem Leben verzweifelt und fand sich auf der Welt nicht mehr zurecht. Seinen Ärger und Mißmut ließ er an seinen Kindern aus. Oft hagelte es grundlos Prügel, so daß die Kinder völlig eingeschüchtert wurden und nun auch ihrerseits jedes Vertrauen zu dem Vater verloren. Besonders barbarisch wurde ein 13jähriger Junge von dem Angeklagten behandelt, der oft wegen der geringsten Kleinigkeit unmenßliche Schläge erhielt. Am 13. September vergangenen Jahres war der Junge etwas über die Zeit hinaus ausgeblieben. Als er am Abend zurückkam, schlug der Angeklagte mit einem Strick auf ihn ein und brachte ihn auf der Stelle zu erürgen. Der Junge starb herzzerbrechend. Am so mehr schien sich aber die Wut des Angeklagten zu steigern, der schließlich in einem Anfall fast unnatürlicher Erregung den Strick um den Hals seines Kindes legte und mit den Worten „Man muß die Dicht aufhängen!“ mehrmals den Jungen am Strick in die Höhe zog. Der Junge behauptet, bei dieser Gelegenheit habe ihn der Vater an einer Krämpfe, die an der Tür befestigt ist, aufgehängt und geschlagen.

Vor dem Schöffengericht bestritt der Beschuldigte nicht, daß er seinen Sohn des öftern geprügelt habe. Er will aber dabei niemals über die „Grenzen des Erlaubten“ hinausgegangen sein. Die Geschichte mit dem Strick bezeichnet er als ein Phantasiegebilde seines Kindes, das ihm möglicherweise von andern Leuten beigebracht worden sein soll. Im übrigen bezeichnet der Vater sein Kind als Lügner. Der Lehrer des Jungen behauptet das Gegenteil, bezeichnet ihn aber als geistig etwas zurückgeblieben und als vernachlässigt. Er bestärkt, daß das Kind einen Tag nach dem zur Anklage stehenden Vorfall mit geschwollenem Gesicht zur Schule gekommen ist. Die Kinder sind inzwischen durch die Wohlfahrtsfürsorge bei andern Leuten untergebracht.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten der Mißhandlung seines Kindes für überführt und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten. Das Gericht folgte gleichfalls den Angaben des Jungen und verurteilte den Beschuldigten zu zwei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte verbüßt jetzt seine Zuchthausstrafe in Richtenburg. Soziales Elend hat eine bisher ruhig und in Frieden lebende Familie vernichtet. Der Vater ist ins Zuchthaus gekommen, die Mutter liegt im Grabe, die Kinder leben zerstreut bei wohlthätigen Menschen, die mit dem Unglück der Familie Mitleid empfunden haben. Es wird kaum jemals wieder die Zeit kommen, wo sich Vater und Kinder zusammenfinden werden.

Kleine Chronik

Der Mord im Pfarrhaus.

Die polizeilichen Ermittlungen in der Mordaffäre Wirth werden trotz des Protektes des Generalinspektors Dibelius in Königshorst fortgesetzt. Zunächst wird sich die Staatsanwaltschaft darüber schlüssig werden, ob auf Grund der vorliegenden Verdachtsmomente ein Haftbefehl gegen den Pfarrer Schmoor erlassen werden soll. Bei der ersten amtlichen Untersuchung zur Klärung des schweren Verbrechens, die gleich nach der Tat im Januar 1919 eingeleitet worden war, hatte man nur mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Erschossene Einbrecher zum Opfer gefallen war. Andre Momente wurden, wie aus den damaligen Ermittlungssakten ersichtlich ist, nicht weiter erörtert, da die Einbrecher im Pfarrhaus nichts gestohlen und auch weiter keine Spuren hinterlassen hatten, bis auf eine zertrümmerte Fensterscheibe, deren Scherben merkwürdigerweise an der Außenseite des Hauses vorgefunden wurden. Bis zum heutigen Tage konnte eine Spur von den Tätern nicht gefunden werden. Verschiedene Verdachtsmomente sprachen weiter dafür, daß die Scheibe erst nach der Tat zertrümmert wurde, um die Ermittlungen auf eine falsche Fährte zu lenken. Von einer anonymen Anzeige gegen Pfarrer Schmoor, wie Generalinspektors Dibelius behauptet, kann keine Rede sein, da die Leut., die den Verdacht gegen den Pfarrer ausgesprochen haben, der Polizei bekannt sind und über ihre Wahrnehmungen eingehend vernommen worden sind. Zur weiteren Klärung der mysteriösen Affäre wird in den nächsten Tagen im Pfarrhaus in Königshorst ein Lokaltermin abgehalten werden; man will versuchen, die Momente der Tat zu rekonstruieren.

Leichensund bei Schildhorn.

Einem schweren Verbrechen ist man am Montag bei Schildhorn an der Habel auf die Spur gekommen. Hier wurde in den ersten Nachmittagsstunden ein Paket angeschwemmt, in dem man den Kumpf eines jungen Mädchens vorfand. Kopf, Arme und Beine sind gewaltsam vom Körper getrennt und konnten bisher noch nicht gefunden werden. Es handelt sich vermutlich um einen Lustmord.

Drama auf einem Rittergut.

Eine schwere Missetat, die in ihren Motiven noch nicht ganz aufgeklärt ist, hat sich in der Nacht zum Montag auf dem Rittergut Wilschshausen bei Weimar zugetragen. Der 22 Jahre alte Verwalter Mannhardt, der seit etwa 2 Jahren aus dem Gute tätig ist, wurde von dem 21 Jahre alten Volontär Kronfiegel im Bett erschossen. Nach der Tat verübte Kronfiegel Selbstmord. Er wurde am Montag früh mit durchgeschossener Schläfe auf dem Boden liegend aufgefunden. Nach dem Befund der Leiche des Erschossenen ist die Tat geschehen, während Mannhardt im Schlafe lag.

Ueber ihre Beweggründe sind sich Polizei und Staatsanwaltschaft noch nicht im Klaren. Gerüchte, die von unerlaubten Beziehungen zwischen den beiden jungen Leuten wissen wollen, sind unrichtig, denn der Mörder war erst seit etwa 8 Wochen auf dem Gute beschäftigt. Es kann höchstens angenommen werden, daß es zwischen ihm und dem Verwalter wegen der Arbeit zu kleinen Differenzen gekommen ist. Ein Streit ist der Tat nicht vorangegangen. Sie scheint also von Kronfiegel am Sonntag geplant worden zu sein.

Hauseinsturz in Spandau.

Am Montag vormittag stürzten in Spandau in der Hochgerichtsstraße der Dachstuhl und eine Giebelwand eines einstöckigen Hauses ein. Das Haus war allerdings bereits seit etwa 14 Tagen von der Baupolizei wegen Baufälligkeit geräumt worden. Bis dahin hatten nicht weniger als vier Familien darin gehaust.

Klärung eines Siedlermordes?

Vor einem Berliner Schwurgericht hat sich der Siedler Joseph Brikti unter der Anklage des Mordes zu verantworten. Brikti soll in der Nacht zum 2. Mai 1923 seinen Nachbarn Janjon in der Kolonie Schmachtenhagen bei Oranienburg hinterücks erschossen haben. Bis jetzt war es nicht gelungen, das Missetat über dem Tode des Erschossenen schwebte, völlig zu lösen. Brikti galt gleich nach Entdeckung der Tat als der Mörder, da er mit dem Getöteten in einem gespannten Verhältnis lebte. Das Verfahren mußte aber schließlich gegen ihn eingestellt werden. Als er später wieder verhaftet wurde, bequeme er sich überraschenderweise zu einem Geständnis, suchte aber dabei die Ehefrau des Getöteten und einen Arbeiter in die Angelegenheit hineinzuziehen. Die beiden von Brikti Beschuldigten wurden nach monatelanger Untersuchungshaft wieder frei gelassen und das Verfahren eingestellt. Frau Brikti war ebenfalls in die Mordaffäre verwickelt und erhängte sich, als sie schließlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Vor Gericht bestritt Brikti sein früheres Geständnis, das er nur abgelegt habe, um Ruhe vor weitem Fragen zu haben. Zu dem Prozeß sind nicht weniger als 67 Zeugen geladen.

Wieder ein falscher Dr. jur. entlarvt.

Dem Treiben eines gerissenen Betrügers, der sich als Dr. jur. und Syndikus aufspielte, hat die Berliner Polizei ein Ende gemacht. Es handelt sich um einen früheren Bankbeamten Gerhard Kriebel. Seit 1922 war er auf eigne Faust tätig. Wegen zahlreicher Betrügereien erhielt er 4 Jahre Gefängnis. Nachdem er diese Strafe verbüßt hatte, trat er als Dr. jur. und Syndikus eines Großbankkonzerns auf. Es gelang ihm, die Tochter eines angesehenen Gewerbetreibenden zu heiraten, wodurch sein Ansehen noch erheblich gewann. Allzu viele folgten seinen Lockungen und gaben ihm Geld zu Spekulationen, bei denen er große Gewinne in Aussicht stellte. Es handelte sich meist um Beträge von 1000 bis 2000 Mark, in einem Falle übertrug ein besonders Vertrauensseliger sogar 30 000 Mark auf das Konto Kriebels. Dieser falsche die Abrechnungen, die er seinen Geldgebern zuschickte, teilweise sogar unter Benutzung von Namen bekannter Bankdirektoren. Auf Verlangen zahlte er auch mitunter kleinere Gewinne aus. Insgesamt erbeutete er aber auf diese Weise über 50 000 Mark, die er restlos für sich verbrauchte. Er machte mit seiner Frau Reisen nach England, Frankreich und Spanien und lebte auf großem Fuße. Einem Teile seiner Kunden verschwieg er seine Verheiratung und erhöhte ihre Vertrauensseligkeit durch die Vorspiegelung, daß er demnächst die Tochter eines aktiven Generals heiraten werde. Von Zeit zu Zeit legte er sich, um mehr Eindruck zu schinden, den Hohenzollernschen Hausorden oder den Pour le mérit an. Durch Zufall erfuhr dieser Tage sein größter Geldgeber, daß Kriebel bereits verheiratet ist. Weitere Nachforschungen entthüllten die Betrügereien. In seiner Empörung tat sich der Geschädigte mit einigen andern Klägern zusammen, sie zogen in die Wohnung Kriebels und verbarbarischen ihm dort zunächst eine Tracht Prügel. Die Frau, die keine Ahnung hatte, rief das Ueber-

fallkommando, das Kriebel zunächst in Sicherheit brachte. Dann aber wurde er der Kriminalpolizei zugeführt.

Mit 1 1/2 Millionen Schulden geflüchtet.

Der bekannte Berliner Kneber und Inhaber eines Automobilgeschäftes, Viktor Schuppe, ist seit einigen Tagen spurlos aus der Reichshauptstadt verschwunden. Nähere Nachforschungen haben ergeben, daß er schon seit einiger Zeit seine Zahlungen eingestellt hat und 1 1/2 Millionen Mark Schulden hinterläßt. Der Name des Knebers Schuppe war seinerzeit durch den Erwerb des Luftdampfers Beer Ghnt bekannt geworden, mit dem er für Leute mit großem Geldbeutel Nordlandfahrten veranstaltete. Als der Reichsbankpräsident in der Villa Schuppes erschien, mußte er feststellen, daß bereits die gesamte Einrichtung verpfändet oder verschwunden war. Der Aufenthalt Schuppes ist einseitig völlig unbekannt.

„Fürstliches“ Gehalt eines Bibliothekars.

Vor einigen Tagen war in München ein Bibliothekar verhaftet worden, der die ihm anvertraute Bibliothek seit längerer Zeit systematisch bestohlen hat. Es handelt sich dabei um die nach der Auseinandersetzung zwischen Staat und Dynastie den Wittelsbachern zugesprochene Bibliothek, über die das Verfügungsrecht dem ehemaligen Kronprinzen Ruprecht zusteht. Der Verhaftete war mit dem fürstlichen Gehalt von 120 Mark monatlich angeestellt und ist infolge dessen der Versuchung, sich am Eigentum des Kronprinzen zu bereichern, besonders stark ausgesetzt. Erleichtert wurden ihm seine Veruntreuungen dadurch, daß die von ihm verkauften Bücher, Zeichnungen und Stiche weder gestempelt, noch katalogisiert waren. Sein Abnehmer, ein kleiner Antiquar, ist gleichfalls verhaftet worden.

Verführung Chaplins?

Nach den neuesten Nachrichten aus Amerika soll zwischen Charlie Chaplin und seiner Gattin, die vor einigen Monaten die Ehestandsklage eingereicht hatte, eine Verführung bevorstehen.

Prozeß um das abgeflagene Wein.

Vor einem Wiener Schöffengericht begann am Montag ein großer Sensationsprozeß. Unter der Anschuldigung, sich selbst ein Wein mit einem Weil abgeflagen zu haben, um dadurch in den Genuss einer Unfallversicherung in Höhe von 100 000 Dollar zu kommen, hat sich der Ingenieur Emil Marek zu verantworten. Marek ist von seinem angeblichen Unfall am 12. Juni 1923 noch nicht völlig geheilt und wurde in einem Rollstuhl vorgefahren. Mitangeklagt sind seine Frau und seine Schwägerin. Marek selbst ist erst 23 Jahre alt, seine Frau jedoch 29. Sie hat den jungen Mann geheiratet, nachdem sie einen alten Rentier beerbt hatte. Der „Unfall“ ereignete sich 2 Tage nach Abschluß einer Versicherung, die auf 100 000 Dollar für den Todesfall und auf 400 000 Dollar für dauernde Invalidität lautete. Die Versicherungsgesellschaft lehnte sofort jede Auszahlung ab und erhob Anklage wegen Betrugs. Da 80 Zeugen vernommen werden sollen, wird die Verhandlung etwa 8 Tage dauern.

Tiefer Winter in Westschweden.

In Westschweden herrscht tiefer Winter. Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephonverbindungen sind an vielen Stellen gestört.

Verheerende Frühlingsgewitter in England.

Ueber große Teile Englands gingen schwere Gewitter nieder. In Portland wurden die schlafenden Einwohner am frühen Morgen durch eine furchtbare Detonation aus den Betten getrieben, sie glaubten an eine Explosion, aber der Blitz hatte in einen 250 Fuß hohen Kran eingeschlagen und ihn zerstört. In Gateshead bei Newcastle schlug der Blitz in einen Kirchturm, so daß der Turm zusammenbrach und das Dach der Kirche in Flammen aufging. Auf die Wärme-Welle ist bittere Kälte gefolgt. Auf den Hügeln von Denbigh (Montgomery) liegt hoher Schnee und die Hirten suchen ihre verlorenen Schafe.

Vom Kolos von Rhodos

Dem Namen für ein riesiges Bildwerk des Altertums, spricht mancher, ahnend, daß jener vielleicht eins der sieben Weltwunder gewesen. So groß war er, daß die Bavarica oder die Freiheitsstatue oder die Niederwald-Germania ihm höchstens bis ans Knie reichten. Was der Kolos von Rhodos unter den Kolossalbildwerken der Welt bedeutet, das ist unsere neue

Greiling-Juwel zu 6 M

unter den Qualitäts-Zigaretten. In ihr haben wir eine sorgfältigst erprobte neue Mischung aus besten türkischen mit ergänzenden mazedonischen Tabaken verwirklicht. In unserer neuen Goldfoliepackung ist diese Zigarette vor jeder selbstverständlichen, daß diese Packung, die den festesten Verschluss für den kostbaren Inhalt darstellt, zugleich in den Herstellungs-, kosten so erniedrigt wurde, daß alles Augenmerk der Güte des Tabaks zugewendet werden konnte.

Unsere Schwarz-Weiß-4₃ und Auslese-5₃

sind überall in Deutschland rühmlichst bekannt. Sie gehören zu den wenigsten führenden Marken. Ihre hervorragende Qualität ist unbestritten. Es gibt keine besseren Zigaretten in diesen Preislagen. Der von Monat zu Monat steigende Umsatz beweist es.



Magdeburger Angelegenheiten

Rot-Front-Litanei

(Tägliches Gebet der „Aribiunc“.)

Lieber guter Bannermann,
Schließ dich dem „Rot-Front“ doch an,
Mit dem roten Scheine,
Ist er auch nur kleine,
Ist er auch nur schwach an Zahl,
Macht er doch 'nen Mowdsstand:
Tschingda, tschingda, bumdera,
Flugs ist die Erlösung da.

Lieber guter Bannermann,
Schließ dich dem „Rot-Front“ doch an
Mit roter Mütze,
Drunter fehl's an Griße.
Was verjagt's, da allezeit
Steht ein Phrajeschwall bereit?
Tschingda, tschingda, bumdera,
Phrajen da, ist alles da.

Lieber guter Hörjngmann,
Haucht ich dich auch hüd jets an
Mit dem Maul voll Geifer,
Sieh, es war nur Eifer,
Schwarzrotmossfisch-Diot
Nannte ich dich nur in Rot.
Tschingda, tschingda, bumdera,
Und ich meinte andre da.

Lieber guter Bannermann,
Schließ dich dem „Rot-Front“ doch an,
Sollst dein Gaudium finden.
Aus Moskauer Gründen
Und aus Prinzipipia
Geht es mit Taritrara,
Tschingda, tschingda, bumdera,
Täglich nach Utopia.

Konim doch, Kamerad Hörjngmann,
Schließ dich dem Klamauk doch an.
Moskau braucht Rekruten,
Die sich blind verbluten.
Kommst du, geht hum bum, bum bum,
Baß ein Mühlenrad herum.
Tschingda, tschingda, bumdera,
Dir im Kopfe: Rattata.

Lieber Freund und Kamerad,
Höre diesen letzten Rat:
Her die Hand zum Bunde!!
In der Schicksalsstunde
Schlagen wir den Schädel ein,
Wer uns nicht will Bruder sein.
Tschingda, tschingda, bumdera,
Moskau braucht es so — hurra!!!

Moskau lebt, mit ihm auch ich,
Wo sind des Verderbens Schreden?
Moskau wird auch sicherlich
Alles wieder aufweden,
Wenn der Bahn im Chaos liegt,
Kann das Volk am Boden liegen.
Tschingda, tschingda, bumdera,
Dann ist die Erlösung da!!

Die Erfolge der Mückenbekämpfung

Vom städtischen Presseamt wird uns geschrieben:
Nachdem die Winterbekämpfung der Mücken durch den frühzeitigen Eintritt wärmerer Witterung hat abgebrochen werden müssen, belohnt es sich, über die bisherigen Ergebnisse einen kurzen Überblick zu geben.

Mit Rücksicht darauf, daß zu erwarten war, daß die Mücken besonders in denjenigen Stadtteilen in großen Mengen überwintern würden, die in der Nähe des Wassers gelegen sind, wurden besonders diese Gebiete bei der Mückenbekämpfung bedacht. Und in der Tat wurden in den Kellern dieser Stadtteile, ganz besonders in Rothensee, unzählige Mückenschwärme gefunden, so zahlreich, wie man sie kaum erwartet hatte.

So konnte das ganze Gebiet rechts der Elbe, der Werder, Alte und Neue Neustadt, Rothensee, Budau, die Nordfront und Südfront und ein schmaler Güßerstreifen der Altstadt von den in den Kellern überwinterten Mücken im wesentlichen befreit werden. Auch in weiter vom Ufer abgelegenen Stadtteilen, in denen sich viele Mücken befanden, konnte eine Bekämpfung durchgeführt werden, so in einem Teil der Wilhelmstadt und im Gebiet um die Leipziger Straße herum.

Je weiter die Arbeiten aber in das beginnende Frühjahr hineinkamen, um so weniger gelang es, die Mücken vollständig zu bekämpfen. Ehe sie von der tödlichen Spritze erreicht wurden, schwärmten sie in die Höhe und die Arbeit der zur Mückenbekämpfung ausgeschiedenen Kolonnen, die bis dahin mit 95prozentigem Erfolg gearbeitet hatten, wurden immer zweckloser. Und so mußte mit angefaßten werden, wie, obwohl die Arbeit genau so gründlich gemacht wurde wie bis dahin, auch in denjenigen Stadtteilen, wo die Mücken bereits bekämpft waren, Mückenschwärme ausfliegen.

Bei einer solchen Sachlage mußte sich das Gesundheitsamt schweren Herzens entschließen, den erfolglosen weiteren Kampf einzustellen und die Bekämpfung der Mücken der wesentlich schwierigeren Sommerbekämpfung zu überlassen. Leider mußten sich unter den vernachlässigten Gebieten auch so wichtige befinden wie Südoß und das Gebiet der im vorigen Jahre über die Ufer getretenen Mücke. Wenn in diesem Frühjahr die Mücken wieder auszufliegen, werden diese Stadtteile leider zunächst ähnliche Plagen über sich ergehen lassen müssen, wie im vorigen Jahre. Es ist aber zu hoffen, daß es durch Beseitigung von Wasseransammlungen, durch Hebergießen der Wegeflächen mit Petroleum, durch Abfischen der Mückenlarven und Vermehrung ihrer natürlichen Feinde, gelingen wird, die Plage in mäßigen Grenzen zu halten.

Der Gegensatz in der Mückenplage zwischen dem Norden und Süden der Stadt wird ein gutes Kennzeichen dafür sein, welchen Erfolg eine Winterbekämpfung haben kann, und es wird im nächsten Winter aus den Erfahrungen des diesjährigen Kampfes die richtige Methode durchgeführt werden, um auch dem Süden und Südwesten der Stadt die Erleichterung zu bringen, die der Norden und Osten bereits erhalten hat.

Arbeitszeit und Staatswerft Rothensee

Vom Deutschen Verkehrsband, Mitgliedschaft Binnenhäufiger und Wasserbaupersonal, wird uns geschrieben:

In der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom 23. März wird eine Redaktionsarbeit und eine Erklärung der Werksleitung zu unserer Zeitschrift in der „Magdeburger Volksstimme“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht. Die Erklärung des Reichsverkehrsministeriums, daß die Arbeiten der Staatswerft Rothensee nicht unter das Arbeitsbeschaffungsprogramm fallen, ist durch den „Vorwärts“ richtiggestellt, der darauf hinweist, daß die bei Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms verwendeten Geräte auf der Staatswerft Rothensee gefertigt werden. Diese Mitteilung hat die „Magdeburgerische Zeitung“ bisher nicht gebracht.

Magdeburger Kirchenstreit 1847

Im Herbst des Jahres 1847 prangten an den Straßenecken in Magdeburg Plakate, die mit der Hand hergestellt waren. Eins von ihnen zeigte einen auf zwei Pfosten ruhenden Querbalken, an dem sechs Geißelstriche aufgehängt waren. Darüber stand als Uberschrift: „Sum cuique“ (Jedem das Seine). Einer der Tragpfosten trug die Aufschrift: Belohnung. Unter den aufgehängten Gestalten standen lateinische Buchstaben A bis F. In einer weiteren Unterschrift wurde einer der Gehängten Göschel genannt, ein anderer Möller. Dann hieß es weiter: Melodie: „Du bist der beste Bruder auch nicht.“ Und weiter: „Passendes Logis für das Magdeburger Konsistorium“ usw. Ein andres Plakat zeigte einen Geistlichen, der in der Hand eine Bibel und in der andern ein zerrißenes Blatt mit der Aufschrift „Dogma“ trug. Auch dieser Geistliche war an einem Querbalken hochgezogen, aber nicht so, daß er gehängt war, sondern dies Emporgehoben sollte eine Erhöhung für ihn bedeuten. Ueber diesem Witz stand: „Mhlich soll leben!“ Und darunter: „Nieder mit Kampf und dem Konsistorium!“

Heute noch werden Belegstücke dieser Plakate in den Akten der preussischen Ministerien aufbewahrt. Diese Plakate reden eine klare Sprache über die damals die ganze Magdeburger Bevölkerung in Atem haltende Bewegung gegen das Konsistorium. In seiner Spitze standen die beiden auf dem einen Plakat besonders bezeichneten Persönlichkeiten, Konsistorialpräsident Göschel und Möller. Wenn auch Dr. Eilers, der Vortragende Rat im damaligen Ministerium Gichhorn, in seiner Schrift „Zur Beurteilung des Ministeriums Gichhorn (1849)“ behauptet, daß Göschel „nicht ohne Sympathie mit den zwischen Politik und Religion hart bedrängten Dissidenten war“, so ergeben die Akten, daß gerade er einer der schlimmsten Feinde gegen die freien Religionsgemeinden überhaupt wie gegen die der Provinz Sachsen und insbesondere gegen die Magdeburger war.

Die durch die Pfarrer Wislicenus und Mhlich ins Leben gerufenen freien Gemeinden bekämpften auf das schärfste die berüchtelte Dogmatik der evangelischen Kirche, welche die freie Forschung unterbinden und dem toten Wertglauben zur Herrschaft verhelfen wollten. Göschel ging in seiner Verfolgungsjagd so weit, daß er nicht nur die Wahl des Pfarrers Gildbrandt an der Jakobikirche in Magdeburg zunächst nicht bestätigte, weil dieser zu den Bestrebungen von Mhlich hinneigte, sondern er maßte sich sogar das Recht an, Bestimmungen zu erlassen, die lediglich dem Oberpräsidenten zustanden. Wegen der Nichtbestätigung Gildbrandts war die Pfarrstelle an St. Jakob lange Zeit nicht besetzt geblieben. Man hatte sich durch Einstellung eines Hilfspredigers Valen geholfen. Dann aber hatte das Kirchenkollegium den Pfarrer Mhlich zu einer Gastpredigt eingeladen und hatte auch in dem Kirchenzettel, der allwöchentlich in den Zeitungen erschien, mitgeteilt, daß Mhlich an einem bestimmten Sonntag predigen würde.

Sobald dies zur Kenntnis des Konsistoriums gelangt war, hatte es an den Redakteur der betreffenden Magdeburger Zeitung eine Verfügung erlassen, daß die Mitteilung über die Gastpredigt Mhlichs zu streichen sei. Es hatte weiter eine entsprechende Mitteilung an den Zensuror gehen lassen, in der es diesen auf die notwendige Streichung in jener Anzeige hinwies.

Damit war das Konsistorium über seine Rechte weit hinausgegangen. Es maßte sich Befugnisse an, die lediglich dem Oberpräsidenten als dem unmittelbaren Vorgesetzten des Zensurors zustanden. Und andererseits maßte es sich Zensurrechte an, die es überhaupt nicht besaß.

Oberpräsident Bonin setzte sich mit aller Gewalt gegen diese Annahme des Magdeburger Konsistoriums zur Wehr. Unterrichtsminister Gichhorn dagegen suchte das Konsistorium zu decken, da dieses ein Aufsichtsrecht über die Kirchenzettel habe. Als oberste Kirchenbehörde stehe ihm das Recht zu, hier eingzugreifen. So waren sich die beiden Behörden, das Innenministerium und der Oberpräsident auf der einen Seite, das Unterrichtsministerium und das Konsistorium auf der andern Seite, in die Haare geraten, und die Öffentlichkeit stand ganz auf Seiten des Innenministeriums.

Es kam dazu, daß Göschel durch die Nichtbestätigung Gildbrandts den Magdeburger Magistrat gegen sich auf den Plan gerufen hatte. Dieser sah das Wahlrecht der Gemeinden gefährdet und rief durch eine die ganzen Vorgänge darlegende Schrift auch die Magistrate und Kirchengemeinden anderer Städte der Provinz zur Wahrung ihrer Interessen auf. Dies erregte den Zorn des Ministeriums Gichhorn ganz besonders, und man plante, mit gerichtlichen Gewaltmitteln gegen den Magistrat vorzugehen, konnte sich aber damit nicht durchsetzen.

In den Akten finden sich wiederholt Berichte, aus denen hervorgeht, daß man die Mitglieder der freien Gemeinden in Magdeburg lediglich als zu den untern Schichten gehörig bezeichnet, daß der Polizeidirektor Kampf die starke religiöse Bewegung als völlig aussichtslos ansah, und immer wieder das Innenministerium zu heftigstem Vorgehen antrieb.

So war im Laufe des Jahres 1847 die Stimmung in Magdeburg geradezu auf den Siedepunkt getrieben, und der Haß, der aus den Plakaten gegen das Konsistorium spricht, war nur zu berechtigt. Jetzt glaubte Gichhorn aber doch, das Innenministerium vertraulich bitten zu müssen, der Öffentlichkeit nicht weiter den Anblick des Streites zweier Behörden zu geben. Das Konsistorium habe so selbständig gehandelt, weil es Gefahr im Verzug glaubte. Es habe nicht in die Befugnisse des Oberpräsidenten eingegriffen wollen. Der Innenminister möchte sich doch mit dieser Erklärung zufrieden geben (was dann leider Gottes auch geschah). Sehr bezeichnend ist es, wenn Gichhorn in diesem vertraulichen Briefe schreiben kann: „Das Konsistorium vermag sich gegenüber der Agitation der freien Gemeinden nur zu halten, wenn es von der Behörde gestützt würde. Minister Gichhorn verlangt also im vertraulichen Schreiben Stützung des Konsistoriums durch den Innenminister, obgleich es sich über alle bestehenden Bestimmungen selbst hinwegsetzte. Zwar mußte Göschel den Pfarrer Gildbrandt bestätigen, aber fast zur gleichen Zeit ging er wieder trotz des Versprechens von Gichhorn über den Oberpräsidenten hinweg (in einer andern minder wichtigen Angelegenheit). Ein Beweis, wie stark die Orthodoxie in der damaligen Monarchie noch kurz vor Ausbruch der Revolution 1848 zu sein glaubte. In der Tat, der Galgen, der auf jenen Plakaten für Göschel und Möller errichtet war, war wohl verdient.“

Dr. Karl Müller.

Wenn die Werksleitung behauptet, die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit sei auf Wunsch von Betriebsratsmitgliedern erfolgt, so trifft dieses zu. Die Leitung hatte den Betriebsrat zu einer Sitzung geladen und beantragte die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit. Das Betriebsratsmitglied Neß (Vertreter der christlichen Organisation) erklärte: „Jawohl, Herr Regierungsrat, die Belegschaft wartet schon darauf, 9 Stunden arbeiten zu dürfen.“ Damit war die Sitzung zu Ende. Eine Befragung der Arbeiter durch den Betriebsrat in einer Betriebsversammlung ist nicht erfolgt. Der Verlauf der Sitzung war so, daß die Vermutung berechtigt erscheint, die Sitzung wäre nur zur Deckung für die Leitung vorgegeben, während die Vereinbarung der 8stündigen Arbeitszeit durch die christlichen Betriebsratsmitglieder schon vorher erfolgt wäre.

Wenn die Leitung erklärt, die Arbeiter wollten ihren Verdienst steigern, so mag das bedingt zutreffen, denn der auf der Staatswerft gezahlte Lohn ist gering. Bei anständiger Bezahlung würden sich die Arbeiter jedoch nicht nach Ueberstunden drängen. Der „Beschluß“ des Betriebsrats ist vor Jahresfrist erfolgt. Damals hat die Verwaltung angeblich dem Wunsche der Arbeiter entsprochen. Jetzt haben die Arbeiter in einer Betriebsversammlung mit rund 2/3-Majorität die 8stündige Arbeitszeit beschlossen. Weshalb ist die Leitung jetzt nicht bereit, dem Wunsche der Arbeiter zu entsprechen?

Die Arbeitsbelastung der Werft wird vorgezogen. In den Sommermonaten ist gewöhnlich auf der Werft Beschäftigungsmangel und trotzdem wurde 9 Stunden gearbeitet. Wenn dringende Arbeit vorliegt, so läßt sie sich durch Mehrereinstellung von Arbeitern (Magdeburg hat genügend Arbeitslose) bewältigen. Bei ganz dringenden Bedürfnissen kann eventuell in zwei Schichten gearbeitet werden. Es besteht also die Möglichkeit, alle Arbeiten rechtzeitig fertigzustellen. Selbstverständlich ist, daß der Lohn der Arbeiter so hoch sein muß, daß sie als Menschen davon leben können.

Die Werksleitung erklärt in der „Magdeburgerischen Zeitung“, daß die 8stündige Arbeitszeit nur auf Wunsch der Arbeiter eingeführt sei. Heute liegt der Wunsch der Arbeiter vor, 8 Stunden zu arbeiten. Die vorgelegte Behörde sollte die Werksleitung veranlassen, dem Wunsche der Arbeiter zu entsprechen und die 8stündige Arbeitszeit sofort einzuführen.

Sozialdemokratische Partei Magdeburg

Achtung, Frauen!

Montag den 4. April, abends 8 Uhr, findet für Groß-Magdeburg ein

Unterhaltungsabend

statt, an dem auch Männer teilnehmen können. Mitwirkende: Schleich-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters W. Prieme und Schauspieler Albert Walthers. Programm zu 20 Pfennig sind bei allen Bezirksleiterinnen und im Sekretariat zu haben.

Die Grundzüge des neuen Arbeitsrechts

Den vierten Vortrag in der von der Kant-Gesellschaft und der Magdeburger Volkshochschule veranstalteten philosophischen Woche, „Vom Sinn der Arbeit“, hielt Regierungsrat Dr. Weigert (Berlin), Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium. Er sprach über Arbeitsrecht. Jede Wirtschaftsform, die sich vom Kriminellen erhoben hat, hat ihr Arbeitsrecht. In der Antike mit ihrer Sklavenarbeit war das Arbeitsrecht ein Sacerdotium, in Deutschland bestand es bis Ende des 18. Jahrhunderts aus personenzurechtlichen Beziehungen (Görigkeitrecht). Das sogenannte freie Arbeitsverhältnis ist ein Kind des Kapitalismus, der menschlichen Beziehungen Wirtschaftskunde.

Im Frühkapitalismus hatte nur der Arbeitgeber Rechte aus dem Arbeitsverhältnis. Das führte zu unerträglichen Situationen, so daß sich der Staat schließlich gezwungen sah, Ar-

beiterzuschutze zu schaffen. Die Geschichte des Arbeitsrechtes war in Deutschland bis zum Kriege hauptsächlich eine Geschichte des Arbeitsschutzgesetzes. Der Arbeitsvertrag war vor dem Kriege nur sehr unvollkommen ausgebildet. Im Bürgerlichen Gesetzbuch erscheint er nur zaghaft hinter Dienstvertrag und Werkvertrag. Bis zum Kriege war die Koalitionsfreiheit nur beschränkt.

Eine grundlegende Wandlung im Arbeitsrecht brachte das Hilfsdienstpflichtgesetz vom Jahre 1916, die fortgesetzt wurde mit dem Aufruf der Volksbeauftragten und auch in der Reichsverfassung verankert wurde. Einen Wuch in diese Entwicklung brachte die Inflation. Unter der schweren wirtschaftlichen Depression wurde manches von den Errungenschaften des Arbeitsrechtes abgebaut. Trotzdem war dieser Wuch keine Umkehr. Die Pfeiler des neuen Arbeitsrechtes, die Tarifverordnung und das Betriebsratsgesetz sind geblieben. Die Verordnungen über das Arbeitsrecht sind nicht einheitlich; es fehlt ein einheitliches Gesetzbuch der Arbeit. Das liegt aber in der Tatsache bedingt, daß in Zeiten des Uebergangs und der Wärgung nichts Einigütliges über das Arbeitsrecht geschaffen werden kann; eine Zusammenfassung kann ferner nicht am Anfang, sondern erst am Ende einer Entwicklung stehen. Anders ist es mit der Sozialversicherung und dem Arbeiterrecht. Hier sind schon vor dem Kriege Erfahrungen genug gesammelt, denn beides waren damals Hauptgebiete des Arbeitsrechtes.

Im neuen Arbeitsrecht haben die Berufsverbände gegenüber den Betrieb eine starke Vorherrschaft. Zum Beispiel ist eine Betriebsvereinbarung sehr viel schwächer als ein zwischen den Berufsverbänden abgeschlossener Tarifvertrag. Die Tarifverträge beschränken sich ursprünglich auf Regelung der Lohnverhältnisse, heute erstrecken sie sich über sämtliche Gebiete der Arbeitsbedingungen. Die Stärke der Tarifverträge hat sich in der Inflation gezeigt, die sie überstanden und in der sie die Arbeiter vor der vollständigen Verelendung schützten.

Der Tarifvertrag ist ein Instrument des Arbeitsfriedens; Arbeitskämpfe (Streik, Aussperrung) sind nicht verboten; Ausnahmen machen lebenswichtige Betriebe. Das Arbeitskampfrecht ist Wohnheitsrecht und wird auch als solches anerkannt.

Das Recht des Arbeitsvertrags beschränkt sich auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses des einzelnen; es tritt hinter den Tarifvertrag zurück und wird noch durch staatliche Vorschriften eingeengelt. Die Mitwirkung des Betriebsrats bei Kündigung ist sehr weitgehend, weniger bei der Einstellung.

Zusammenfassend stellte der Redner fest, daß das neue Arbeitsrecht revolutionär erscheint. Der Geist der Gebundenheit ist in das Arbeitsrecht eingezogen. Es ist somit ein Spiegelbild uners Lebens, wo Einzelinteressen hinter Organisationen oder Gesamtheit zurücktreten. Das neue Arbeitsrecht atmet den Geist des Ausgleiches zwischen Unternehmer und Arbeiter, deren Kräfte als Klassen gleich sind. Es will aber auch die natürliche Ungleichheit ausmerzen, die zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter besteht. Das neue Arbeitsrecht will die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen ausöhnen. Dieser letzte Wunsch des Redners wird Gehör finden, denn Unternehmer und Arbeiter stehen sich notwendigerweise wie Feuer und Wasser. Im allgemeinen brachten die Ausführungen sehr beachtliche Anregungen für die zahlreiche Zuhörerschaft über das sehr wichtige Gebiet des Arbeitsrechtes, und wurde der Redner denn auch durch starken Beifall belohnt.

Das Konto der Einbrecherbande Babst-Ganze

Die polizeiliche Untersuchung gegen die Einbrecherbande Gebrüder Babst-Ganze ist nunmehr abgeschlossen. Als ihr Ergebnis kann mitgeteilt werden:

Die Kriminalpolizei hat den auf ihre Veranlassung in Rassel festgenommenen Otto Ganze nach hier überführen lassen und eingehend vernommen. Hierdurch ist es möglich gewesen, außer den bereits bekanntgegebenen 21 Diebstählen 15 weitere Diebstähle aufzuklären, die auf das Konto dieser Bande kommen, und auch die auf der Theaterausstellung zurzeit gestohlenen silbernen Gefäße vollständig und unbeschadet wieder herbeizuführen.

Für die staatliche Einheit Mitteldeutschlands

Die am Sonnabend voriger Woche unterbrochene Tagung des 42. Landtags der Provinz wurde am Montag nachmittags fortgesetzt mit der Beratung der wichtigen Frage der Beseitigung innerstaatlicher Schranken im Mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet. In groß angelegter, wirkungsvoller Rede behandelte der Präsident des Landtags,

Oberbürgermeister Genosse Weims

die staatspolitische Seite dieser großen Frage. Seine bedeutungsvollen Ausführungen geben hier ausführlicher wieder, weil sie wegweisend sind für die Arbeit und die Aufgaben, die die Sozialdemokratische Partei im Reich und besonders auch in Mitteldeutschland zu leisten und zu lösen hat. Genosse Weims führte aus: Der vorjährige Provinziallandtag hatte folgenden Antrag angenommen:

Der Provinziallandtag gibt an die preussische Staatsregierung die Anregung, die staatliche Zersplittertheit des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes durch eine unter den beteiligten Staaten abzustellende staatliche Interessengemeinschaft möglichst auszugleichen. Die Nationalisierung der mitteldeutschen Produktion und des gesamten Verkehrs fordert zwingend die Beseitigung der innerstaatlichen Schranken. Die schwere Krise der deutschen Wirtschaft zwingt zu schnellem Handeln. Sollen die vorhandenen produktiven Kräfte Mitteldeutschlands freigelegt werden von den einengenden Interessen der Einzelstaaten, so muß Preußen die ersten praktischen Schritte bei den beteiligten Staaten tun.

Inzwischen ist nicht nur die Regierung des Staates Preußen der Frage nähergetreten, sondern auch die übrigen mitteldeutschen Länder haben dies getan, und man darf auf eine Lösung dieser Dinge in absehbarer Zeit rechnen. Tiefgehend wird das gesamte öffentliche Leben, werden besonders aber die wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteldeutschland berührt durch die gar nicht mehr zu übersehende Zersplittertheit dieses mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes in staatliche Einzelteile. Immerhin werden noch viele Jahre vergehen, bevor wir

aus dem Elend der Kleinstaaterei heraus

zu einer einheitlichen Verwaltung einheitlicher Gebiete gelangen. Ich weiß, welche ungeheuren Hindernisse dem Bestreben gegenüberstehen, diese innerstaatlichen Schranken in Deutschland auszulöschen und so die freie Auswirkung einer wirklich zweckmäßig eingerichteten Wirtschaft und eines wirklich zweckmäßig eingerichteten Verkehrs zu ermöglichen. Es ist nicht nur die Tradition, sondern es sind auch sehr viele Interessen, die aufheben oder vielleicht auch wirklich Gefahr laufen, wenn man zur Aufhebung der einzelnen Länder kommen und zum großen Einheitsstaat gelangen wird, von dem aus man die deutsche Stellung in der Welt überhaupt erst wieder erlangen können.

Solange wir die Dynastien in Deutschland hatten, war nicht an die Beseitigung der Kleinstaaterei zu denken, aber jetzt, nachdem jene fort sind, gibt es für die innere deutsche Politik nichts Wichtigeres als die Aufhebung der Einzelstaaten, die Auslöschung der Landesgrenzen.

Was verstehen wir unter dem Begriff Mitteldeutschland?

Wenn wir von den heutigen Verhältnissen ausgehen, so muß man dazu rechnen: Thüringen, die Provinz Sachsen, den größten Teil von Braunschweig, den Staat Anhalt und sicher auch den Bezirk Leipzig. Das Gebiet hat eine Einwohnerzahl von 6,6 Millionen, d. h. genau die doppelte Zahl der Einwohner, die die Provinz Sachsen zurzeit hat. Würde man aber den Bezirk Leipzig abrechnen, so wären es 5,6 Millionen Einwohner. Davon hat allein die Provinz Sachsen 3 1/2 Millionen; also die überwiegende Zahl der Bewohner dieses Gebiets, ohne Leipzig, wohnt heute schon in der Provinz Sachsen. Sie wohnt aber in einem Gebiet, das in unglücklichster Weise zersplittert ist und in dem eine rationelle kommunalpolitische Verwaltung unmöglich ist. Das schreit nach

Abhilfe. Und damit kommen wir zu der Frage, die ganz allgemein Deutschland interessiert,

zu der Frage der Kleinstaaterei bei uns überhaupt.

Wir waben in Deutschland heute noch 18 Staaten. Von den ehemaligen 26 Bundesstaaten sind 18 selbständige, innerstaatliche Gebilde geblieben, 8 sind beseitigt worden. Die Staaten könnten aber ihre Aufgabe, Verwaltungsbezirk zu sein, sehr viel leichter erfüllen, wenn sie nicht mehr Eigenstaatlichkeit besäßen, sondern Glieder des Reiches wären, nämlich des Reiches, das als Einheitsreich, als Einheitsstaat in Erscheinung treten wird.

Durch das Reich sind den Ländern viele Bedürfnisse entzogen, die früher die eigenständige Eigenstaatlichkeit ausmachten. Wir haben ein einheitliches Steuerrecht bekommen. Es ist in großen wirtschaftlichen Dingen den Staaten die Befugnis genommen, ihre Sachen selbst zu verwalten. Es ist die Verwaltung der Wasserstraßen erster Ordnung auf das Reich übergegangen, und es ist gar keine Frage, daß auch der Luftdienst auf das Reich übergehen muß. Das staatliche Parlament hat zurzeit in der Hauptsache nur ausführende Aufgaben. Die großen politischen Dinge können im Reichstag besprochen werden; in den Landtagen sind sie nur eine Reihe von Wiederholungen. Es gibt kein zweites Reich in der Welt, in dem ein Parlamentarismus so dezentral übertrieben wird wie im Deutschen Reich. Die parteipolitischen Gegensätze werden durch diese Debatten und Diskussionen in den einzelnen Parlamenten bis ins Verzerrte hinein übertrieben, und dadurch werden die Gegensätze im Volk immer größer, schärfer und tiefer und sehr häufig auch persönlich. Ich sehe das Heil der Welt nicht darin, Gefügtes immer zu wiederholen und dabei lediglich die Stärke der Stimme zu steigern, sondern ich sehe das Heil darin, daß, nachdem die Dinge durch große Aussprachen an zentraler Stelle geklärt sind, man nunmehr zu praktischer Auswirkung dieser Debatten kommt und die Begehrtheiten und die Aufgaben im Volke derartig regelt, daß die Maschine möglichst reibungslos läuft.

Kein anderer Staat der Welt hat es so notwendig wie Deutschland, darauf zu achten, daß seine Wirtschaft intakt ist, daß jede Verschwendung und Vergewandung von Kraft, soweit die Möglichkeiten reichen, unterbunden und beseitigt wird. Was haben wir aber gerade auf diesem Gebiet der kleinstaatlichen Zersplittertheit zu verzeichnen? Eine ungeheure Verschwendung von Kraft,

ein ungeheures Gegeneinanderregieren

und staatspolitische Gegensätzlichkeiten und Konkurrenz.

In dem Partikularismus ist nicht eine Partei beteiligt, sondern alle. Was die Stammeszugehörigkeit anlangt, so glaube ich, daß jeder in Deutschland lebende Stamm sich zuerst als Deutscher fühlen und erst danach Bayer oder Preuze usw. sein sollte. Ich glaube auch, daß diese Stammeseinheit in der Zeit des Verkehrs nicht mehr darfst eingehalten werden kann. Wir brauchen eine deutsche wirtschaftliche Einheit und eine deutsche politische Einheit, und danach erst können wir daran denken, ob unsere Fahne blauweiß oder schwarzweiß sein soll oder sonstwie.

Nun wird man ja bei der Einstellung, die die Einzelstaaten heute zum Reich einnehmen, tauben Ohren predigen, wenn man verlangt, daß nun einmal eine ganz große Bewegung eingeleitet wird, um

diese Notwendigkeiten der Gegenwart

in die Gehirne hineinzuhämmern. Ich kann nicht übersehen, daß infolge der übermäßigen feuerlichen Belastung unsers Volkes zurzeit eigentlich der Gedanke viel lebendiger ist, daß der andere

die Summen bezahlen soll und nicht dieses Land oder jenes Land. Ich kann nicht übersehen, daß zurzeit unter den Einzelländern ein Bestreben vorhanden ist, für sich möglichst viel Kosten aus dem großen Steueraufkommen herauszuholen, natürlich zum Nachteil der andern. Leider muß man feststellen, daß auch die Reichsregierung auf diesem Gebiet nicht ganz den Anforderungen der Gegenwart zu entsprechen scheint, wenn sie gewisse Geben nach Süd oder nach Ost verteilt. Das ist ein sehr gefährlicher Weg, der die Länder gegeneinander aufbringt und den Partikularismus und sein besonders Leben stärkt, anstatt einen Ausgleich zu schaffen, damit man endlich auf dem Wege zum einheitlichen Reich weiterkommen könnte. Das deutsche Volk ist ein Ganzes, und was geleistet werden muß,

muß im ganzen geleistet werden.

Man kann dabei nicht bloß die Länderkarte heranziehen und sagen: Hier haben wir ein kleines Land, mit besonderem Reichtum an Bodenschätzen oder aber mit einer besonders fruchtbaren Landwirtschaft oder aber mit besonderen Begünstigungen der Verkehrsverhältnisse. Wenn man so verfährt, löst man die Notgemeinschaft Deutsches Reich in Einzelteile auf, und zwar in einer Weise, die sich notwendigerweise nachher in der übelsten Form auswirken muß. Dabei muß immer wieder daran erinnert werden, daß ja der größte Staat Deutschlands, Preußen, doch eigentlich den Krieg — territorial gesprochen — allein verloren hat. Preußen hat eine ganze Menge von Gebietsteilen verloren, die für seine Produktion und für seine Wirtschaftlichkeit von allergrößter Bedeutung sind. Preußen hat aber sicherlich auch noch neun Zehntel der Besatzungsschwierigkeiten zu tragen gehabt. Also auch nach dieser Richtung hin hat Preußen ganz außerordentlich zu leisten gehabt, was andre deutsche Staaten in gleichem Maße nicht zu leisten hatten. Die Gerechtigkeit verlangt, daß man das bei der Besprechung dieser Dinge erwähnt; denn ich kann nicht einsehen, daß der ganze Krieg nun auf Kosten eines Staates gehen soll, sondern daß das Volk in allen seinen Teilen möglichst

gleichmäßig an der Heilung des Schadens beteiligt

werden muß. Preußen hat nicht nur an Gebiet, sondern auch an seiner Wirtschaft den allergrößten Schaden erlitten, und das muß in den Kleinstaaterei eingesehen werden, wenn man die Landesgrenzen ausgleichen, wenn man dazu kommen will, für unsern Verkehr und unsere Wirtschaft und damit für eine breitere soziale Basis unsers Volkes die Wege zu ebnen.

Nicht nur die deutsche Einheit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ist eine Voraussetzung dafür, daß unser Volk sich behauptet, sondern darüber hinaus wird sich Europa die Frage überlegen müssen, ob es sich diese staatliche Zersplittertheit nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht auf die Dauer bei dem Existenzkampf, den es zu führen hat, leisten kann.

Wenn wir nun schon in unsern 18 Kleinstaaterei nicht einmal unsere Wirtschaft organisieren können wie wir wollen, sondern an jeder kleinen Grenze eines Bezirks, der vielleicht nur 50 000 Einwohner zählt, auf Schwierigkeiten stoßen und halt machen müssen, ja, wenn wir Deutschen es nicht einmal fertigbringen, diese innerstaatlichen Gegensätze, die so unnütz, so vergeblich sind, zu beseitigen,

um wieviel schwerer wird es Europa haben,

sich auf einer Basis zusammenzufinden, die der der Vereinigten Staaten von Nordamerika ähnlich ist. Dennoch: diese Vereinigung muß kommen, weil sie notwendig ist. Sie muß kommen, wenn besonders in Deutschland die 63 Millionen Menschen, die wir heute haben, ernährt werden sollen. Wenn Deutschland seine Wirtschaft nicht reorganisieren kann, dann werden in Deutschland diese Menschenmassen nicht leben können, und wenn sie das nicht können, wer wird wohl am meisten unter der Not zu leiden haben?

Wir sehen wohl, daß die Grenzen die Wirtschaftsgebiete zerschneiden und daß sie über sind, aber

wie sollen wir zu einer Einigung kommen?

Diese Einigung zu finden, ist das Schwere; denn man wird infolge der Intentionen bei einzelnen Persönlichkeiten, die heute große Macht haben, so leicht nicht über die Zwirnstränge hinwegkommen. Man wird aber auch über die Ungleichheiten z. B. des Landes Anhalt und des umgebenden preussischen Gebietes nicht so leicht hinwegkommen. Es werden sich allüberall, wenn man praktisch an die Lösung dieser Frage herantritt, Schwierigkeiten ergeben. Voraussetzung für das Gelingen dieser großen Dinge wird der gute Wille auf allen Seiten sein. Dieser gute Wille ist zurzeit nicht überall vorhanden. Ich glaube, er ist besonders in den Regierungen nicht so recht vorhanden. Über dieser guten Wille kann gewacht werden, und ich bin der Überzeugung, er kann dadurch außerordentlich gefördert werden, daß sich die leitenden wirtschaftlichen Organisationen vom Arbeiter bis zum Unternehmer mit diesen Dingen intensiv beschäftigen und daß sie dann infolge dieser Beschäftigung zu der Auffassung kommen: Hier muß endlich einmal eine Reorganisation eintreten. Ohne diese intensive Beschäftigung mit den vorliegenden Schwierigkeiten wird man nicht weiterkommen. Es genügt nicht, gelegentlich zu sagen: Ein Kleinstaat ist ein Übel, und dann die Dinge wieder zu vergeßen, nein, sie müssen

zum Gegenstand der täglichen Erörterung

gemacht werden, auch bei den Regierungen und besonders in den Parlamenten. Werden sie das aber, dann bin ich auch sicher, daß der Gedanke, der ja an sich bereits marschiert, sehr gefördert werden wird. Man könnte inzwischen versuchen, durch Verhandlungen von Staat zu Staat gewisse Möglichkeiten zu finden. Wenn man außen her auf die Regierungen eingewirkt wird, wenn die organisierten wirtschaftlichen Kräfte unsers Landes sich daran machen, auf die Regierungen einzuwirken, wenn in der Literatur ein breiter Raum für die Diskussion dieser Frage zur Verfügung gestellt wird, dann werden auch sehr bald in den Regierungen die Stimmungen wechseln und man wird sehr bald dazu kommen, der Frage eine freundlichere Aufmerksamkeit zu widmen, als das gegenwärtig der Fall ist. Sehen sich aber die Regierungen

erst einmal an einen Tisch

und beraten über die Frage, was werden soll, dann bin ich der Überzeugung, daß sich schon daraus eine Basis ergeben wird, die die Lösung der ganzen Frage außerordentlich fördert.

Durch solche Aussprachen, die natürlich nicht bei dem ersten und zweitenmal und sicherlich nicht in den nächsten Jahren schon zu praktischen Ergebnissen führen würden, kann natürlich viel gewonnen werden. Dann glaube ich aber auch, kann man viel gewinnen, wenn die Wirtschaft Wert darauf legt, mit ihren Schwierigkeiten jeder Landesregierung näherzutreten und daß sie verlangt, daß die Dinge ausgleichend werden, die einer rationalen Wirtschaft tatsächlich entgegenstehen.

Wenn man an die Stelle der Kleinstaaterei Reichsprovinzen setzt, würde keine Besserung eintreten, wenn sie nicht abgerundet und ausgeglichen würden. Es geht aber gar nicht, daß man Preußen geschädigt, um Reichsprovinzen zu machen. Wenn man das versuchen wollte, so würde man sicher an dem Widerstand des preussischen Volkes scheitern, welches sagen würde: Wir haben so viel verloren und wir sind auch in heutigen Deutschen Reich als Preußen so außerordentlich benachteiligt, daß man uns neue Opfer nur zumuten darf, wenn auch die andern Opfer bringen, die dem Gemeinwohl dienen.

Wenn es also so nicht geht, bleibt nur das andre übrig: Die Regierungen sollen sich an einen Tisch setzen und zunächst durch Ausgleichsverträge den Widerstand der politischen Staatsgrenzen zu mildern oder auszugleichen versuchen. Wir sollen alles, was wie irgendwie zu leisten vermögen, dazu tun, den

Gedanken des deutschen Einheitsstaates in die Tat umzusetzen. Der deutsche Einheitsstaat marschiert. Es ist keine Frage, daß wir seit einem Jahre sogar erheblich weitergekommen sind. Das neue Mitteldeutschland ringt nach Gestaltung. Langsam wächst es unter schweren Hemmungen aus der Verwirrentheit der heutigen Landesgrenzen empor. Aus den konkurrierenden gegensätzlichen Interessen der beteiligten Staaten in wirtschaftlicher, sozialer und verkehrstechnischer Hinsicht soll die neue Einheit gebildet werden, die ein reibungsloses Arbeiten aller produktiven Kräfte gewährleistet. Daran sollten alle praktisch mitwirken, denen die Behauptung Deutschlands in der Welt mehr ist als ein bloßes Lippenbekenntnis.

Der deutschnationale Abg. v. Wilnowski sprach dann über diese Frage vom Standpunkt der Wirtschaft. Auch er trat gegen den Ansturm der Kleinstaaterei auf und zeigte die Schwierigkeiten und Anzuträglichkeiten, die sich aus der Landeszersplittertheit ergeben im Steuerwesen, im Verkehrswesen, im Provinzialstraßenwesen, in der Wasserwirtschaft, bei den Wasserprojekten, der Abwässerfrage, in der Elektrizitätsversorgung und auch auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse. Es muß durch Beseitigung der unmöglichen staatsrechtlichen Verhältnisse eine Erleichterung der Wirtschaft erstrebt werden. Darum ist es notwendig, daß veraltete Verhältnisse endlich verschwinden.

Nach den Berichterstattungen fühlte sich der unvermeidliche P o c n e n veranlaßt, selbst bei dieser Frage der Beseitigung der Grenzen, die alte kommunistische Balge gegen die Sozialdemokratie und gegen den Oberbürgermeister Weims herunterzuliefern, begleitet von den blödesten Zwischenrufen seiner kommunistischen Freunde. Der Moskauer Apostel erklärte, er rede zum Renner hinaus; es wäre ihm gleichgültig, ob ihm jemand zuhöre. Der Schluß seiner Rede gegen die Vorlage war überraschend. Unter dem Gelächter der Abgeordneten stimmte er nämlich der Vorlage zu.

Angenommen wurde dann folgender

sozialdemokratischer Antrag

Ueber die mitteldeutschen staatlichen Fragen sind durch den Landeshauptmann die beteiligten Landestammern, die Landwirtschaftskammer und die Handwerkskammer befragt worden. Das eingegangene Material soll dem vorliegenden Vortrag des Provinzialausschusses entsprechend der Staatsregierung unterbreitet werden.

Da die Arbeiter, Angestellten und Beamten zurzeit noch keinerlei geistlich anerkannte Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen haben, richtet der Provinziallandtag an die Staatsregierung das Ersuchen, die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zur gütlichen Ausklärung über diese Fragen heranzuziehen.

Nach der Vorlage, die einstimmig angenommen wurde, gab der Landtag seine Ansicht über die Beseitigung der innerstaatlichen Schranken des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes folgendermaßen zum Ausdruck: In vollem Umfang kann nur durch Eintritt der Länder Thüringen, Anhalt und Braunschweig in den Verband des preussischen Staates Abhilfe geschaffen werden. Solange hierfür die Zeit noch nicht gekommen zu sein scheint, muß dadurch teilweise Abhilfe gesucht werden, daß

1. die Länder durch Staatsverträge sich verpflichten, daß sie bei der Vergabung öffentlicher Arbeiten, bei Einstellung und Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern die Angehörigen der Provinz nicht schlechter behandeln als Angehörige des eignen Landes, und auch dies nicht ihren Gemeinden gestatten,
2. durch Staatsverträge Rechtsgleichheit auf dem Gebiet des gesamten Wirtschaftsrechts und des Verkehrs herbeigeführt wird,
3. durch Staatsverträge erreicht wird, daß die Verwaltung nach einheitlichen Grundätzen und nach Möglichkeit in mit wirtschaftlichen Grundätzen verträglichen Verwaltungsbezirken, also u. U. unter Verwaltung der Erklaren durch Behörden eines andern Landes ausgeübt wird.

Der 42. Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuss, seine Entscheidung an das Staatsministerium gelangen zu lassen.

Nach Annahme der Vorlage über die Beseitigung innerstaatlicher Schranken im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet, kam am späten Nachmittag des Montags die Vorlage über

Änderung des Wappens der Provinz

zur Beratung.

Bei dem Wappen und Siegel der Verwaltungsorgane der Provinzialverwaltung sollen endlich die monarchistischen Hoheitszeichen verschwinden. An Stelle der Krone über dem schäffischen Wappen tritt der Reichsadler.

Die Kommunisten nahmen auch diese selbstverständliche Vorlage zum Anlaß, sich lächerlich zu machen, und auf die Republik und die Sozialdemokratie in der gemeinsten unfähigsten Weise zu schimpfen. Sie glaubten, ihrem Theater den Höhepunkt dadurch zu geben, daß sie ein Wappen im Sitzungssaal vorführten, das eine Verhöhnung der S. R. D. Arbeiter darstellte. Die Kommunisten führten ein Kaspertheater sondergleichen auf; ihr Redner ring selbst an zu lachen über seinen Witz, den er redete. Er sprach überhaupt nicht zur Sache, so daß der Präsident, Genosse Weims, das Haus aufforderte, sich gegen den Mißbrauch der Redefreiheit und gegen die Verschleppung der Verhandlungen durch die Kommunisten zu wehren. Der Kommunist R a f n e r wurde zweimal zur Ordnung gerufen.

Die Deutschnationalen und der Abg. v. Rosadowski sprachen gegen die Änderung des Wappens. Selbst die Kommunisten wollten nicht dafür stimmen. Es war interessant zu sehen, wie hilflos die Kommunisten waren und nicht wußten, was sie machen sollten. Einige standen auf, einige kamen nicht ganz hoch, andre setzten sich wieder auf. Nur ein Kommunist blieb unentwegt stehen und stimmte für die Wappenänderung, die andern Kommunisten enthielten sich der Stimme. Die Vorlage wurde mit 53 gegen 42 Stimmen angenommen.

Sozialdemokraten für ein Landesjugendamt

Nach Beratung einiger kleiner Vorlagen, wurde der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung eines Landesjugendamts beraten, den Genosse Loß (Acherleben) eingehend begründete. Er sagte: Uns Sozialdemokraten ist von bürgerlichen Jugendorganisationen der Vormurr gemacht worden, daß wir die Errichtung des Landesjugendamts verzögert und verhindert hätten. Das ist falsch; wir sind immer für ein Landesjugendamt eingetreten. Es soll keine Ueberorganisation oder Aufsichtsinanz, es soll eine geistige Leitung sein. Es soll zusammenfassend, richtunggebend die einheitliche und gleichartige Erfüllung der Aufgaben in der Jugendfürsorge durch beratende und anregende Tätigkeit fördern. Die Jugendämter regieren jetzt oft gegeneinander. Die vorgefasste Meinung gegen das Landesjugendamt sollte man fallen lassen. In die drückende Arbeit der Jugendämter soll durchaus nicht eingegriffen werden. Wir müssen eine soziale und organisierte Pflicht für die Jugend und die Allgemeinheit erfüllen, indem wir das Landesjugendamt errichten.

Unverständlichweise wandte sich der Landeshauptmann ent-
schieden gegen die Errichtung aus finanziellen und aus Gründen
der Zuständigkeit. Er befürchtet, daß die Kreise und Ge-
meinden in der Jugendfürsorge dann behormundet fühlen. Einen
Beirat schaffen, sei Bureaufkräftigung. Wir sind bisher ganz gut
ohne Jugendamt ausgekommen.

Auch der Demokrat Böber (Gardelegen) wandte sich gegen
die Schaffung des Amtes. Es sei zum Teil entbehrlich, zum Teil
gefährlich.

Der Völkische Mann (Magdeburg) leistete sich das Tollste:
Das Amt sei eine Futterrippe; die Beamten würden dann zu
sozialisieren anfangen, und die Ausgaben würden ins Ungemessene
steigen, meinte er.

Nachdem ein Kommunist für unsern Antrag gesprochen hatte,
versuchte Genosse Loh noch einmal, die ablehnende Haltung des
gesamten Bürgertums gegen das Landesjugendamt zu wandeln.
Er wies auf das Ungewöhnliche hin, daß in allen andern Pro-
vinzen, nur nicht in der Provinz Sachsen ein Landesjugendamt
eingesetzt ist, und auch die Kreis- und Stadtjugendämter vor-
züglich zusammenarbeiten. Es half aber alles Nichten. Die
Bürgerlichen blieben bei ihrer ablehnenden Haltung. Nur der
Demokrat Trittel enthielt sich der Stimme, sonst stimmten
Deutschnationale, Volksparteiler, Wirtschaftsparteiler, Sparrer,
Rentner, Völkische, Zentrum und Demokraten einmütig ge-
gen die Errichtung eines Landesjugendamts. Sozialdemo-
kraten und Kommunisten stimmten dafür. Mit 55:50 Stimmen
wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Es ist bedauerlich, daß es nicht möglich gewesen ist, das
Landesjugendamt zu schaffen. Die bürgerlichen Jugendverbände,
die unsern Antrag unterstützten, können sich bei den Abgeordneten
des Bürgertums bedanken, die verhindert haben, daß diese not-
wendige Einrichtung zur Förderung der Jugendpflege Wirklichkeit
werden konnte.

Am Dienstag hält der Landtag zwei Sitzungen ab, in denen
eine Fülle von Vorlagen verabschiedet werden soll. Wenn die
Kommunisten nicht wiederum versuchen, die Beratungen zu ver-
schleppen, ist es möglich ersprießliche Arbeit zu leisten. Hoffentlich
bringen alle andern Parteien dafür, daß die Kommunisten mit ihren
Agitationsanträgen und ihrem Hebelbedürfnis allein dastehen.
Das würde die praktische Arbeit des Provinziallandtags außerordentlich
fördern.

Nachrichten aus der Provinz

Die Hexen von Burg

Im Selbstverlag von Friedrich Rauch in Burg ist ein
Büchlein erschienen, das sich Hexenglaube und Hexen-
prozesse in unserer Heimat betitelt und als ein Bei-
trag zur Geschichte der Provinz Sachsen und des Harzgebietes
gedacht ist. Der Verfasser gibt darin zunächst eine Geschichte des
furchterlichen Hexenglaubens, der allein in Deutschland viele
Zehntausende oder Hunderttausende von Frauen, aber auch
Männer und Kinder das Leben kostete. Sie starben fast durch-
weg den Tod auf dem Scheiterhaufen, soweit sie nicht durch Selbst-
mord oder schon auf der Folterbank unter gräßlichen Qualen ihr
Leben ließen mußten.

Als Hexen, das mag in Kürze hier bemerkt sein, betrachtete
man Frauen, die mit dem Teufel ein Bündnis eingegangen
waren, — meistens einen Liebesbund — und nun vom Gottsei-
heims die Gabe empfangen hatten, Krankheiten zu heilen und
Strafarbeiten zu verbreiten. Die Hexen konnten mit Beschwörun-
gen, Miden und anderer Zauberei Menschen und Vieh töten und
sich machen, Häuser und Sachen beschädigen; in Gardelegen
wurden 1544 fünf Hebeläter verbrannt, weil sie Bürgern
und Bauern beim Bierbrauen Schaden zugefügt haben
sollten. Auch konnten die Hexen Fuß oder andre in Tiere ver-
wandeln. Dieser Aberglaube währte Jahrhunderte hindurch,
kamnt vielleicht noch aus vorchristlicher Zeit, wurde dann aber
1484 durch die Hexenbulle eines Papstes kirchlich sanktioniert und
durch den 1489 in Köln erschienenen „Hexenhammer“ in ein
System gebracht.

Man hat gesagt, daß die Hexenrichter ohne Ansehen der
Person, also gegen Reiche und Arme, vorgegangen sind. Daß
auch wohlhabende Frauen und Männer eingezogen und ver-
urteilt wurden, mag vorgekommen sein, besonders dann, wenn
die Reiche oder bestimmte Personen nach dem Vermögen der Be-
schuldigten lüster waren, oder in der Hauptsache haben wohl
arme, alle Frauen immer daran glauben müssen, während reiche
Weiber selten angeklagt wurden, oder mittels ihrer Verwandt-
schaft und anderer gesellschaftlicher Verbindungen mit den Rich-
tern sich dem Verdacht wieder reinigen konnten. Ein Mangel
würde dem so Betroffenen wohl doch zeitliches anhängen, wie
heute jemand eine Unterjuchungsbüchse, oder das Schlimmste wurde
ihnen erspart, während für ein armes Weib, das sich mit Verleum-
dungen und Sympotischen durch den Rest ihrer Tage hungerte, sich
Zeugen war fanden, um sie durch blenden Stauch noch weiter zu
belagern.

Ein vom Verfasser im Staatsarchiv zu Magdeburg aus-
gegrabenes Aktenstück wurde als Beweis für unsere Annahme
dienen. Am 16. oder 16. 17. wurde in Burg eine
Frau Götterweib als Hexe verurteilt. Auf der Folter hatte
die „Götterweib“ nun eine Anzahl angelegener Bür-
gerfrauen der Zauberei beschuldigt. Der damalige Rat von
Burg, der sichtlich keinerlei Bedenken gehabt hat, die Götter-
weibin so hart und verurteilen zu lassen, geriet durch diese
Festnahme in große Not. Er tat gegen diese „Zauberinnen“
gar nichts, oder er verzögerte die Sache. Darüber empörte sich
das Volk, das sich gegen die unregelmäßigen Verfahren. Sie verlangten
Anlage in ansehnlicher Anzahl, riefen sich zusammen und drohten
Prozessführung an. Dieser Kriegszustand zwischen den Rädlichen
in Burg und den kleinen Senen, dauerte jahrelang. Die Hexen-
prozesse gegen andre aber nahmen ihren Fortgang. So wurde
1619 und 1620 eine Frau Schill und eine Frau Jabel ver-
urteilt. Die Jabel hatte wieder Beschuldigungen gegen die Zau-
berinnen Gy, Egger, Kollin und Diche gerichtet. Auch
gegen sie wurde nichts unternommen, was sich zu neuer
Empörung kam, die die Betroffenen so erregte, daß sie an den
Administratoren des Erzstums Magdeburg eine Klage- und
Beschuldigungsschrift sandten, in dem sie ihre Frauen im Schatz
nehmen gegen die Beschuldigungen der Hexen, denen sie Wort-
und Tugend gegeben. Die Frau Gy hatte man aber doch
in Haft genommen, sie aber wegen „Unschuld“ entlassen, nach-
her wieder die Hexenrichter die Vorurteile gegen die Bürger-
frauen zu wider verwenden, daß man „Beschuldigung“ wie bei den
Lehrerinnen nicht heranzubringen.

Es sind dem ganzen Handel geworden ist, liegt sich aus
der Akte nicht in Erfahrung bringen. In der Chronik von
Burg findet man aber für 1620 folgende Notiz: „In Gerde

Schwarzlohs alhier eine Wehmutter (Hebamme) gewesen und
wegen ihrer Zauberei halber verbrannt worden und auf eine
Schäferhorde nach der Gerichtsstätte geschleift.“ Wonach wir
der Zubecksicht leben können, daß die Ratsherren und Richter von
Burg nach wie vor ihre Weiber vor Folter und Scheiterhaufen
zu schützen verstanden und trotzdem den Einwohnern alljährlich
einmal das Schauspiel einer Hexenverbrennung zu bieten
vermochten. Zur Ehre Gottes und der Jungfrau Maria und
Von — Rechts — wegen. —

Die Landkrankenassen

Die Verwaltung einer Landkrankenasse erfolgt durch den
Vorstand und den Ausschuß, die beide aus zwei Dritteln Versiche-
rten- und einem Drittel Arbeitgeber-Vertretern bestehen. Die Zahl
der Ausschuß- und Vorstandsmitglieder fest die Kassensatzung fest.

Für die Ortskrankenassen bestand schon von je her die Vor-
schrift, daß die Versichertenmitglieder der Kasse die Versicherten-
vertreter und die Arbeitgeber, welche Arbeitnehmer bei der Kasse
versichert haben, die Arbeitgebervertreter im Ausschuß wählen. Die
Vorstandsmitglieder werden im Ausschuß zu zwei Dritteln von
den Versichertenvertretern und zu einem Drittel von den Arbeit-
gebervertretern gewählt. Mitglieder des Kassenvorstandes können
nicht Mitglieder des Kassenausschusses sein. Der Vorsitzende wird
vom Vorstand der Kasse gewählt, ebenfalls seine Stellvertreter.

Für die Landkrankenassen gelten zurzeit dieselben Bestim-
mungen wie für die Ortskrankenassen. Diese Regelung ist jedoch
erst durch das Gesetz vom 28. Juli 1919 neugeschaffen worden. Bis
zu dieser Neuregelung waren die Mitglieder der Landkrankenasse
nicht wahlberechtigt. Die Versicherten hatten bis dahin keinen Ein-
fluß auf die Zusammensetzung des Ausschusses und des Vorstandes,
trotzdem sie zwei Drittel der Beiträge zahlen mußten. Die Land-
arbeiter und -arbeiterinnen waren, wie auf noch andern Gebieten
(Gefindeordnung) Menschen zweiter Klasse. Erst durch die Re-
volution wurde diese Rechtslosigkeit in der Krankenversicherung be-
seitigt und den Mitgliedern der Landkrankenasse der Einfluß auf
die Verwaltung der Kasse zugesichert, der ihnen auf Grund ihrer
Beitragszahlung zukommt. Bis zum Juni 1919 wurden sowohl die
Ausschußmitglieder wie auch die Vorstandsmitglieder und der Vor-
sitzende der Landkrankenasse vom Kreisrat gewählt.

In diesem Jahre muß die allergrößte Zahl der Landkranken-
assen zum erstenmal durch ihre Mitglieder den Ausschuß und Vor-
stand nach den neuen Vorschriften wählen. Die Amtsbauer der
auf Grund der alten Vorschriften gewählten Ausschuß- und Vor-
standsmitglieder der Landkrankenassen ist mehrere Male ver-
längert worden. Die Mehrzahl der Landkrankenassen hat heute
noch ihren Vorstand und Ausschuß, der vor dem 8. Juni 1919 ge-
wählt ist. Nunmehr wird aber die Amtsbauer aller Vorstandes-
und Ausschußmitglieder mit dem 31. Dezember 1927 enden, und
es sind bis dahin die

Neuwahlen zum Ausschuß der Landkrankenassen,
wie auch aller übrigen Krankenkassen, welche ihren Ausschuß nicht
mit Wirkung zum oder nach dem 1. Januar 1926 gewählt haben,
durchzuführen.

Zum erstenmal werden bei der Mehrzahl der Krankenkassen
also die Mitglieder berufen sein, sich ihre Vertreter im Ausschuß
selber nach der Verhältniswahl zu wählen, und diese Vertreter
haben die Mitglieder des Vorstandes und der Vorstand hat seinen
Vorstand und dessen Stellvertreter zu wählen. Wahlberechtigt
sind alle volljährigen Versicherten und volljährigen Arbeitnehmer,
welche Arbeitnehmer bei der Kasse versichert haben. Wählbar sind
nur volljährige Deutsche, welche entweder als Mitglied bei der
Kasse versichert sind, oder als Arbeitgeber mindestens einen Arbeit-
nehmer bei der Kasse versichert haben.

Für die Wahl der Mitglieder im Ausschuß der Krankenkasse
können auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber
und der Arbeitnehmer, also auch

die Gewerkschaften Verlagslisten einreichen,
natürlich die Gewerkschaften nur für die Wahl der Arbeitnehmer
(Versicherten) und die Arbeitgebervereinigungen nur für die Wahl
der Arbeitgeber im Ausschuß. Der Deutsche Landarbeiter-
Verband ist also von nun an berechtigt, Verlagslisten für die
Wahl der Ausschußmitglieder in der Landkrankenasse einzureichen.

Vorstand und Ausschuß der Landkrankenasse sind Selbstver-
waltungskörper. Die Befugnisse sind weitgehend und daher ganz
besonders für die Versicherten von großer Bedeutung. Der Aus-
schuß hat den Inhalt der Satzung zu beschließen. Durch die
Satzung werden alle die Leistungen bestimmt, welche nicht als
Regel- oder Pflichtleistung vom Gesetz vorgeschrieben sind. Dazu
gehört insbesondere die Festsetzung der Höhe des Krankengeldes,
des Umfangs der Krankenpflege, inwieweit Heilmittel von der
Kasse geliefert, ob und in welchem Umfang Familienhilfe gewährt,
und inwieweit Beihilfen für künftlichen Zaubernach gegeben werden
sollen. Der Ausschuß hat die Dienstordnung für die Kassensatz-
ung zu erlassen, den Voranschlag festzusetzen, und die
Jahresrechnung abzunehmen. Die Krankenordnung, welche die
Melbung und Ueberwachung der Kranken regelt, ist vom Aus-
schuß zu beschließen.

Der Vorstand verwaltet die Kasse nach den Bestimmungen
des Gesetzes und der vom Ausschuß beschlossenen Satzung.
Satzung und Satzungsänderung, Dienstordnung und Kranken-
ordnung sind vom Vorstand vorzubereiten, bevor sie dem Ausschuß
zur Verlesung vorgelegt werden. Der Vorstand besteht die
aus Mitgliedern der Kasse bezahlten Stellen der Beamten und An-
gestellten. Die Mitglieder im Ausschuß und im Vorstand tragen
große Verantwortung. Es ist deshalb notwendig, die besten
Kräfte im Landarbeiterverband und in andern Gewerkschaften
hierfür heranzuziehen.

Das Amt als Vorstands- oder Ausschußmitglied ist ein
Ehrenamt, jedoch hat die Krankenkasse den Gewählten ihre baren
Auslagen zu ersetzen und den Vertretern der Versicherten ferner
Erfolg für einträglichen Arbeitsverdienst oder einen Kaufbeitrag
für Zaubernach zu gewähren. Die Gewerkschaften müssen recht-
zeitig zu der Wahl des Ausschusses der Krankenkassen Stellung
nehmen, um sie gut vorbereiten zu können.

G. Feldmann (Neuhaldensleben).

Kreis Wittenberg

Arbeiter-Radfahrerbund, Gau 11, Bezirk 6.

Eine gut besuchte Bezirkskonferenz des Arbeiter-
Radfahrerbundes fand am Sonntag in Wetzeregel statt; nur
wenige Ortsgruppen hatten keine Delegierten entsandt. Der Gau-
wart, der Gauverwalter, Genossen Koch, und den Gau-
jugendleiter, Genossen Lütke, vertreten. Der Bezirksleiter,
Genosse Schulle, gedachte einleitend des verstorbenen Bundes-
genossen Jürstberg (Dietrich). Der Bezirksleiter erläuterte
den Geschäftsbericht und teilte dabei mit, daß die Ortsgruppen
Alem-Weiden, Hohenbodeleben und besonders Ojterweddingen
wieder intakt sind. Anschließend gab der Sportleiter einen Be-
richt über die gefahrenen Touren sowie über die Wettbewerbe
im Regal. Eine rege Debatte zur Abrechnung des Sportleiters
folgte sich an. Gauleiter Genosse Koch hielt dann einen Vortrag
über die Entwicklung des Bundes und der Unterabteilungszweige,
erklärte eingehend die auf dem letzten Bundeskongress eingeführte
Kassensatzung und die Maßnahmen zur Ueberwachung der Kassensatzung
mit einer Zusammenfassung. Eine Diskussion fand nicht statt.

Am beschließenden Tag die Konferenz mit Beschlüssen und
Anträgen. Der Antrag des Bezirksleiters: „Die Ortsgruppe
die das Regalgesetz übernimmt, erhält den gesamten Ueberblick
einerlei bei derselben das entsprechende Recht zu tragen,“ fand
unanimig Zustimmung. Am 22. Mai Uebertragung Groß-Ojterleben,
am 12. Juni Wetzeregel, am 10. Juli Wittenberg, am 17. oder
21. Juli Uebertragung Alem-Weiden. Am 7. August findet in
Kronenfeld die Bezirkskonferenz statt. Demnächst wird der Gau-
jugendleiter der Jugendfrage im Fache, wobei er erwähnte, den

Ortsauschüssen für Jugendpflege beizutreten. Eine rege Aus-
sprache schloß sich an. Der Festbeitrag für Erwachsene wurde auf
50 Pf., der für Jugendliche auf 30 Pf. festgesetzt. Weibliche Mit-
glieder sind frei. Zum Schluß wurde über die im vorigen Jahre
stattgefundenen Wettbewerbe in Ojterleben diskutiert. Mit der
Aufforderung, fleißig in den Ortsgruppen zu wirken, schloß Ge-
nosse Otto Schulle (Groß-Ojterleben) die Konferenz mit einem
dreifachen Freispruch!

Arbeiterjugend, Werbebezirk Egeln.

Der Ortsverein Wetzeregel veranstaltet am kommen-
den Sonntag, 3. April, abends 8 Uhr, im Jugendheim eine Kon-
firmandenfeier. Die Vereine im Werbebezirk werden gebeten,
durch zahlreiches und pünktliches Erscheinen die Feier zu unter-
stützen. — Der Ortsverein Egeln veranstaltet am Mittwoch den
30. März, abends 8 Uhr, in der Stadtschule einen Lichtbild-
vortrag. Beide Veranstaltungen sollen als Auftakt zur Oster-
werbung dienen, deshalb ist das Erscheinen aller Mitglieder un-
bedingt notwendig.

Frei Heil!

Der Werbebezirksleiter.

Groß-Ojterleben

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität. Eine Versammlung
beider Abteilungen fand am Sonnabend den 26. März statt.
Genosse Grohn junior berichtete über die Vorbereitungen zum
Reichssporttag. Ein Massenradreiten soll aufgeführt werden.
Zur Verschönerung der Maifeier sollen ein Radballspiel und ein
Madrennen veranstaltet werden. Bezirksleiter Genosse Schulle
sprach über die Werbetätigkeit im Jahre 1927. Besonders wies
er auf die Vorteile hin, die der Bundestag in Karlsruhe be-
schlossen hat, so auf Sterbenunterstützung, Unfallunterstützung und
Haftpflicht für Raddiebstahl. Es muß unsere Aufgabe sein, die
abseitsstehenden radfahrenden Genossen und Arbeitsrüder auf
die Leistungsfähigkeit des Arbeiter-Radfahrerbundes hinzuweisen.
Eine Hausagitation soll deshalb veranstaltet werden.

Arbeiterjugend. Heute (Dienstag) gehen wir nach der Aula
der Luisenschule. Treffpunkt 7 Uhr an der „Linde“. Am Mitt-
woch 30. März, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Magdeburger Straße,
am Donnerstag Generalprobe im „Eiseller“; am Freitag Auf-
führung des Schmöckerspiels in Sudenburg im „Eiseller“.

Freie Schulfeststellung. Mitgliederversammlung am Mitt-
woch den 30. März, abends 8 Uhr, in den „Sausa-Sälen“.

Wittenberg

Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung hat durch den starken
Besuch der Zuhörer erwiesen, daß die Sitzungen wieder in einem
größeren Raume stattfinden müßten. Wenn die öffentlichen
Sitzungen bis vor kurzer Zeit nicht so besucht waren, wie es im
Interesse der Allgemeinheit notwendig gewesen wäre, so lag es
an der mangelhaften Bekanntmachung. Da der Zuhörerraum
vom Sitzungsraum durch eine Tür getrennt ist und diese nicht
vollständig geöffnet werden kann, ist eine Ueberfüllung und damit
ein Verstehen nicht gut möglich. Ebenfalls ist Sitzgelegenheit nur
für acht Personen vorhanden. Dagegen hatten noch 19 Zuhörer
das „Bergnügen“, Sitzplatz zu nehmen. Hier muß Wandel ge-
schafft werden.

Kleingärten. Nachdem nun endlich auch hier am Ort ein
Kleingartenverein gegründet worden ist, wollen wir darauf hin-
weisen, daß die Zeichnungsliste für Gartenland im Gemeinde-
bureau zur Einzeichnung ausliegt. Vorsitzender des Kleingarten-
vereins ist Gartenfreund Wilhelm Gauer, Breite Straße.

Wittenberg

In der Parteiversammlung am Sonnabend, welche besser
hätte besucht sein können, sprach Parteisekretär Genosse Schu-
macher in herber und verständlicher Weise über die Politik der
Gegenwart. Besonders hervorzuheben ist, was er über den Stahl-
helm sagte, nämlich über dessen Abstammung ins kapitalistische Lager
gegen den Willen der Mehrheit seiner Mitglieder. Es bleibt ab-
zuwarten, was die halbwegs Vernünftigen im Stahlhelm in Zu-
kunft tun. Unsere Aufgabe ist es, für alle Fälle auf der Hut
zu sein.

Leser der „Volkstimme“, die ihr noch nicht Mitglied der So-
zialdemokratischen Partei seid, meldet euch noch heute beim Vor-
sitzenden E. Schulze oder beim Funktionär W. Kösting junior an!
Die allernächste Zukunft muß auch in unserm Ort eine starke ziel-
bewußte Partei sehen, um die Aufgaben, die ihrer bei Gemeinde-
und andern Wahlen harren, tatkräftig zu erfüllen.

Egeln

Die Arbeiterjugend veranstaltet am Mittwoch den 30. März,
abends 8 Uhr, in der Stadtschule einen Lichtbildvortrag über
Oesterreich-Ungarn. Referent Genosse Erich Plotzsch. Partei-
genossen und Parteigenossen sind dazu eingeladen.

Hohenbodeleben

Beim Handballspiel erlitt der Sportgenosse Otto Kühle (Nie-
berbodeleben) eine Verletzung. Mit einem Auto wurde er
in sein Elternhaus gebracht.

Ojterweddingen

Arbeiter-Radfahrerverein. Infolge einer ganzen Anzahl Auf-
nahmen hat es sich als notwendig erwiesen, die Uebungsabende
regelmäßig jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr abzuhalten. Die
Monatsversammlung findet am Freitag statt. Genosse
Sport wird Bericht vom Bezirkstag erstatten. Um vollständiges
Erscheinen wird dringend ersucht, da auch die Maifeier besprochen
werden muß.

Stadtkreis Burg

Der Landfriedensbruchprozeß ist jetzt endgültig auf den 29.
und 30. April und den 2. Mai festgesetzt.

Fahrradmarer. Der Glaser Fr. von hier kaufte sich ein
Kleines und fuhr anlässlich eines Rosenballes nach Eckartau, wo
ihm das Rad gestohlen wurde. Von dem Täter fehlte jede Spur.
In einer andern Sache wurde nun bei dem Arbeiter G. L. eine
Hausdurchsuchung vorgenommen und dabei auch Vorder- und Hinterrad
einer Remmmaschine gefunden. Der Rahmen fehlte. L. gab zu
Protokoll, die Teile des Rades stammten von seinem Fahrrad,
welche er im Fahrradhaus Frischau gekauft habe. Fr. selbst
kannne sein erst gekauftes Rad zu wenig, um es mit Bestimmtheit
als sein Eigentum zu erkennen. Der Fahrradhändler und seine
Verkaufertin aber erklärten bestimmt, die Teile stammen von dem
von Fr. gekauften Rade. Nachgewiesen wurde, daß L. in Magde-
burg sein Rad gekauft hatte, daß er aber am fraglichen Tage mit
seinem Freunde B. A. an dem Rosenball in Eckartau teilgenom-
men hatte. Bei letzterem wurde ein Rahmen gefunden. Beide
wurden wegen Diebstahls angeklagt. A. beteuert seine Unschuld.
Tatsächlich wurde auch festgestellt, daß der Rahmen nicht zu Fr.s
Rad gehört. L. macht widerprechende Aussagen, die ihn des Dieb-
stahls überführen. A. wurde freigesprochen, L. zu 4 Monaten Ge-
fangnis verurteilt.

Motorradunfall. Auf dem Feldweg zwischen Pöschner und
Zehleburger Chaussee kam ein Motorradfahrer ins Schleudern und
fuhr die Böschung hinab. Er kam unter sein Motorrad zu liegen
und erlitt am ganzen Körper erhebliche Verletzungen. Pöschner
Einwohner leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe.

Kreis Jerichow I

Bildungsabend. Heute (Dienstag), letzter Bildungsabend;
Regitation des Genossen Weims jun., musikalische Darbietungen
einiger Magdeburger Genossen.

Biederitz

Sozialdemokratische Partei. Morgen (Mittwoch), abends
8 Uhr, Vorstandssitzung. Am kommenden Freitag, abends 8 Uhr,
wichtige Mitgliederversammlung in der „Weintraube“: Beschluß-
fassung über die Maifeier.

Schermer
Zusammenstoß. Am Montag kam es zu einem schweren Anfall auf der Chaussee nach Burg. Der Schiffer Köppl fuhr mit seinem Rade nach Burg. Hinter Schermer wurde er von einem Motorradfahrer überholt. Als sich auch noch ein Auto näherte und das Signal gab, wurde R. unsicher und fuhr nach der linken Seite der Chaussee. Der Chauffeur, der gleich stoppte, konnte den Zusammenstoß nicht mehr vermeiden. So wurde R. vom Rade gerissen. Außer mehreren Verletzungen erlitt er einen Armbruch. Das Fahrrad wurde gänzlich zerstört.

Kreis Jerichow 2

Genthin
Aus der Wahlpropaganda.
Inse Stadtgemeinde hat ihre Aufregung hinter sich. Denn die Wahl ist gewesen.
Zentrum der ganzen Auseinandersetzung war für alle die Sozialdemokratische Partei. Dabei ist natürlich das Unglaubliche an Verdrehung der Tatsachen von den Anhängern und Vertretern der anderen Vorschlagslisten geleistet worden. Besonders dabei hervorzuheben hat sich der Vertreter der Bürgerwirtschaftsgruppe, der berühmte Martin Wagner. In seinen Versammlungen benannte er die „Volksstimme“ mit „Schmutzblatt“ und deren Anhänger mit Lumpen, Strolche usw. Ganz Herborragendes auf dem Gebiet der Verleumdung leistete er gegen den Genossen Rodrohr, gegen den er persönlich ein Flugblatt herausgab, um damit der verhassten Sozialdemokratischen Partei einzusaugen. Wie sich jetzt aber herausgestellt hat, stammt die Unterschrift des Pamphlets noch nicht mal von ihm selbst, sondern von einer ihm nahestehenden Person, so daß er auch hier sich feige der Verantwortung zu entziehen versuchte. Die Genossen Dittmann und Heue vornehmlich haben jedoch mit großem Geschick in den Versammlungen seine Verleumdungen niedrig gehängt. Trotz gut besuchter Versammlung und ausgebreiteter Hausagitation mit reichlichen Geldmitteln (die bürgerlichen Geschäftsleute hatten zusammen etwa 400 Mark dazu gestiftet) ist die

Bürgerwirtschaftsgruppe durchgefallen.
Das neue Stadtverordneten-Parlament hat keinen Clown. Leider glauben auch die Kommunisten (lies: Grube) in der Wahlpropaganda nur die Sozialdemokratische Partei anzugreifen zu müssen, was ihnen jedoch keinen Nutzen gebracht hat. Die Sozialdemokratische Partei führte ihren Kampf nur gegen die Einheitsliste und Bürgerwirtschaftsgruppe. Demokraten und Kommunisten wurden toleriert, wenn auch letzteren zur Abwehr und Nichtigstellung in letzter Stunde noch eine Antwort durch Flugblatt gegeben werden mußte. Gemessen an den letzten Wahlergebnissen verlor die Kommunistische Partei trotz großer Arbeitslosigkeit etwa 18 Prozent ihrer Stimmen. Die bürgerlichen Einheitslisten hatten gar keine öffentliche Versammlung, bestmännlich jedoch versuchten sie durch Flugblätter und Aufrufe in der lokalen Presse den Stimmenfang zu betreiben. Vor kalter Sozialisierung und roter Herrschaft wurden die Wähler gruselig gemacht. Trotz der unendlichen Mühe des Einheitsapostels Wolff blieb dieselbe in der Minderheit. Den Wählern sei jedoch auch an dieser Stelle gesagt, daß sie aus dem Mißerfolge ihre Giftzungenverneinung als besondere Vertreter erkennen müssen.

Die Vertreterin der Mieterchaft
ist und bleibt nur die Sozialdemokratische Partei, ohne die im Reichs- und Landtag der Mieterkampf schon längst nicht mehr wäre. Es darf keine Partei der Mieter geben, da das Leben nicht allein aus Miete besteht. Weg mit dem Mietsystem und hin zum Bau von Eigentümern! ist unsere Ansicht.
Die eignen Versammlungen der Partei waren zweckmäßig nicht nur Wahlkammern, sondern eigentlich kommunalpolitische Bildungsabende. Der Dank der örtlichen Parteileitung an die Genossen Rastan (Schönebeck) und Strobel (Calbe) sei hiermit nochmals ausgesprochen. In entsprechender verständlicher Weise sprach der erstere bei Wenes in Genthin, seine Ausführungen über kommunalpolitische Probleme haben nach Befehnten dieser Zuhörer eine Welle in das Vorurteil gegen sozialdemokratische Gemeindepolitik gebrochen und diese überhaupt im größeren Kreise verständlich gemacht. Genosse Strobel sprach in der roten Vorstadt Genthin-A. vor etwa 250 Wählern und brachte reiches Material aus dem Leben einer Stadt, das dann in örtlicher Hinsicht vom Genossen Dittmann erweitert wurde. Durchschlagend waren dessen Ausführungen über die Vorteile der Eingemeindung.

Wirtschaftliche Verbesserung hätte Genthin-A. eingetauscht gegen Aufgabe einer linken Mehrheit. Heute gibt es, diese von Genthin-A. auf ganz Genthin auszubehnen. Das Wahlergebnis hat bewiesen, daß wir dank der Arbeiterchaft von Genthin-A. auf dem besten Wege dazu sind. Neun Linke gegen neun rechte Mandate und als Zünglein an der Waage, falls die R. P. D. Arbeiterpolitik macht, die zwei Demokraten — das ist die Lage. Die Wahlen zum Magistrat werden ergeben, ob die Demokraten und Kommunisten deutschnationalen Stahlhelmpolitik ermöglichen werden. Die Kommunisten mögen vor allem bedenken, daß Politik die Kunst ist das Mögliche zu erreichen, es nicht unmöglich zu machen.

Zu all diesen Fragen muß noch Stellung genommen werden. Es gilt aber auch, den Wählerfolg umzuwerten in neue Parteimitglieder und „Volksstimme“-Leier. Die „Volksstimme“ gehört ins Haus und nicht die den „Werkstätten“ täglich badende bürgerliche Lokalpresse. Das ganze Leben der Arbeitenden ist nicht als ein andauernder Kampf gegen die Verbürgerlichung seines Geistes und die Verelendung seiner Wirtschaftsverhältnisse. In diesem Kampfe unterstützt und führt ihn die moderne Arbeiterpresse. Auch die Wahl Genthins ist nur eine Episode. Ein Gefecht ist gewonnen. Nun heißt's: Nach und auf die Feinde dem Gegner und dessen Verbündeten! So wird auch der Endsieg nicht lange auf sich warten lassen. — E. Sch.

Parteiversammlung am Mittwoch den 30. März, abends 8 Uhr, bei Hermann Ziele. Alle Mitglieder und deren Frauen, alle „Volksstimme“-Leier sowie alle Freunde und Wähler der Partei werden gebeten, zu erscheinen. Genosse Dittmann und Parteisekretär Blum sprechen über „Unsre Aufgaben nach der Wahl“. Parteigenossen, sorgt für außerordentliche Beteiligung!

Kreis Wolmirstedt

Wolmirstedt
Selig sind, die da geistig arm sind! In der Montagsausgabe des hiesigen „Allgemeinen Anzeigers“ bietet sich ein Paulinist aus Schernow bei Groß-Kreuz als deutschnational gestimmter verheirateter Landarbeiter an. Höher geht's nimmer! Diese Untertänigkeit des Geistes ist es, die ein großer Teil der Arbeiter wünscht, der sich der Einsicht verschließt, daß frei denkende Menschen bessere Arbeit leisten als Gewinnungsklaven. Manche „gelben“ Arbeiter sind so kurzichtig, daß sie nicht einmal begreifen, daß sie selbst die größten Feinde der Arbeiterchaft sind. Schlimmer aber ist, wenn angeblich „nationalistische“ Gewinnung vorgegaukelt wird, weil man köstlichste wirtschaftliche Vorteile erhofft. —

Lichtbilder-Vortrag. Einen öffentlichen Lichtbilder-Vortrag über die Ziele und Einrichtungen des Zentralverbandes der Angestellten veranstaltet diese freigewerkschaftliche Organisation für alle in Wolmirstedt und Umgegend wohnenden Angestellten am Freitag den 1. April, abends 8 Uhr, im Lokal von Schenl. Kaufmännische und Industrieangestellte, Behörden- und Gewerkschaftsangehörige, Rechtsanwaltschaftsangehörige und alle sonstigen Angestelltenkreise sind zum Versammlungsbesuch eingeladen. —

Der Verband für Freizeitsport und Feuerbestattung hat zum Donnerstag den 31. März, abends 8 Uhr, nach „Stadt Prag“ eine öffentliche Kirchenaustrittsversammlung einberufen. Referent Genosse Stiller.

Dahlensleben

Gemeindevorsteher-Sitzung am Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“. —

Frauengruppe. Donnerstag abend wichtige Versammlung. Genosse Bernid spricht. —

Arbeiter-Radfahrer-Fächte. Die Veranstaltung am Sonntag war leblich besucht. Theaterstück und Radrennen auf der Bühne fanden großen Beifall. —

Groß-Rodensleben

Stahlhelmsüberfall. Zu dem in der letzten Nummer der „Volksstimme“ gemeldeten Überfall sei noch folgendes mitgeteilt: Die Stahlhelmer feierten den Abschied eines Guisverwalters im Lokal von Wolf; die Landarbeiter ihre Veranstaltung im Lokal von Zübli. Schon während der Veranstaltung bei Zübli kamen einzelne Stahlhelmer in Uniform ins Lokal, es wurde ihnen gesagt, daß sie keine Gäste wären, und sie verließen dann auch das Lokal. Nach Schluß der Feier der Landarbeiter gingen die Teilnehmer einzeln oder zu zweien ihrer Wohnung zu. Die Stahlhelmer zogen in einem größeren Trupp von ihrem Vereinslokal nach dem Lokal von Zübli. Gleich die ersten ihnen begegnenden Landarbeiter und jungen Mädchen wurden angerepelt und geschlagen. Der Gesang verstummte. Ein wüster Lärm setzte ein. Jeder, der an den Stahlhelmen vorbei mußte, wurde geschlagen. Die Arbeiter wehrten sich und schließlich entstand eine wilde Schlägerei. Die Landarbeiter waren an Zahl viel geringer, weil diese ja nicht alle die gleiche Straße benutzten. Die Verletzungen bei den Landarbeitern sind Stich- und Schlagwunden an Kopf, Schultern und Händen. Die verletzten Stahlhelmer dagegen haben keine Stichwunden. In unserm Orte herrschen die Großbauern. Alles, was in irgendeiner Abhängigkeit von diesen steht, wurde in den Stahlhelmen gezwungen. Die gute Arbeiterorganisation, die nach dem Krieg entstand, sollte vollständig zerstört werden. Mancher Arbeiter ist gemahregelt worden. Arbeitergewerkschaft und Partei bestehen aber immer noch, bei den letzten Wahlen stimmten 48 Prozent der Einwohner sozialdemokratisch. Der Stahlhelm hat keine Anziehungskraft mehr. Einige Fanatiker suchen immer wieder Händel mit den Arbeitern. Ein Großbauer hat bei der Stahlhelmeier 50 Liter Weinbowle ins Stahlhelmslokal bringen lassen. Zwei Arbeiter und ein Eisenbahner waren mit bei den Freigeldstahlhelmern, dazu einige Verwalter der Bauern und Mittelständler. Die Stahlhelmer gingen nicht den Weg, der direkt nach ihrer Wohnung führt, sondern nahmen den Weg nach dem Lokal Zübli, nur um die heimkehrenden Arbeiter zu provozieren. Wegen ruhestörenden Lärms hat die Ortspolizei nur Stahlhelmer festgesetzt. Dieses Vorkommnis sollte jene ehrlichen Arbeiter und jede Arbeiterfrau lehren, daß sie alle in die freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei gehören. —

Kreis Neuhaldensleben

Die Aussperrung in der keramischen Industrie. Nachdem am Sonnabend sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in der Steingutindustrie ausgesperrt sind, fanden am Montag die ersten Versammlungen der Aussperrten statt. Die Versammlung in Neuhaldensleben bei Herzog war gut besucht. Der Kollege Schmidt gab einen eingehenden Bericht über die Entwicklung, die zu der Aussperrung geführt hat. Eingehend behandelte Redner das Larivieren der letzten Jahre und besonders den am 15. Februar abgelassenen Mantelstreif. Die Arbeitgeber hatten die feste Absicht, noch weitere Verschlechterungen einzuführen. Sie wollten eine Kürzung des Urlaubs, eine längere Arbeitszeit, zunächst auch einen Lohnabbau, als sie aber einsahen, daß sie damit nicht durchkamen, sträubten sie sich gegen jede Lohnherabsetzung. Besonders scharf wurde vom Redner hervorgehoben, daß es in erster Linie die Schindli des Arbeitgeberverbandes gewesen sind, die den jetzigen Zustand heraufbeschworen haben. Selbst weite Kreise der Arbeitgeber erkennen an, daß es nicht zu diesem Kampfe hätte zu kommen brauchen. Nachdem feststand, daß die Aussperrung in fast ganz Deutschland drohte, setzte der Reichsarbeitsminister den Ministerialrat Dr. Gaußhild als Schlichter ein. Dieser hat als Vorsitzender eines Schlichtungsausschusses einen Schiedsspruch gefällt, der bereits in der Sonntagnummer der „Volksstimme“ bekanntgegeben wurde. Der Schiedsspruch, der bei weitem nicht annehmend den Forderungen der Arbeitnehmer entspricht, wurde nach eingehender Aussprache einstimmig abgelehnt. Anstehend wurde Aufklärung gegeben über das Verhalten der Verbandsmitglieder während der Aussperrung. Alle Kolleginnen und Kollegen haben sich jeden Tag einmal bei Herzog zur Kontrolle zu melden. Der Kontrollauschuss ist von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends ununterbrochen anwesend. Sämtliche Mitgliedsbücher müssen schnellstens bei dem Unterfasserer abgegeben werden. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Montag vormittag in Neuhaldensleben und nachmittags in Neuhaldensleben. Die Kolleginnen und Kollegen in Althaldensleben, soweit sie in Althaldensleber Betrieben beschäftigt waren, melden sich täglich einmal in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr beim Kontrollauschuss, der beim Gastwirt Schulze tagt. —

Frauenunterhaltungsabend. Am Mittwoch abend 8 Uhr bei Herzog. Die Genossin Lendel berichtet von der Bezirks-Frauentagung. —

Kontenzahlung. Die Invaliden- und Unfallrenten werden am Freitag den 1. April im evangelischen Vereinshaus, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr ausgezahlt. —

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hielt am letzten Sonnabend seine Monatsversammlung ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde der Bericht von der Ortsausschussführung gegeben. Ueber die Lohnverhandlungen wurde bekanntgegeben, daß es zu keiner Einigung gekommen ist. Es wurde die Anschaffung einer Verbandsfahne beschlossen. Den Bericht von der außerordentlichen Bezirkskonferenz in Halle, gab der Kollege Twardy. Im Verschiedenen wurde auf die Lotterie des Verbandes deutscher Jugendherbergen, auf die Jugendweibe, die von der Arbeitsgemeinschaft der freigewerkschaftlichen Organisationen veranstaltet wird und auf die Arbeiterwohlfahrt hingewiesen. —

Beendorf

Parteiversammlung für die Ortsvereine Schwanefeld, Beendorf und Morsleben am Mittwoch den 30. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Lange in Beendorf. Referent Genosse Bernid. Auch frühere Mitglieder sind willkommen. —

Eilsleben

Die Parteiversammlung hätte etwas besser besucht sein können. Der Verlauf aber zeigte, daß wir auf dem Wege zur Befreiung unserer Parteiverhältnisse sind. Den Bericht vom Unterbezirkstag gab Genosse Raumann, und Genosse Käb machte einige Ergänzungen. Die Maifeier soll als Abendveranstaltung mit nachfolgendem Tanz abgehalten werden. Die Ausgestaltung ist so gedacht, daß der Film „Panzerkreuzer Potemkin“ läuft. Sodann sprach Genosse Käb über die Stellung unserer Partei zu den wichtigsten Fragen der Politik und Wirtschaft in sehr ausführlicher Weise. Für die Partei, so schloß er, muß noch reger gearbeitet werden. Die Genossin Adler sowie Genosse Raumann machten ergänzende Ausführungen. Offen wir, daß die kommenden Versammlungen besser besucht werden, damit die Partei ihre alte Stellung wieder erringt. —

Der Frauenverein veranstaltete am Sonntag den 27. März einen Wohltätigkeitsabend zur Unterstützung der bedürftigen Konfirmanden. Die Vorstehende, Genossin Anna Berge, gab der Freude Ausdruck, daß man der Einladung so zahlreich Folge leistet. Zur Aufführung gelangten vier lebende Bilder. Der Arbeitergesangsverein sang die dazu passenden Lieder. Einen Heiterkeitserfolg brachten zwei Ginatter hervor. Alle Mitwirkenden ernteten reichen Beifall. Bis zum frühen Morgen war alles in gemühtlicher Stimmung. —

Wohlfahrtsgemeinschaft. Mittwoch den 30. März, abends 8 Uhr, findet bei der Genossin Adler eine Sitzung statt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. —

Die Lohnsteuererstattungsfrist läuft am 31. d. M. ab. Erstattungsformulare sind unentgeltlich beim Genossen Raumann zu haben. —

Sommerschenburg

Die Versammlung der Arbeitsinvaliden und Witwen war gut besucht. Von Barneberg und Sommersdorf war auch eine Anzahl erschienen. Genosse Jacobs sprach über das Thema „Warum müssen wir uns organisieren?“. Der Zusammenschluß aller sozial Hilfbedürftigen ist notwendig, um unsre gerechten Forderungen durchzusetzen. Die Vertreter, die wir in den Kreisstag senden, müssen wir uns genau ansehen, denn von denen hängt unsre soziale Fürsorge ab. Von rechtsstehenden Vertretern haben wir nichts zu erwarten. Das beweisen uns auch die letzten Verhandlungen im Reichstag über das Invalidengesetz. Es wurde eine Ortsgruppe des Zentralverbandes für Sommerschenburg gegründet. Die Besucher von Barneberg und Sommersdorf haben den Wunsch ausgesprochen, daß Kollege Jacobs den dortigen Invaliden auch einen Vortrag hält. Auch sie wollen sich organisieren. —

Kreis Calbe

Jugendweibe. An der vom Verband für Freizeitsport und Feuerbestattung veranstalteten Jugendweibe nahmen 24 Schülern teil. Die Feier fand in dem mit roten Fahnen und grünen Girlanden geschmückten Saale des „Berliner Hofes“ statt. Die Feier wurde durch Darbietungen des Gesangsvereins Harmonie und der Arbeiterjugend sowie durch Musikstücke verschönt. Genosse Gherzi (Dessau) hielt die Weiberrede. Nach einem von den Schülern gesprochenen Gedicht und einem Liebesüberreicher der Redner jedem ein Gedenkbuch und ein Buch. Nach dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ der Arbeiterjugend und einem Musikstück war die eindrucksvolle Feier beendet. —

Förderstedt

Vor dem Schöffengericht in Schönebeck hatte sich der Oberpostsekretär D. von hier wegen Unterschlagung zu verantworten. Durch fälschliche Buchungen hatte er sich eine größere Summe Postgelder angeeignet. D. ist geständig und entschuldigt seine Tat damit, daß seine Frau lange Zeit krank war und er sich in Not befunden habe. Der Angeklagte ist bisher noch nicht vorbestraft. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache verurteilte das Gericht D. zu 10 Monaten Gefängnis. —

Bad Salzelmen

Der Verschönerungsverein hielt seine erste Versammlung in diesem Jahre unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Chyprian in „Villa Bismarck“ ab. Man unterhielt sich u. a. über die Siebenhundert-Jahrfeier, und gerbrach sich den Kopf darüber, was man als eine Erinnerung neu herrichten oder „verschönern“ könnte. Der Plan, das Lannentwäldchen am Graberwert zu vergrößern, wurde fallen gelassen, dagegen wäre ein andres d. a. r. n. d. e. s. Andenken an die Jubelfeier der Stadt die Instandsetzung des Schwannenteiches. Das ist natürlich nur die Ansicht des Verschönerungsvereins, denn wenn auch die Stadt den Reich jeden Monat reinigen lassen würde, so würde er doch nie sauber sein. Der Teich ist ein Grundwasserloch ohne jeden natürlichen Zu- und Abfluß. Im Sommer verbleibt dieses stehende Gewässer die übelsten Gerüche, die noch durch den Zufluß aus den Kanalisationsanlagen der umliegenden Häuser verstärkt werden. Unseres Erachtens nach wäre eine wirkliche Erinnerung an das Jubeljahr, wenn der Teich zugeschüttet und eine schöne Anlage darauf geschaffen würde. Hier könnte der idealste Zummelplatz für unsre Jugend sein. Jede andre Arbeit ist unnütz und das dafür verordnete Geld vom Fenster hinausgeworfen. Die Schaffung schöner Kinderspielplätze ist ja auch im Programm des Verschönerungsvereins vorgesehen. Wenn man sich aber auf der einen Seite für die Schaffung von Kinderspielplätzen einsetzt, warum will man dann auf einem so großartig geeigneten Platze wie dem Kirchplatz keine derartige Anlage schaffen? Sollte da etwa die hohe Geistlichkeit unsichtbare Fäden ziehen? Lassen die Kindlein zu mir kommen, hat einst der große Nazarener gesagt, aber das scheint heute anders zu sein. —

Das städtische Kurhaus ist im vergangenen Jahr einer gründlichen Renovierung unterzogen worden. Der Fuß der Hinterfront ist vollkommen erneuert worden, und die längst der Vorderfront laufenden Balkone haben einige Verbesserungen erfahren. Jetzt werden auch die darunter befindlichen Veranden gründlich ausgebessert. Es hat sich herausgestellt, daß die feinerzeit verwandten Leimfarben für einen Dauerauftritt nicht geeignet sind. Nunmehr werden sämtliche Veranden mit Lackfarben gestrichen, wobei man auf eine sehr geschmackvolle Zusammenstellung der Farben achtet. Man legt nämlich alles sehr hübsch bunt malen. Bei jeweiligen Reparaturen und Neubauten am Kurhaus muß man sich immer wieder fragen, was wohl aus dem Kurhaus geworden wäre, wenn feinerzeit nicht die sozialistische Stadverordneten-Mehrheit das Kurhaus angekauft hätte. —

Ueberfahren wurde am Montag abend in der Calbeschen Straße die Tochter unsers Genossen Braune von einem Radfahrer, der auf dem Fußgängerweg fuhr. Es war leider nicht möglich, den Namen des Radfahrers festzustellen. Es dürfte eine dringende Aufgabe der Polizei sein, hier gründlich durchzugreifen, denn das Befahren des Fußgängerwegs in der Calbeschen Straße durch Radfahrer wirkt sich nachgerade zu einer Plage aus. —

Berunglükt ist beim Fußballspiel auf dem städtischen Sportplatz der Sportgenosse Walter Frencke. Er hatte sich den rechten Unterschenkel arg verletzt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Berunglükte durch die Arbeiter-Samariterkolonne in seine Wohnung nach Grünwalde transportiert. —

Schönebeck

Einer der schönsten Ausflugsorte unsrer Stadt ist das Buschwäldchen. Im vergangenen Jahre konnte wegen des Hochwassers den Sommer hindurch der Besuch kaum erreicht werden. Durch die Erbauung eines Damms soll der Besuch geschützt werden. —

Warnung. Das Gas- und Elektrizitätswerk erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt: Bei Revision der Hausanschlüsse der elektrischen Kabelanschlüsse muß immer wieder die Beobachtung gemacht werden, daß durch Unberufenen die Blenden-berückschlüsse an den Hausanschlüssen geöffnet und Sicherungen in durchaus unschriftsmäßiger und unverantwortlicher Weise

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Ein Waschtag ohne Mühe und Plage



ist der Wunsch aller Hausfrauen. Wer mit Dr. Thompson's Seifenpulver wäscht, braucht sich nicht mehr abzuquälen.

Karutz
Färberei

reinigt
färbt
wäscht

Tel. 370-371-1881
Abholen u. Zustellen
kostenlos

Otto Schneemann
Sauerkohl u. Gurken en gros
Magdeburg - Neustadt
Telephon 3947 Hafencstraße 7

Die Aerzte sagen:
„Das beste Schutzmittel gegen Zuckerkrankheit und das erfolgreichste Heilmittel bei Zuckerkrankheit ist der häufige Genuss von rohem und getrocknetem Sauerkraut.“

ALBERT DROZ
BRAUEREI
TELEFON 1390
MAGDEBURG
NEUSTÄDTERSTR. 36

SPECIALITÄT:
KARAMEL- u.
WEISSBIERE

Dampfmolkereien u. Weidkäsereien v.
Fr. Fleijer.
Magdeburg-S. - Büro: Jordanstr. 4
Specialität: Butter und Käse!

mit Draht geflickt wurden. Die Handhabung Unbefugter ist strengstens verboten und strafbar, außerdem setzen sich die Hauseigentümer großen Gefahren aus, wenn Kurzschlüsse entstehen. Es wird somit jedem Eingriff an Hausanschlüssen strengstens untersagt und wegen Beschädigung des Stromverbrauchs Anzeige erstattet.

Arbeitszeitverhandlungen in der Saline. Vom Verband der Fabrikarbeiter ist das Abkommen, das durch Schiedspruch zustande kam, zum 1. April gekündigt. Die Arbeitererschaft fordert die Einführung der Stündigen Arbeitszeit in allen Abteilungen. Die vom Arbeitgeber angeregten Verhandlungen hatten kein Ergebnis, so daß die Schlichtungsstelle angerufen wurde, die in der nächsten Zeit tagen wird. Auch im Ortsrat sind die Abkommen gekündigt und die Forderungen eingereicht worden.

Zum Konkurs der Germania. In einer Versammlung der Arbeitnehmergläubiger der Aktiengesellschaft Germania wurde ein Bericht über die statische Gläubigerberufung gegeben. Nach Bekanntgabe der bereits in der Sonntagsnummer veröffentlichten Zahlen wurde die Einstellung einzelner Gläubiger und die Zusammenfassung des Gläubigerausschusses erörtert. Starke Erregung rief die Mitteilung hervor, daß ein Gläubigervertreter der Schaumburg-L.-G. in Budeburg vortrat, daß ihm von dritter Seite angeboten sei, durch einen Prozeß die Aktiengesellschaft Germania zum Konkurs zu bringen. Man erklärte sich bereit, die immerhin erheblichen Kosten für einen rücksichtslosen Prozeß gegen die Germania zu übernehmen. Mit Recht wurde dieser Vorgang einer scharfen Kritik unterzogen und dabei darauf hingewiesen, daß es sich hier wohl um eine größere Gesellschaft handelt, die ansehnlich ein großes Interesse an der Vermeidung des hierigen Betriebs hat. Erst dadurch, daß erklärt wurde, daß alle übrigen Gläubiger von einer derartigen Handlungsweise wert abschätzen und damit nicht angenommen werden dürfe, daß solche Vorgänge in der Industrie üblich sind, trat etwas Beruhigung ein.

Daß es dem Gläubigerausschuß einschließlich dem Konkursverwalter Ernst ist mit der Erhaltung der Germania, zeigt die Wiederbetriebslegung der Sulzfabrik, es sind bereits 31 Arbeiter zur Instandsetzung angefordert, weitere Einstellungen werden erfolgen. Sobald die Sulzfabrik voll gehen, dürften noch etwa 100 Mann der Belegschaft, die vor dem Konkurs beschäftigt war, eingestellt werden. Die Vermutungen, daß Wert wieder voll in Betrieb zu bringen, werden fortgesetzt, und es ist im Interesse der Arbeitsmarktlage am Orte voller Erfolg wünschenswert. Der Prüfungstermin für die eingereichten Forderungen ist auf den 8. April festgesetzt. Einige Arbeiter haben trotz mehrfacher Aufforderung ihre Forderungen noch nicht eingereicht. Sie werden leer ausgehen. Zum Schluß wurde der großen Zahl Arbeitnehmergegläubiger versichert, daß alles getan wird zur Wahrung ihrer Rechte. Nachdem die Gläubigerberufung geschlossen war, wurde ein Bericht über die Lohnverhandlung für die chemische Industrie gegeben. Die Lohnzulage beträgt für Klasse A II 4 Pf. pro Stunde für den ungelerten Arbeiter. Von Seiten der Gewerkschaft wurde zugesagt, daß auch während des Konkurses die Rechte der Beschäftigten wahrgenommen werden und daß die Betriebsbetriebe in Funktion bleiben. Jeder einzelne hat die Pflicht, mitzuhalten, um die Germania als Arbeitsstätte zu erhalten. Die Leute, die mit allen Mitteln versuchen, ein Trümmerfeld aus der Germania zu machen, werden in Arbeitnehmerkreisen den schärfsten Widerstand finden.

Stadtfrei
Deffentliche Elternversammlung. In den nächsten Tagen findet eine Versammlung der Freien Schulgesellschaft statt. Alle Eltern, die Interesse an der Errichtung der weltlichen Schule haben, sind eingeladen.

Stadtfrei
Die Gewerkschaftsbewegung befindet sich seit einigen Jahren wieder einmal in einem merkwürdigen Aufschwung. Die dem Ortsausschuß Niersleben angeschlossenen Zweigvereine vermehren sich von 23 im Jahre 1925 auf 24 im Jahre 1926. Ihre Mitgliederzahl nahm von 4000 auf 4151 Ende des Jahres 1926 zu. Was bezieht, in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges und großer Arbeitslosigkeit! Der Bestand von Ende 1926 teilt sich auf in 394 männliche, 860 weibliche und 197 jugendliche Mitglieder. Zusammen hat die Zahl der weiblichen und jugendlichen Mitglieder, während die der männlichen abgenommen hat. Die größte freie Gewerkschaft ist hier der Metallarbeiterverband. Durch die Schließung des Zweigwerkes Niersleben der Maschinenfabrik A. Hoff L.G. ist seine Mitgliederzahl von 1200 im Vorjahr zurückgegangen auf 1039 am Schluß des letzten Jahres. Es folgen der Verband der Bauhändler mit rund 700 Mitgliedern, der Fabrikarbeiterverband, der Bergarbeiterverband, der Verband gewerblicher Hilfsarbeiter, die Verbände der Holzarbeiter, Eisenarbeiter, Bergarbeiter, Bauhändler, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Zimmerer, der Verband der Tischler und Tischlermeister und der Verbandsbund (Zusammenarbeiter). Der Ortsverband (Arbeitsgemeinschaft freier Arbeiterverbände) zählt annähernd 400 Mitglieder. Es gibt einzelne Verbände, die sämtliche Arbeitnehmer ihres Bezugs organisiert haben.

Stadtfrei
Der Ortsausschuß mündlich verabschiedete Einrichtungen, zum Beispiel eine Rechtsanwaltsstelle, eine Poliklinik, einen Hilfsaussschuß, ein Jugendheim, eine Arbeitererziehungskommission usw. Eine besondere Verabschiedung hat die Pflege des Reichsbannerwesens übernommen. Es sind in Niersleben in 13 Betrieben rund 62 Betriebsratsmitglieder vorhanden, von denen 50 dem freien Gewerkschaften angehören. Die Betriebe zählen

4675 Arbeitnehmer. Leider besitzen nicht alle Betriebe, die dazu verpflichtet sind, einen Betriebsrat. Größere Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahr in Niersleben nicht statt. Unterstützt wurde der englische Bergarbeiterstreik. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Ortsausschusses werden mit erledigt im Verbandsbureau der Metallarbeiter, Herrenbreite.

Stadtfrei
Neben Schulfragen bringt eine Zeitung einen Bericht, der einige Unrichtigkeiten enthält. Es wird in der Johannisschule die durchschnittliche Klassenbesetzung mit 28,1 angegeben. In Wirklichkeit ist sie höher; sie beträgt vom 1. April an 35. In dieser Schule werden Ostern zwei Klassen eingezogen. In einer 8. und einer 7. Klasse werden gegen den Willen der Eltern Knaben und Mädchen vereinigt. Die in der letzten Sitzung der Schuldeputation getroffene Regelung zielt darauf ab, in den Volksschulen die Einstellung neuer Hilfskräfte zu vermeiden. In der Luisenschule wird eine neue Lehrkraft, an der Stephansschule werden zwei gebraucht. Die für die Luisenschule benötigte wird von der Johannisschule geholt, die für die Stephansschule erforderlichen zwei Kräfte werden so beschafft, daß eine dieser ebenfalls der Johannisschule entnommen wird, die andere von der Mittelschule abgegeben wird. Das System der Schulbezirke wird unverändert weiter bestehen. Mit der von der Schuldeputation getroffenen Regelung wird erreicht, daß bei den Volksschulen keine Lehrkräfte entlassen werden. Eine Erparnis wird bei diesen Schulen noch dadurch angestrebt, daß die Position des Haushaltungsplan, welche die Aufwendungen für Vertretungen vorhält, von 4000 auf 2000 Mark eingeschränkt wird. Beim Gymnasium und Lyzeum sollen zusammen mindestens drei Stellen eingespart werden, und zwar durch Zusammenlegung von Klassen. Beispielsweise soll die neue Sexta nicht geteilt werden. Junglehrer dürfen — das sei zu dem Bericht noch gesagt — als selbständige Lehrer nicht eingesetzt werden. Sie dürfen nur im Beisein eines älteren Lehrers Unterricht erteilen. Es ist also auf diesem Wege eine Erparnis nicht möglich.

Stadtfrei
Die freie Volksschule feierte am Sonnabend im Bestehophaus ihr fünftes Stiftungsfest. Es war ein großer Erfolg; der Saal war überfüllt. Viele Besucher mußten umkehren. Nach der Begrüßung durch Herrn Ratzel sprach Genosse Lok als Festredner über „Das Theater als Kulturstätte, Bühne und Politik“. Der Redner urteilte die Aufgaben der freien Volksschulen. Die im Rahmen des Stiftungsfestes zur Aufführung gelangende Operette „O schöne Zeit, o selbe Zeit“ zeigte gute Leistungen sämtlicher Mitwirkenden. Starke Beifall belohnte ihr ausgezeichnetes Spiel.

Stadtfrei
Fürstliche Tat eines Schnitters. Der Schnitter Anton Karloch wohnte hier mit einer Schnitterin zusammen, die mit ihrem Kind ihrer Familie weggelaufen war. Dem Verhältnis der beiden entsproß ein zweites Kind, und die Schnitterin überredete Karloch, gemeinsam mit ihr und den Kindern aus dem Leben zu scheiden. Karloch ging darauf ein. Im April vorigen Jahres ging er mit der Frau und einem Kinde zu einem Wasserloch, jenseit das Kind in einen Sad, bestärkte ihn mit Steinen und warf ihn in das Wasser. Die Schnitterin erkrankte er ebenfalls mit ihrem Eimerhandwerk und am nächsten Tage warf er auch das zweite Kind ins Wasser, ihm selbst fehlte aber dann der Mut zum Selbstmord. Das Schwurgericht Schwerin beurteilte Karloch wegen Mordes in zwei Fällen zum Tod und außerdem wegen Tötung mit Eimerhandwerk der Geiseln zu 4 Jahren Gefängnis sowie zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Karloch hatte gegen dieses Urteil Revision eingelegt, die jetzt beim dritten Strafenrat des Reichsgerichts verworfen wurde.

Stadtfrei
Internationaler Frauentag. Heute (Dienstag) abend 8 Uhr findet eine Versammlung im „Schwarzen Adler“ statt, zu der die Frauen der Gewerkschaftsstelligen und Parteigenossen herzlich eingeladen sind. Rednerin ist Genossin Zell (Groß-Quenstedt).

Stadtfrei
Jugendweih. Zum erstenmal wurde hier eine Jugendweih durchgeführt. Der Saal „Stadt Hamburg“ war geschmückt dekoriert. Es ist bedauerlich, daß der Magistrat keinen Raum zur Verfügung gestellt hat. Coffen wir, daß auch in dieser Beziehung einmal ein Wandel eintritt. Die Kapelle des eröffnete die Feier mit dem Largo von Handel. Sängern und Tänzern brachten das Lied „Morgenrot, dein heilig Glühn“ zum Vortrag. Dann hielt Kommissar Vertram (Magdeburg) die Weihrede. Nach der Weih überreichte der Redner den Gemeindefrauen einen Erinnerungsgeld und für jeden ein vom Gewerkschaftsrat gestiftetes Buch. Mit dem Lied „Dann wir jähren seit“ und einigen Kantaten endete die erbaulichste Feier ihr Ende. Am Abend sammelten sich im selben Raum eine stattliche Zahl. Mit Ansprachen, Kupferreden der Arbeiterjugend und Tänzen ging der Abend in harmonischer Weise zu Ende. Der Anfang ist gemacht und die erste Feier wird hoffentlich den Erfolg haben, daß im nächsten Jahre die doppelte Anzahl von Jugendlichen die Weih erhalten kann. Bis zum 31. März läuft das Kirchenjahr. Wer also mit der Kirche brechen will, muß jetzt zum Gericht gehen, um seinen Austritt, der kostenlos ist, zu vollziehen.

Stadtfrei
Deffentliche Versammlung am Sonntag den 2. April, nachmittags 3 1/2 Uhr. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) spricht.

4675 Arbeitnehmer. Leider besitzen nicht alle Betriebe, die dazu verpflichtet sind, einen Betriebsrat. Größere Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahr in Niersleben nicht statt. Unterstützt wurde der englische Bergarbeiterstreik. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Ortsausschusses werden mit erledigt im Verbandsbureau der Metallarbeiter, Herrenbreite.

Neben Schulfragen bringt eine Zeitung einen Bericht, der einige Unrichtigkeiten enthält. Es wird in der Johannisschule die durchschnittliche Klassenbesetzung mit 28,1 angegeben. In Wirklichkeit ist sie höher; sie beträgt vom 1. April an 35. In dieser Schule werden Ostern zwei Klassen eingezogen. In einer 8. und einer 7. Klasse werden gegen den Willen der Eltern Knaben und Mädchen vereinigt. Die in der letzten Sitzung der Schuldeputation getroffene Regelung zielt darauf ab, in den Volksschulen die Einstellung neuer Hilfskräfte zu vermeiden. In der Luisenschule wird eine neue Lehrkraft, an der Stephansschule werden zwei gebraucht. Die für die Luisenschule benötigte wird von der Johannisschule geholt, die für die Stephansschule erforderlichen zwei Kräfte werden so beschafft, daß eine dieser ebenfalls der Johannisschule entnommen wird, die andere von der Mittelschule abgegeben wird. Das System der Schulbezirke wird unverändert weiter bestehen. Mit der von der Schuldeputation getroffenen Regelung wird erreicht, daß bei den Volksschulen keine Lehrkräfte entlassen werden. Eine Erparnis wird bei diesen Schulen noch dadurch angestrebt, daß die Position des Haushaltungsplan, welche die Aufwendungen für Vertretungen vorhält, von 4000 auf 2000 Mark eingeschränkt wird. Beim Gymnasium und Lyzeum sollen zusammen mindestens drei Stellen eingespart werden, und zwar durch Zusammenlegung von Klassen. Beispielsweise soll die neue Sexta nicht geteilt werden. Junglehrer dürfen — das sei zu dem Bericht noch gesagt — als selbständige Lehrer nicht eingesetzt werden. Sie dürfen nur im Beisein eines älteren Lehrers Unterricht erteilen. Es ist also auf diesem Wege eine Erparnis nicht möglich.

Die freie Volksschule feierte am Sonnabend im Bestehophaus ihr fünftes Stiftungsfest. Es war ein großer Erfolg; der Saal war überfüllt. Viele Besucher mußten umkehren. Nach der Begrüßung durch Herrn Ratzel sprach Genosse Lok als Festredner über „Das Theater als Kulturstätte, Bühne und Politik“. Der Redner urteilte die Aufgaben der freien Volksschulen. Die im Rahmen des Stiftungsfestes zur Aufführung gelangende Operette „O schöne Zeit, o selbe Zeit“ zeigte gute Leistungen sämtlicher Mitwirkenden. Starke Beifall belohnte ihr ausgezeichnetes Spiel.

Fürstliche Tat eines Schnitters. Der Schnitter Anton Karloch wohnte hier mit einer Schnitterin zusammen, die mit ihrem Kind ihrer Familie weggelaufen war. Dem Verhältnis der beiden entsproß ein zweites Kind, und die Schnitterin überredete Karloch, gemeinsam mit ihr und den Kindern aus dem Leben zu scheiden. Karloch ging darauf ein. Im April vorigen Jahres ging er mit der Frau und einem Kinde zu einem Wasserloch, jenseit das Kind in einen Sad, bestärkte ihn mit Steinen und warf ihn in das Wasser. Die Schnitterin erkrankte er ebenfalls mit ihrem Eimerhandwerk und am nächsten Tage warf er auch das zweite Kind ins Wasser, ihm selbst fehlte aber dann der Mut zum Selbstmord. Das Schwurgericht Schwerin beurteilte Karloch wegen Mordes in zwei Fällen zum Tod und außerdem wegen Tötung mit Eimerhandwerk der Geiseln zu 4 Jahren Gefängnis sowie zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Karloch hatte gegen dieses Urteil Revision eingelegt, die jetzt beim dritten Strafenrat des Reichsgerichts verworfen wurde.

Internationaler Frauentag. Heute (Dienstag) abend 8 Uhr findet eine Versammlung im „Schwarzen Adler“ statt, zu der die Frauen der Gewerkschaftsstelligen und Parteigenossen herzlich eingeladen sind. Rednerin ist Genossin Zell (Groß-Quenstedt).

Jugendweih. Zum erstenmal wurde hier eine Jugendweih durchgeführt. Der Saal „Stadt Hamburg“ war geschmückt dekoriert. Es ist bedauerlich, daß der Magistrat keinen Raum zur Verfügung gestellt hat. Coffen wir, daß auch in dieser Beziehung einmal ein Wandel eintritt. Die Kapelle des eröffnete die Feier mit dem Largo von Handel. Sängern und Tänzern brachten das Lied „Morgenrot, dein heilig Glühn“ zum Vortrag. Dann hielt Kommissar Vertram (Magdeburg) die Weihrede. Nach der Weih überreichte der Redner den Gemeindefrauen einen Erinnerungsgeld und für jeden ein vom Gewerkschaftsrat gestiftetes Buch. Mit dem Lied „Dann wir jähren seit“ und einigen Kantaten endete die erbaulichste Feier ihr Ende. Am Abend sammelten sich im selben Raum eine stattliche Zahl. Mit Ansprachen, Kupferreden der Arbeiterjugend und Tänzen ging der Abend in harmonischer Weise zu Ende. Der Anfang ist gemacht und die erste Feier wird hoffentlich den Erfolg haben, daß im nächsten Jahre die doppelte Anzahl von Jugendlichen die Weih erhalten kann. Bis zum 31. März läuft das Kirchenjahr. Wer also mit der Kirche brechen will, muß jetzt zum Gericht gehen, um seinen Austritt, der kostenlos ist, zu vollziehen.

Deffentliche Versammlung am Sonntag den 2. April, nachmittags 3 1/2 Uhr. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) spricht.

Stadtfrei
Deffentliche Versammlung am Sonntag abend 8 Uhr. Referent ist Parteisekretär Genosse Müller (Stendal).

Salzwedel
Die gesetzliche Miete beträgt nach einer Befanntmachung des Magistrats ab 1. April 110 Prozent und ab 1. Oktober 1927 120 Prozent der Friedensmiete. Werden Schönheitsreparaturen vom Mieter selbst ausgeführt, so können 4 Prozent in Abzug gebracht werden.

Der Kreisrat des Kreises Salzwedel tritt am 9. April zusammen. Der Hauptpunkt ist die Beratung des Haushaltplanes. Ebenfalls wird der Umbau der Strecke Diesdorf noch einmal die Abgeordneten beschäftigen.

Die Einschulung der für Ostern gemeldeten und zugelassenen schulpflichtigen Kinder erfolgt am Donnerstag den 21. April, vormittags 10 Uhr. Die Listen an den Klassentüren geben über die Zuweisung Auskunft.

Die Mißpag, Mieter-Spar- und Baugenossenschaft hat nun endgültig die Erd- und Maurerarbeiten vergeben. Ausgeführt werden die Arbeiten von der Bauhütte Magdeburg. Wie wir hören, sollen die Arbeiten der Dachbeder, Zimmerer, Klempner ebenfalls vergeben werden. Die Vergabebedingungen liegen in der Geschäftsstelle, Jahnstraße 17, aus.

Weserlingen
Deffentliche Versammlung am Sonnabend den 2. April, abends 8 Uhr. Referenten sind: Gewerkschaftssekretär Wiedenebeck (Weendorf) und Parteisekretär Genosse Müller (Stendal). Guter Besuch wird erwartet.

Stadtfrei
Festgenommen wurde der Schweizer K., ohne festen Wohnsitz, der gegen Beamte tätlich geworden war.

Aus dem Braunschweigischen
Die Schöninger Tonwerke niedergebrannt. Die Schöninger Ton- und Gipssteinwerke sind in der Nacht zum Sonntag einem Großfeuer, das zwischen Ofen- und Maschinenhaus entstand, zum Opfer gefallen. Die Feuerwehr konnte die Fabrik, die bei ihrem Erscheinen bereits lichterloh brannte, nicht mehr retten. Der Schaden, der sich auf 500- bis 600 000 Mark belaufen soll, ist durch Versicherung gedeckt. Das Großfeuer hat 150 Arbeiter, die voll beschäftigt waren, erwerbslos gemacht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Groß-Osternleben. Donnerstag, 31. März, Führung bei Künze. Uterweddingen. Donnerstag, 31. März, abends 8 Uhr, Jugendversammlung beim Jugendleiter Kameraden Schelze.

Briefkasten
Berichtskatter Osterweddingen. Rein dem „Volkswort“ aus besonderes Manuskript geschickt werden.

Warenmärkte
Magdeburger Lederbörse vom 28. März
Der Preis für Weiszucker (einschl. Sad und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladebörse Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 38,75 und bei Lieferung per April/Juni 34,0-34,25 Mark für gemahlene Mehl Tendenz: ruhig.

Berliner Produkten-Börse vom 28. März
Weizen, märk. 266,00-269,00 Roggen, märk. 245,00-252,00 Sommergerste 214,00-242,00 Wintergerste 192,00-205,00 Hafer, märk. 200,00-208,00 Reis (ab Berlin) 178,00-180,00 Weizenmehl 1100 Kilogramm 34,50-36,50 Roggenmehl 1100 Kilogramm 32,75-35,50 Weizenkleie 15,25-15,75 Weizenbesen 42,00-50,00 Weizenbesen 30,00-32,00 Futtererbsen 22,00-23,00 Weizen 20,00-22,00 Weizen 20,00-22,00 Weizen, dünn 18,50-19,50 gelbe 15,00-16,50, Serradella, neue 22,50-25,00, Novostuden 15,40-16,60 Weizen 19,70-20,00 Erbsenkleie 12,00-12,20 Sonstige 18,80-19,20 Kartoffelböden 11,00-30,50, Preis in Mark für 50 Kilogramm

Devisen-Notierungen in Reichsmark

| | 26 März | 27 März | 28 März | 29 März |
|---------------------|---------------|---------|---------|---------|
| Amsterdam-Rotterdam | 100 Gulden | 168,51 | 168,62 | 168,48 |
| Buenos Aires | 100 Pesos | 1,781 | 1,785 | 1,780 |
| Brüssel-Antwerpen | 100 Belg. | 58,52 | 58,56 | 58,52 |
| Danzig | 100 Gulden | 81,78 | 81,88 | 81,79 |
| Oslo | 100 Kronen | 109,84 | 110,12 | 109,71 |
| Oslo | 100 Kronen | 112,35 | 112,68 | 112,35 |
| Stockholm | 100 Kronen | 112,78 | 113,04 | 113,04 |
| Stockholm | 100 Kronen | 10,60 | 10,64 | 10,59 |
| London | 100 Pfund | 19,87 | 19,415 | 19,38 |
| London | 1 Pfund | 20,451 | 20,203 | 20,458 |
| London | 1 Dollar | 4,3120 | 4,2220 | 4,2115 |
| Paris | 100 Franc | 16,49 | 16,58 | 16,495 |
| Schweden | 100 Kronen | 80,48 | 81,18 | 81,00 |
| Spanien | 100 Peseten | 75,48 | 75,66 | 75,91 |
| Japan | 1 Yen | 2,072 | 2,076 | 2,070 |
| Rio de Janeiro | 1 Milreis | 0,4985 | 0,5005 | 0,498 |
| Gen | 100 Schilling | 69,24 | 69,38 | 69,32 |
| Frankfurt | 100 Kronen | 12,467 | 12,607 | 12,465 |
| Warschau | 100 Dinar | 7,289 | 7,419 | 7,289 |
| Wien | 100 Krone | 73,47 | 73,65 | 73,49 |
| Wien | 100 Krone | 3,042 | 3,052 | 3,043 |
| Wien | 100 Escudos | 21,525 | 21,575 | 21,526 |
| Wien | 100 Dracmen | 5,47 | 5,49 | 5,47 |
| Wien | 1 Pfund | 2,181 | 2,141 | 2,125 |

Parado G 4,218 S 4,2-3 Uruguay G 4,235 S 4,245

Wollen Sie als Kenner gelten

so rauchen Sie die ausgezeichnete Jasmatz Pteo-Zigarette zu 5 Pfg. Diese mit Recht so beliebte Marke wird auch in Ihnen das Vertrauen zu dem guten alten Namen Jasmatz erneut festigen.

Jasmatz PTEO zu 5 Pfg.
Allein echt von der G. A. Jasmatz A. G. Dresden.